BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

August 1962 DM 2,–
Postverlagsort Köln - G 1800 E

INHALT

- Chronik des Monats Juli 1962 S. 561
- Kommentare S. 564

- Die Lage:
  Dr. Achim v. Borries:
  Worauf wartet Bonn? S. 569

- Dr. Hermann Rauschning:
  Kontinuität des Irrtums S. 580
- Aus den Werken Dr. Hermann Rauschnings S. 590
- Manfred Pahl-Rugenstein:
  Der Kongreß der Völker S. 597
- Dr. Ernst Schwarz:
  „München" und das Selbstbestimmungsrecht S. 604
- Rudolf Ismayr:
  Das fünfte Gebot und der Krieg S. 609
- Dr. med. Klaus Wattenberg:
  Wissen und Gewissen der Naturwissenschaftler S. 613

- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften S. 618

- Buchbesprechungen S. 626

- Dokumente zum Zeitgeschehen
  (u. a.: Die Genfer Laos-Vereinbarungen) S. 631

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VII. Jahrgang Heft 8

Vorgesehen sind u. a.:

Klaus Ehrler:
Europa hat schon begonnen

Kurt Hirsch:
Die SPD und das Notstandsgesetz

Dr. Viktor Kadalie:
Ist eine Partnerschaft zwischen Europa und Afrika möglich?

Helga Koppel:
Die Grundtorheit. Über den Antikommunismus

Dr. med. Joseph Weill, Straßburg:
Die ärztliche Ethik und der Hunger in der Welt

Anton Zischka:
Verdummt die Menschheit?

In den letzten Heften u. a.:

Albert J. Luthuli, Friedensnobelpreisträger:
Afrika und die Freiheit (1/62)

Dr. Hermann Rauschning:
Das erste Jahr John F. Kennedys (2/62)

Prof. D. Helmut Gollwitzer:
Die Kirche in der deutschen Situation (5/62)

Prof. Dr. Albert Rasker:
Erwägungen zur deutschen Frage (5/62)

Außenminister Dr. Adam Rapacki:
Zur Kritik an den polnischen Plänen für eine atomwaffenfreie Zone (6/62)

Prof. Dr. jur. Helmut Ridder:
Von Ursachen und Folgen föderalistischer Mißverständnisse (7/62)

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.
Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.
Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Tel. 21 53 36; Postscheckkonto: Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank Köln.
Erscheinungsweise: Um den 10. jeden Monats. Preis DM 2,—, zuzüglich DM —,15 Porto oder DM —,03 Postzustellgebühr.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.
Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VII. Jahrgang | **August 1962** | **Heft 8**

Chronik des Monats Juli 1962

1. 7. — Algerien. Fast sechs Millionen Stimmen werden bei hoher Beteiligung der muselmanischen und europäischen Bevölkerung an der Volksabstimmung für die Unabhängigkeit Algeriens abgegeben. — Die Absetzung einiger militärischer Führer der FLN durch den Chef der Provisorischen Regierung Ben Khedda führt zu offenem Bruch mit dessen Stellvertreter Ben Bella. — Ben Khedda bezeichnet bei seinem Eintreffen in Algier am 3. 7. die Unabhängigkeit als ersten Schritt zu einem neuen Algerien, dem nun die notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Reformen folgen müßten.

— Ruanda - Urundi. Die bisher unter UN-Treuhandschaft stehenden und von Belgien verwalteten afrikanischen Gebiete konstituieren sich als unabhängige Staaten Rwanda (26 338 qkm — 2,8 Mill. Einw.) und Burundi (27 834 qkm — 2,3 Mill. Einw.).

2. 7. — Laos. Nach fünfmonatiger Unterbrechung tritt die Laos-Konferenz in Genf wieder zusammen, die sich bis zur Bildung einer laotischen Koalitions-Regierung vertagt hatte.

— Bundesanwalt. Justizminister Stammberger läßt in Bonn nach einer Unterredung mit Generalbundesanwalt Fränkel bekanntgeben, daß der oberste Ankläger des Bundesgerichts zunächst „seine Dienstgeschäfte nicht wieder aufnehmen" werde. DDR-Behörden hatten Unterlagen über die Tätigkeit Fränkels als Sachbearbeiter sogenannter Nichtigkeitbeschwerden am NS-Reichsgerichtshof veröffentlicht und der Bundesregierung übermittelt.

3. — 8. 7. — Bundeskanzler. Während seiner Frankreich-Reise bespricht Dr. Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle weltpolitische und europäische Fragen.

5. 7. — Österreich. Bundeskanzler Dr. Gorbach beendet seinen einwöchigen Besuch in der Sowjetunion. Nach Gesprächen mit Ministerpräsident Chrustschow — u. a. über die österreichische Absicht, einen Assoziierungsvertrag mit der EWG zu schließen — heißt es in einem gemeinsamen Kommunique: „Zwischen den beiden Staaten bestehen keine offenen politischen Probleme."

6. 7. — NS - Richter. Bis zum 30. Juni 1962 — dem festgesetzten Stichtag — haben 143 Richter oder Staatsanwälte wegen ihrer Tätigkeit im Dritten Reich die „vorzeitige Versetzung in den Ruhestand" beantragt.

8. 7. — Landtagswahlen. Ihre absolute Mehrheit verliert die CDU in Nordrhein-Westfalen. Starke Verluste muß auch die FDP hinnehmen, während die SPD Stimmengewinne verzeichnen kann. — CDU und FDP bilden eine Koalition „nach Bonner Muster".

9. 7. — Kernwaffen. Nach zwei mißlungenen Versuchen erproben die USA in großer Höhe eine thermo-nukleare Bombe. UN-Generalsekretär U Thant weist in diesem Zusammenhang auf die Resolution der Vollversammlung über die friedliche Nutzung des Weltraums hin, die solche Nuklear-Versuche verbiete.

9. — 14. 7. — Abrüstung. In Moskau tagt ein „Weltkongreß für allgemeine Abrüstung und Frieden", an dem etwa 2000 Delegierte aus verschiedenen Ländern teilnehmen.

9. — 18. 7. — Weltwirtschaft. Delegierte verschiedener Staaten Asiens, Afrikas und Latein-Amerikas wenden sich auf einer „Wirtschaftskonferenz der Entwicklungsländer" in Kairo gegen die Diskriminierung ihrer Exporte durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

10. 7. — Berlin. Der Vorschlag des sowjetischen Ministerpräsidenten, die Truppen der drei Westmächte in Berlin durch Streitkräfte Dänemarks und Norwegens oder Hollands und Belgiens sowie polnische und tschechoslowakische Einheiten unter dem Kommando der Vereinten Nationen zu ersetzen, wird noch am gleichen Tage von Sprechern des State Department und des Foreign Office abgelehnt. Chrustschow kündigt in seiner Rede vor dem Weltkongreß für Abrüstung erneut einen Friedensvertrag nur mit der DDR „mit allen sich daraus ergebenden Folgen" an, falls „die Westmächte auch in Zukunft nicht den Wunsch erkennen lassen, bei der Beseitigung der Überreste des Zweiten Weltkrieges mitzuwirken".

— Weltraum. Der interkontinentalen Funkverbindung soll der von Cap Canaveral gestartete Satellit „Telstar" dienen. — Am 23. 7. gelingt die erste nordamerikanisch-europäische Direktsendung eines Fernseh-Programms.

— Spanien. Generalissimus Franco sieht sich nach der anhaltenden Streikbewegung und den Unruhen in verschiedenen Teilen des Landes gezwungen, eine Umbildung seines Kabinetts vorzunehmen.

11. 7. — Bundesanwalt. Das Bundeskabinett beschließt, Generalbundesanwalt Fränkel „aus politischen Gründen gemäß § 36 des Bundesbeamtengesetzes in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen". Nachdem es zunächst heißt, ein disziplinarisches Vorgehen sei nicht vorgesehen, wird später doch ein Verfahren gegen Fränkel eingeleitet. Das Kabinett verzichtet jedoch darauf, eine parlamentarische Untersuchung der Berufung Fränkels zum Bundesanwalt und ihrer Hintergründe zu beantragen.

13. 7. — Großbritannien. Die Wahlniederlage der Konservativen bei den Unterhaus-Nachwahlen in den letzten Monaten wird als Ursache der Regierungsumbildung durch Premierminister Macmillan angesehen. Macmillan entläßt sieben Minister; die Labour-Opposition fordert ihn daraufhin zum Rücktritt auf.

— Bundesverteidigungsminister. In der Presse kursieren Gerüchte über die Ablösung von Minister Strauß und seine eventuelle Kandidatur für das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten.

14. 7. — Berlin. Gegen „Provokationen an der Grenze der DDR" wendet sich die Sowjet-Regierung in einer Note an die Westmächte und verlangt, „daß die Lage in Westberlin unverzüglich auf der Grundlage einer deutschen Friedensregelung normalisiert werden" müsse. — Am 17. 7. empfängt Präsident Kennedy den Sowjetbotschafter Dobrynin zu einem Gespräch.

16. 7. — Abrüstung. Ost und West kündigen auf der wiederbeginnenden Konferenz des 18-Mächte-Abrüstungsausschusses Kompromißvorschläge für einige Details ihrer ‚Drei-Stufen-Pläne' an.

18. 7. — Peru. Militär umstellt das Kongreßgebäude und verhaftet Präsident Prado. Der Putsch kam nicht unerwartet, nachdem die Oberkommandierenden der Streitkräfte die Annulierung der letzten Präsidentenwahlen verlangt hatten. Die Junta verspricht Neuwahlen für den Juni 1963. — Prado wird später wieder freigelassen.

19. 7. — Iran. Ministerpräsident Amini demissioniert mit einem Hinweis auf das nicht ausgeglichene Staatsbudget.

— Frankreich. Nachtragskredite, darunter 200 Mill. Franc für die „nationale Atomstreitmacht", verfallen im Senat der Ablehnung. Um das damit notwendig gewordene zweite Votum der Nationalver-

sammlung zu erhalten, stellt Premier Pompidou erneut die Vertrauensfrage.

20. 7. — NATO. Zum Nachfolger des militärischen Befehlshabers General Norstad wird US-General Lemnitzer ernannt.

21. 7. — Kernwaffen. Ohne genauen Termin kündigt die sowjetische Regierung neue Experimente mit den „neuesten Typen" ihrer atomaren Waffen an. Die Versuchsserie sei eine „notwendige Reaktion" auf die amerikanischen Tests.

— VAR. Am Vorabend der Feiern zum 10. Jahrestag der ägyptischen Revolution starten Wissenschaftler vier Mittelstreckenraketen eigener Produktion.

22. 7. — Berlin. Am Rande der Genfer Laos-Konferenz setzen die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs ihre Gespräche über die Beilegung des Berlin-Konflikts und eine Friedensregelung für Deutschland mit Minister Gromyko fort.

23. 7. — Laos. Vierzehn Außenminister unterzeichnen in Genf das Vertragswerk über die „garantierte Neutralität" des hinterindischen Königsreiches. In einer Deklaration verpflichtet sich die neue laotische Regierung unter Prinz Souvanna Phouma, an keiner Militär-Allianz teilzunehmen, keine Stützpunkte fremder Staaten auf ihrem Territorium zuzulassen und ausländische Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten nicht zu dulden. Innerhalb von 75 Tagen soll der Rückzug alles ausländischen Militärpersonals erfolgen.

— Euthanasie - Prozeß. Hessens Generalstaatsanwalt erhebt Anklage gegen Dr. Heyde-Sawade und weitere zwei Mediziner, die der Beihilfe zur Tötung von über einhunderttausend Menschen beschuldigt werden. — Dr. Heyde hatte jahrelang unter dem Namen Sawade in Schleswig-Holstein als behördlicher Gutachter praktiziert.

— Wirtschaft. Beim Amtsgericht Hamburg stellt der Industrielle Willy Schlieker (Gesamtumsatz der Dachgesellschaft W. H. Schlieker KG 1961 rd. 800 Mill. DM) Antrag auf ein Vergleichsverfahren für seine Hamburger Werft und Fabrikationsbetriebe. Die zum gleichen Konzern gehörende Eisenhandels-GmbH wird von einem Stahlunternehmenskonsortium (darunter Phoenix-Rheinrohr, Salzgitter AG und Thyssen-Hütte) übernommen.

— Algerien. Vizepremier Ben Bella — der an der Spitze eines neugeschaffenen „Politischen Büros" mit Unterstützung der FLN in Tlemcen residiert — befürwortet eine Verlegung der für den 12. August angesetzten Parlamentswahlen.

25. 7. — Bundesregierung. Von dem Angebot der DDR-Behörden, Originalakten des Dritten Reiches in Ostberlin einzusehen, wird das Bundeskabinett keinen Gebrauch machen und ein entsprechendes Schreiben nicht beantworten. Das Bundesarchiv in Koblenz sei lediglich bereit, das Material „entgegenzunehmen".

26. 7. — Westeuropa. Die Fortführung der westeuropäischen Integration ist Thema eines Gesprächs des belgischen Außenministers Spaak in Bonn.

27. 7. — Kernwaffen. Neue Vorschläge zur Kontrolle eines Versuchsverbots berät Präsident Kennedy — nach dem Abschluß einer weiteren amerikanischen Testserie — mit seinen engsten Mitarbeitern und dem US-Chefdelegierten auf der Genfer Abrüstungskonferenz.

28. 7. — Laos. Zusagen für amerikanische Wirtschaftshilfe erhält Prinz Souvanna Phouma von Staatssekretär Rusk.

29. 7. — Parteien. An die Soldaten der „großdeutschen Wehrmacht" und die „unzufriedenen Wähler" von CDU und FDP will sich die neugegründete Deutschnationale Volkspartei (DNVP) wenden, die sich als Nachfolgerin der Partei gleichen Namens in der Weimarer Republik ansieht.

31. 7. — Neu-Guinea. Über eine Einigung bei den auf Anregung des UN-Generalsekretärs wiederaufgenommenen Vermittlungsgesprächen berichten Korrespondenten aus Washington. Danach soll — vorbehaltlich der Zustimmung der Regierungen in Den Haag und Djakarta — die Verwaltung der holländischen Kolonie bereits im Mai 1963 an Indonesien übergehen.

— EWG. Als „vorläufig gescheitert" bezeichnen politische Beobachter die Assoziierungsverhandlungen Großbritanniens mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Die Legende vom Ansehen

Zu den immateriellen Säulen, auf denen die Bundesrepublik ruht — oder doch nach den Wünschen der Regierenden ruhen müßte —, gehört die so oft wiederholte Versicherung, das System Adenauer habe unserem Volk und Staat im (westlichen) Ausland wieder zu Ansehen und Achtung verholfen — vor allem insofern, als man in der Bundesrepublik einen zuverlässigen antifaschistisch-demokratischen Faktor zu sehen gelernt habe.

Entspricht diese Versicherung den Tatsachen? Offizielle diesbezügliche Erklärungen aus den Hauptstädten der Alliierten könnten einen das glauben machen (obwohl auch sie schon verdächtig selten geworden sind); schiebt man aber den Vorhang der Courtoisie und der diplomatischen Phrasen beiseite, nimmt man zum Beispiel mit den Menschen irgendeines westlichen Landes selbst Kontakt auf oder läßt man Journalisten und Intellektuelle zu Wort kommen, so wird man schnell eines anderen belehrt: Jene hochmögende Bonner Versicherung ist nichts weiter als eine Legende. Trauriger noch: sie ist zur Legende g e w o r d e n. Vor zehn Jahren genoß die Bundesrepublik Deutschland im Ausland mehr antifaschistisch-demokratischen Kredit als heute. Das System Adenauer hat das Ansehen unseres Staates nicht erhöht, sondern Zug um Zug vermindert. Heute, am „Ende der Ära Adenauer", stehen wir nicht vor der Ernte der Früchte des Vertrauens, sondern der Früchte des Versagens: Nicht Lobsprüche häufen sich, sondern Kritiken, — gerade in den letzten Wochen wieder.

Ob es der langjährige Berliner Dirigent Sergiu Celibidache ist oder die israelische Journalistin Vera Elyashiv oder die indische Zeitschrift „Socialist Congressman" oder der italienische Regisseur und Schauspieler Vittorio de Sica — um nur diese Namen stellvertretend für zahlreiche andere zu nennen —: sie alle lassen sich von unseren Kulissen nicht blenden, sie schauen dahinter — und entdecken an tausend Einzelheiten, daß die Verhältnisse bei uns nicht so sind, wie sie nach einer Wende wie 1945 eigentlich hätten werden müssen (und wie sie in den ersten Nachkriegsjahren ja auch zu werden schienen).

Daß aufmerksame Beobachter bei uns auf Schritt und Tritt unbeseitigten nazistischen Restbeständen begegnen können, ist dabei noch nicht einmal das Schlimmste, denn hier könnte man — wenn auch noch so gewagt — vielleicht argumentieren, diese Reste würden sich mit der Zeit von selbst auflösen. Schlimmer, weil auf die nachwachsende Generation übergreifend, ist die Restaurierung einer Geisteshaltung, die schon einmal folgerichtig in den Nazismus eingemündet ist. Alle Welt hat ein legitimes Interesse daran, dies nicht ein zweitesmal — wenn auch in abgewandelter Form — geschehen zu lassen.

Diese Geisteshaltung manifestiert sich auf die vielfältigste Weise, angefangen von schleichenden nationalistischen Vorurteilen über die Weigerung, die Folgen eines verlorenen Angriffskrieges anzuerkennen, bis hin zu scheinbar so unpolitischen Reaktionen wie die Festlegung des Künstlers auf die Kunst „an sich".

In dieser Hinsicht hat sich vor allem de Sica die kleinbürgerlichen Leviten lesen lassen müssen. „Künstler sind gewöhnlich wie Kinder, wenn sie sich zu politischen Fragen äußern", behaup-

tet, auf de Sica gemünzt, die „Stuttgarter Zeitung", und manch anderes Organ stieß in das gleiche Horn: Einem Künstler stehe nicht das Recht zu, zu erklären, die Deutschen hätten aus ihrer Vergangenheit nichts gelernt (besonders nicht einem italienischen Künstler). Doch wieso eigentlich nicht? Sagen wir nicht in der Demokratie täglich, Politik sei jedermanns Sache? Warum dann ausgerechnet des Künstlers Sache nicht? Gerade er muß als Mitwirkender im politischen Spiel doch besonders willkommen sein, hat er doch meist einen schärferen Blick und mehr Intuition als andere Menschen.

Es ist fatal, daß unsere öffentlichen Kampagnen sich immer eher gegen unsere Kritiker richten als gegen diejenigen, die zur Kritik Anlaß gegeben haben und täglich von neuem geben. Und es wird, trotz aller Anstrengungen, so lange n u t z l o s bleiben, als die „kritische Materie" sich nicht ändert. So lange es zum Beispiel möglich bleibt, daß die Mehrheitsfraktion in einer westdeutschen Universitätsstadt die Benennung einer Straße nach Leonhard Frank unter anderem mit der Begründung ablehnt, Frank habe „während seiner Emigration in New York" (hier hört man schon die Nachtigall trapsen: Emigration) „über die Judenverfolgung in Würzburg geschrieben und die Stadt dadurch in Mißkredit gebracht und diffamiert", — so lange sich bei uns solche Dinge ereignen können, und sie ereignen sich fortwährend, wird man in der Weltöffentlichkeit, und wenn wir uns auf den Kopf stellen, einem de Sica immer und auf jeden Fall mehr Glauben schenken als denen, die ihm in öder Schulmeisterei die Zuständigkeit absprechen wollen.

Das Ansehen der Bundesrepublik ist ramponiert. Das einzusehen, ist die erste Voraussetzung für Abhilfe. Die zweite: zu erkennen, w e r es ramponiert hat. Jedenfalls nicht ein de Sica . . .

J. W.

Schlieker, der symptomatische Einzelfall

Immerhin wie eine Atombombe des kleineren „strategischen" Kalibers detonierte am 23. Juli in der noch vollbeschäftigten Industrielandschaft des bundesdeutschen Wirtschaftswunders von gestern der gänzlich überraschende Antrag der Willy H. Schlieker KG, Hamburg und Düsseldorf, auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses. Offenbar unheilbare Liquiditätsschwierigkeiten diktierten der Unternehmensleitung den bitteren Gang zum zuständigen Hamburger Amtsgericht. Seitdem steht über dem eigentlichen Zentrum des Explosionsherdes, über den Dächern der Werkshallen und den ragenden Kränen einer der modernsten Werften Europas und hoch über den weithin sichtbaren Lettern des Namens SCHLIEKER, deutlich spürbar mindestens, der fatale Atompilz dieses ungeahnten Eklats in der Hansestadt. Unaufhaltsam sich ausbreitend verdunkelt er in diesen Tagen auf weite Sicht unseren ohnehin schon etwas eingetrübten Wirtschaftshimmel. Sicher wird auch diese vereinzelte Detonationswolke sich wieder am Horizont verziehen. Aber was sie mit ziemlicher Sicherheit hinterlassen wird und was penetrant, um im Bilde zu bleiben, wie radioaktiver Staub heute schon unaufhaltsam in die Poren der allgemeinen Konjunkturstimmung einzudringen beginnt, ist ein höchst ungutes Gefühl. Aus dem Dahinleben wieder einmal recht unfreundlich aufgescheucht, breitet sich unter den Bundesbürgern zunehmend Besorgnis — wenn nicht gar Angst — aus vor dem, was noch kommen mag.

Dabei hat der „Fall Schlieker" — jedenfalls, was die Frage der ökonomischen Ursache sowie des konjunkturellen Zusammenhangs und der Schlußfolgerungen betrifft — bis heute zu eine erstaunlich (fast) einmütige, erstaunlich optimistische Presse. Schlieker, so heißt es im Chor, „ist nichts als ein Einzel-

fall". „Zusammenbrüche hat es immer gegeben und wird es immer geben." So unbekümmert kommentiert man rundum im westdeutschen Blätterwald nicht etwa die unvermeidbare Pleite irgendeiner Bruchbude oder das wohlgeplante Fallissement eines schäbigen Konkursverbrechers. Mit solch schöner Gelassenheit wird der spektakuläre Untergang eines Konzern-Unternehmens von internationalem Rang abgetan. Die Schlieker-Gruppe, Dachgesellschaft über einem komplizierten Schachtelsystem von zehn in einer Hand vereinigten Betrieben — Werft, Spezialwalzwerken, Eisenhandel und Reederei —, mit 10 00 Beschäftigten, mit einer Kapitalausstattung von 20 Millionen D-Mark und mit einem aus kleinsten Anfängen hochgewirtschafteten Jahresumsatz von 760 Millionen, hinterläßt nach bekanntgewordenen Schätzungen immerhin eine Schuldenlast von 70 bis 100 Millionen D-Mark. Ist es vielleicht ein Pappenstiel, wenn diese 10 000 Arbeitnehmer die Papiere bekommen und meinetwegen auch ein nicht unansehnlicher Teil davon heute oder morgen wieder einen neuen Job findet, weil fleißige Abwerber der lieben Konkurrenz rechtzeitig das Schlieker-Feld nach brauchbaren Arbeitskräften abgegrast haben? Nicht zu beneiden ist ferner die Vielzahl der automatisch irgendwie mitbetroffenen mittleren und kleineren Zuliefererbetriebe. Schlieker ist tatsächlich die „Pleite von Format". Allzu leichtfertig und reichlich unecht liest sich in solchem Zusammenhang eine Phrase im Konjunkturbericht der FAZ: „Sommergewitter jedoch tragen zur Klärung der Atmosphäre bei." Nun kann also der Bundesbürger in antiseptisch gereinigter Atmosphäre wieder fröhlich aufatmen, denn, so sagt man es ihm täglich von allen Seiten: Der Fall Schlieker ist „kein Symptom", weder für eine Krise im deutschen Schiffbau noch gar für einen allgemeinen Konjunkturrückgang. Ein Einzelfall, nichts weiter.

Und nun läßt man an dem gescheiterten Willy Schlieker, der als Einzelkaufmann gestern noch unbeschränkter Boß seines renommierten Konzerns war, kaum mehr ein gutes Haar. Gewiß klopft man dem heute 48jährigen Selfmademan aus dem Proletarierhause, der sich in einer rasanten Kurve aus dem Nichts bis zum Wirtschaftsführer, Konzernherrn und Multimillionär emporgemanagt hat und nun urplötzlich daneben steht, noch einmal flüchtig auf die Schulter. „Der sprühenden Aktivität, der Initiative und dem unverwüstlichen Mut" dieses „begabten Unternehmers und Erfolgsmenschen" bis gestern windet man noch rasch einen mageren Lorbeerkranz. Aber dann wird dieses „persönliche Beispiel des deutschen ‚Wirtschaftswunders'" vergangener Schlieker'scher Glanzzeiten gehörig zurechtgestutzt: Ein „Hasardeur", der im Grunde ein „wirtschaftliches Vabanque-Spiel" trieb. Seine „Kapitalbasis war zu schmal", er versäumte es, sich von Finanzspezialisten beraten zu lassen, die Kassen wurden leer und so mußte er schließlich den Boden unter den Füßen verlieren. Alles klar: er war selbst schuld. Davon mag manches gewiß richtig sein. Dazu hört man auch, daß der ehemalige Arbeitersohn als „reaktionärer Arbeitgeber" (I.G. Metall) seine Betriebsangehörigen nicht immer unbedingt mit Glacéhandschuhen angefaßt hat. Auch das spricht nicht gerade für Schlieker. Aber solche Schönheitsfehler gibt es auch anderswo, und sie führen durchaus nicht immer zwingend zum Bankrott.

Was dem bulligen Konzernherrn das Genick gebrochen hat, dürfte vielmehr darauf zurückzuführen sein, daß er sich offenbar in den Kopf gesetzt hat, seine Familiengesellschaft nicht aufzugeben. Er ging nicht den Weg, den die WELT („Kein Platz für Unternehmer?") offenbar für den einzig richtigen hält, nämlich „in Depressionszeiten Anlehnung an die größeren Unternehmen oder an einen Konzern zu suchen". Tatsächlich, er war offensichtlich nicht bereit, sich dem wirtschaftlichen Machtanspruch

der montangewaltigen Gesellschaften im Schwarzen Revier auszuliefern. Für diese Mächte war und blieb er ein störender Fremdkörper in der Intimsphäre ihrer ineinander verzahnten, gut eingespielten Beziehungen im ökonomischen und politischen Bezirk. Sie waren ihm unstreitig haushoch überlegen auf finanziellem Gebiet und in der Strategie des stahlharten Ellenbogens. Als er nicht freiwillig klein beigab, machten Kampfpreise den widerspenstigen Schlieker systematisch fertig. Und die der Großindustrie an der Ruhr verbundenen oder verpflichteten Banken drehten ihm prompt den Kredithahn ab. Das war wohl die eine Seite der Ursachen für den plötzlichen Exitus der Schlieker KG. Auch sie war im Grunde genommen ein waschecht kapitalistisches Konzerngebilde, aber für die anonymen Noch-Mächtigeren des Reviers nicht wirtschaftlich salonfähig; das Produkt eines revierfremden Alleingängers, der zwar leidenschaftlich Barockmöbel des 18. Jahrhunderts sammelte, aber auch sein Stahl-Imperium nicht aus der Hand gab, um denen einen Gefallen zu tun, die als Träger der Macht darauf aus sind, das Eigentum an den Montan-Konzernen in immer weniger Händen zu vereinigen. Die beiden Großgläubiger, die 1955 durch Fusion entstandene Phoenix-Rheinrohr AG und das Hüttenwerk Salzgitter AG, brachten es durch ihre im kritischen Moment erklärte Weigerung, zur Sanierung Schliekers einzuspringen, dahin, daß nun auch der zunächst hilfs- und kreditbereite hanseatische Senat sich von diesem Projekt zurückzog, indem er sich der schlechten Erfahrungen im Falle Borgward rechtzeitig erinnerte. Damit war Schliekers Schicksal besiegelt. Die großen Haie haben mit sichtlichem Appetit den kleineren Hai verspeist.

Einige bemerkenswerte Anzeichen deuten nun aber darauf hin, daß die großen Fische diesen ansehnlichen Happen nicht etwa roh verschlungen haben. Vielmehr darf angenommen werden, daß er durch die allgemeinen konjunkturellen Bedingungen vorher bereits servierfertig gargekocht wurde. Nicht nur Schlieker allein hat, wie aus einer Unterredung kurz vor seinem wirtschaftlichen Abgang zwischen ihm und dem Hamburger Bürgermeister Engelhardt bekannt ist, von der „allgemein schwierigen Situation im Schiffbau" gesprochen. Seit geraumer Zeit schon ist ein verschärfter Wettbewerb unter den deutschen Werften im Gange. Dazu hat sich für sie gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten erheblich verschlechtert, derart sogar, daß selbst ein von Fachleuten zu den modernsten und rationellsten Werftbetrieben gezähltes Haus Schlieker mit seinen 3000 Beschäftigten rapide an Boden verlor. Der D-Mark-Aufwertung wird darum besonders von dem exportintensiven westdeutschen Schiffbau — aber durchaus nicht allein von dieser Seite — die Hauptverantwortung für diese Abwärtsentwicklung in seinen Reihen angelastet. „Zunächst stand uns das Wasser bis zum Hals, jetzt geht es uns über den Mund", das ist heute der SOS-Ruf der Schiffbauer an Nord- und Ostsee. Diese Kapriole der Bundes-Wirtschaftspolitik hat jedoch nicht allein die Werften, sondern auf der ganzen Linie der exportabhängigen Wirtschaft noch manch anderen Branchenbetrieb bereits in die ‚roten Zahlen' gebracht. Eklatant zeigt sich hier wiederum, was dabei herauskommt, wenn eine wirklichkeitsfremde Staatsraison den absoluten Vorrang des politischen Konzepts — von den Eigeninteressen der Großwirtschaft und Hochfinanz erfahrungsgemäß bestens inspiriert — über die lebenswichtigen Belange der volkswirtschaftlichen Gesamtheit stellt. Man wird sich noch erinnern, daß Bonn mit der blitzschnell präsentierten Währungsänderung seinerzeit eingestandenermaßen in der Hauptsache dem fußkrank gewordenen Dollar unter die Arme greifen wollte. Aber nichts auf der Welt ist ohne Preis. Im Bonner Palais Schaumburg war man damals offensichtlich nicht sehr glücklich,

den Eisenhower-Nachfolger Kennedy ans Ruder der USA-Politik und damit praktisch an die Spitze der gesamten Westpolitik treten zu sehen. Man wünschte sich in Bonn wohl als Gegenleistung von der offenbar zu einem „elastischeren" Ost-West-Kurs geneigten Kennedy-Regierung die Fortführung des sogenannten „harten" Kurses im Kalten Krieg. Und daran dürfte gewiß auch die westdeutsche Großindustrie aktiv interessiert gewesen sein, soweit sie in der bundesdeutschen Rüstung stark engagiert ist und um die Erhaltung dieser ewigen Quelle bequemer Maximal-Gewinne sich Sorgen machte.

Und wenn man einen Blick hinter die Kulissen der EWG-Politik wirft, so wird man auch hier die gleichen politischen und ökonomischen Machtinteressen Regie führen sehen. Der Volkswirtschaft keines der beteiligten Länder ist aber bis heute die Unterordnung ihrer eigenständigen ökonomischen Belange unter diese „Gemeinschaftspolitik" bekommen, die im Effekt auf die Anlage einer europäischen Waffenschmiede, in geistiger, taktischer und materieller Beziehung, abzielt. Was die Bundesrepublik betrifft, so ist als Folge davon ein ständiger und ungewöhnlich starker Preisanstieg festzustellen, der die Lebenshaltung zunehmend verteuert und unsere Währung aushöhlt. Wenn die Ansicht der Experten zutrifft, daß der Preis die ‚Seelenachse' unserer Volkswirtschaft ist, dann steht es freilich nicht allzu rosig um unsere wirtschaftlichen Zukunftsaussichten. Das alles sind noch keine Symptome einer offenen Wirtschaftskrise — die Situation ist zu ernst zum Dramatisieren ebenso wie zum Bagatellisieren! —, aber offenkundig stehen wir am Ende des ‚Wunders'. Inzwischen haben schon manche ‚Wunderknaben' der Wirtschaft, als stille Opfer der Bonner Rüstungsmanie, irgendwie daran glauben müssen: Die Borgward-Gruppe, die Henschel-Werke und jetzt der Schlieker-Konzern, unmittelbar gefolgt von den konkurs-gemeldeten Opal-Strumpfwerken und der Hanseatischen Werft in Hamburg-Harburg. Dies sind unter den Insolvenzen der jüngeren Zeit nur einige „Fälle", gute und beste Namen unserer Wirtschaft, die bereits hart angeschlagen oder schon untergegangen sind. Die Schlieker-Gruppe befindet sich dabei in keiner schlechten Gesellschaft. Sollte schon diese Summe stattlicher „Einzelfälle" wirklich nicht mehr miteinander gemeinsam haben als die Pleite?

Diese Vorgänge als „gleichwohl harmlos" zu verniedlichen und von einem „Sommergewitter am Wirtschaftshimmel" zu sprechen, ist mehr als auf eine Kuhhaut geht. Dieses frivole Stückchen „Ohne-Sorg-Theater" würde selbst auf den meist nicht allzu anspruchsvollen Volksbühnen ausgepfiffen werden. Wenn auch der Name Schlieker — mit Borgward als „Inbegriff großer Unternehmensgründer" gefeiert — jetzt noch nicht als Symptom einer aus politischem Unvermögen gescheiterten Wirtschaftspolitik in die Geschichte eingetragen wird (weil nicht ist, was nicht sein darf), so ändert das nichts an den Tatsachen. Solange die professionellen Schönfärber noch darauf angewiesen sind (mangels Notstandsgesetz) mit den Realisten und Nonkonformisten in halbwegs demokratischer Koexistenz zu leben, sollten sie sich einstweilen auf die Kompromißlösung einigen: ‚Fall Schlieker — ein symptomatischer Einzelfall!' Das wäre zwar falsch, aber als formulierter Widerspruch zwischen dem offiziell gepflegten Optimismus und den Realitäten typisch. — avo —

Die Lage

Dr. Achim von Borries

Worauf wartet Bonn?

Das Neutralisierungs-Abkommen über Laos

Am 23. Juli 1962 ist in Genf von den Außenministern der 14 an der zweiten Laos-Konferenz beteiligten Staaten das Abkommen über die Neutralisierung des Königreichs Laos unterzeichnet worden. Schon vorher hatte, vereinbarungsgemäß, die vor kurzem neugebildete laotische Koalitions-Regierung, in der die drei rivalisierenden Machtgruppen des Landes vertreten sind, eine Erklärung über ihre künftige Neutralitäts-Verpflichtung abgegeben. Mit dieser von West und Ost gemeinsam anerkannten Neutralisierung des hinterasiatischen Landes ist eine mehrjährige krisenhafte Entwicklung zu einem weltpolitisch bedeutsamen Abschluß gekommen.[1]) Schon 1954, auf der Genfer Indochina-Konferenz, war die Neutralisierung von Laos beschlossen worden. Bald wurde sie indes durch innerpolitische Auseinandersetzungen, vor allem aber durch das Engagement der USA in Frage gestellt. Den pro-westlichen Kräften des Landes gelang es, Washington zu einer indirekten Intervention in den Bürgerkrieg zu veranlassen. Man hoffte beiderseits, es könne gelingen, das Land ganz unter westlichen Einfluß zu bringen. Doch das war eine Fehlrechnung. Die USA wähnten, sich über die von ihnen in Genf anerkannte Neutralität von Laos hinwegsetzen zu können — aber im Laufe des daraus sich entwickelnden Konfliktes wurden die nationalkommunistischen Kräfte im Lande nur stärker. Am 29. März 1961 schrieb die Times: „Das Drama von Laos zerfiel in zwei Akte: die Zerstörung der Genfer Neutralitätspolitik durch die Vereinigten Staaten und die Niederlage von Washington Politik des militanten Antikommunismus."[2])

Erst spät erkannte man in Washington die Gefährlichkeit einer Fortsetzung des interventionistischen Kurses und zog praktische Konsequenzen aus dieser Erkenntnis. Dabei hatten die USA große Mühe, die von ihnen bis dahin unterstützten anti-neutralistischen Rechtskräfte zum Einlenken zu bewegen. Diese Elemente versuchten bis zuletzt, Washington an ihre Politik zu binden. Nur schwer wurden die Amerikaner die Geister wieder los, von denen sie sich dereinst hatten rufen lassen. Doch schließlich begriff Washington die Laos-Lektion, die ihm schon lange teuer zu stehen gekommen war.

Heute sind die Westmächte offensichtlich froh, daß es ihnen in den langwierigen Genfer Verhandlungen gelungen ist, mit der Sowjetunion ein Übereinkommen über die Neutralisierung von Laos zu erreichen. Denn das verstand sich infolge der von ihm selbst heraufbeschworenen, für den Westen zuletzt sehr ungünstigen inneren Entwicklung in Laos durchaus nicht mehr von selbst. Jetzt weiß vor allem Washington die Neutralität zu schätzen, die es vorher selbst zerstört hatte. Die Neue Zürcher Zeitung gab am 11. Juli die amerikanische Auffassung wieder: „In Laos ist eine neutralistische Haltung offenbar das Beste, was unter den herrschenden Verhältnissen erwartet werden kann."

Die Einigung über die Wieder-Neutralisierung von Laos ist in verschiedener Hinsicht von Bedeutung weit über Laos selbst hinaus. Man wird es, ohne sich eines unangebrachten Zweckoptimismus schuldig zu machen, ermutigend nennen können, daß es den Großmächten hier gelungen ist, sich auf dem Verhandlungs-

[1]) Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen" in diesem Heft.

[2]) Vgl. unsere Dokumentation „Das Beispiel Laos" in Heft 6/61.

wege in einer für alle Seiten wichtigen Frage verbindlich zu einigen. Das Ergebnis ist ein K o m p r o m i ß. Der Westen hat sein Ziel nicht erreicht, Laos ein für allemal seinem Machtbereich Südostasien, militärpolitisch in der SEATO organisiert, einzuverleiben. Umgekehrt hat der Osten darauf verzichtet, das Land gewaltsam in seinen Herrschaftsbereich einzugliedern. Rein militärisch wäre das vielleicht möglich gewesen. Um so größeres Gewicht erhält die Kompromißbereitschaft der kommunistischen Mächte, die hier, aus welchen Gründen immer, nicht „aufs Ganze" gegangen sind. So kann denn auch nicht die Rede davon sein, der Westen habe Laos jetzt völlig preisgegeben. In der Neuen Zürcher Zeitung hieß es am 25. Juli, man sei in westlichen Kreisen in Genf zwar nicht gerade begeistert über das Laos-Abkommen, man betone aber auch, „daß es ganz entschieden zu weit gehen würde, zu glauben, Laos sei nun gewissermaßen in einem Nebelschleier von internationalen Vereinbarungen den Kommunisten ausgeliefert worden. Die Laos-Abkommen seien zwar, so wird in westlichen Konferenzkreisen gesagt, als Kompromißwerk weit davon entfernt ideal zu sein, sie dürfen aber doch als annehmbar bezeichnet werden."

Offensichtlich wird da im Westen, wo man sich der Dringlichkeit einer weltpolitischen Entspannung bewußt ist, die Lösung des Laos-Problems als verhältnismäßig hoffnungsvoll stimmender Erfolg betrachtet. Das geht u. a. aus den Ausführungen der NZZ hervor, die an die oben zitierten anschließen: „Es wird auch betont, daß mit der Laos-Konferenz und deren Erfolg ein Krieg in Südostasien habe vermieden werden können. Die Tatsache, daß während vieler Monate über die Laos-Frage verhandelt worden ist, hat nach der in westlichen Kreisen vertretenen Ansicht im übrigen dazu beigetragen, daß man sich bisweilen auch über andere Probleme unterhielt und daß man sich etwas besser kennenlernte. Im weltpolitischen Klima sei gegenüber dem letzten Jahr denn auch eine gewisse Verbesserung eingetreten, die sich vielleicht auch wieder zum Vorteil von anderen schwebenden Fragen auswirken könnte." Der britische Außenminister Lord Home erklärte auf der letzten Plenarsitzung der Konferenz am 21. Juli, die Lösung eines Problems könne nicht genau dem entsprechen, was alle wünschten. Die Laos-Konferenz zeige jedoch, daß sich selbst die hartnäckigsten Probleme auf dem Verhandlungsweg lösen ließen. Er sprach von dem Nutzen einer ruhigen, geduldigen, versöhnlichen und friedlichen Diplomatie für den Frieden, und sagte: „Ich hoffe, daß unsere Praxis hier in alle den vor uns liegenden Jahren der Versöhnung und der Friedensstiftung als Beispiel dienen wird."

Diese Ausführungen des britischen Außenministers lassen erkennen, für wie bedeutungsvoll der Kompromiß von Genf in einsichtigeren Kreisen des Westens gehalten wird. Fraglos sind mit der Neutralitäts-Erklärung allein noch nicht alle Lebensprobleme von Laos selbst gelöst, so wenig wie die innenpolitischen und die internationalen Spannungen in Südostasien damit ein für allemal beigelegt sind. Aber es ist doch außerordentlich wichtig, daß West und Ost hier zu einer detaillierten Einigung gelangt sind. Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang noch besonders die Tatsache, daß die Laos-Übereinkunft sowohl von den USA wie von der Volksrepublik China unterzeichnet worden ist, wie zu den Vertragspartnern auch b e i d e Teile Vietnams gehören. Daß die Neutralisierung von Laos in Südostasien als ermutigendes Beispiel einer Ausklammerung bestimmter Spannungszonen aus dem gefährlichen Antagonismus der Großmächte gilt, wird bestätigt durch Berichte über neue Initiativen des Staatschefs von Kambodscha, Prinz Norodom Sihanouk, der bereits einen nicht geringen Anteil an der internationalen Verständigung über Laos hat. Es heißt, er trete für eine Neutralisierung auch des z. Z. so heftig umkämpften Südvietnam und damit für eine Kambodscha, Laos und Südvietnam umfassende neutrale Zone ein.

Vermittlungsbemühungen der Neutralen in Genf

Das Genfer Laos-Abkommen hat gezeigt, wie fruchtbar das Neutralisierungs-Prinzip als Element der weltpolitischen Entspannung sein kann. In einer anderen weltpolitisch höchst bedeutsamen Frage, auf der Abrüstungskonferenz in Genf, ist in den letzten Monaten die weltpolitische Bedeutung des aktiven Neutralismus deutlich geworden. Die Verhandlungen zwischen Ost und West über die Einstellung der — von beiden Seiten jüngst fortgesetzten — Kernwaffenversuche ist bisher immer wieder an den verschiedenen Auffassungen in der Kontrollfrage gescheitert. Der Westen forderte zur Überwachung ein umfassendes System internationaler Inspektionen auf dem Boden der einzelnen Staaten. Die Sowjetunion wollte darin Spionage-Absichten sehen und lehnte derartige Inspektionen stets ab. Im April d. J. hatten nun die acht auf der gleichzeitig in Genf tagenden Abrüstungskonferenz vertretenen neutralen Staaten einen Vermittlungsvorschlag in dieser Frage vorgebracht, der die Ersetzung des vom Westen geforderten internationalen Inspektions-Systeme durch gegenseitige nationale Inspektionen, die von einer internationalen Behörde überwacht werden sollen, zum Inhalt hatte. Wir haben bereits im April-Heft in unserem Aufsatz „Die Lage" auf diese Aktivität der neutralen Mächte hingewiesen, die keineswegs (wie es in der Bundesrepublik dem Neutralismus immer wieder vorgeworfen wird) weltpolitische Abstinenz üben, sondern sich ihrer weltpolitischen Verantwortung im Zeitalter der Atomwaffen bewußt sind und sich darum sehr intensiv bemühen, eine Einigung der Großmächte in den entscheidenden Fragen zu fördern.

Es gibt Anzeichen dafür, daß sich West und Ost auch in der Inspektions-Frage näherkommen. Nach langen internen Auseinandersetzungen hat man sich offensichtlich in Washington bereit gefunden, von der bisher verlangten Zahl von Kontrollposten herunterzugehen, ja, gewissen Berichten britischer und schweizerischer Zeitungen zufolge, auf die Forderung nach internationaler Inspektion überhaupt zu verzichten. Begründet wird diese Sinnesänderung der USA mit neuen wissenschaftlichen Entdeckungen, die die Möglichkeiten auch einer Fern-Inspektion ergeben hätten. Freilich waren, wie die Neue Zürcher Zeitung am 29. Juli schrieb, diese wissenschaftlichen Ergebnisse auch im April schon im wesentlichen bekannt. So wird man annehmen dürfen, daß politische und militärpolitische Gründe Washington bis jetzt veranlaßt haben, auf internationaler Inspektion zu bestehen. Nunmehr scheinen die Amerikaner an den Vorschlag der Neutralen vom April anknüpfen zu wollen. Die Neue Zürcher Zeitung kam in dem schon zitierten Aufsatz vom 29. Juli zu der Feststellung: „Der Plan der acht stellt die heute wohl einzig mögliche und auch annehmbare Lösung des Problems dar. Es ist zwar begreiflich, daß die Westmächte, die jahrelang ein wissenschaftlich aufgebautes hieb- und stichfestes Inspektionssystem verteidigt hatten, diese Position nicht über Nacht aufgeben konnten. Es ist aber auch das Zeichen eines Mangels an Beweglichkeit und zugleich an realistischer Einsicht, daß sie nicht sofort den von den Neutralisten und Neutralen vorgezeichneten Weg beschritten . . . Nach und nach scheint sich nun bei den Westmächten doch die Erkenntnis durchzusetzen, daß der Plan der nationalen Inspektion unter einer internationalen Kontrollbehörde große Möglichkeiten in sich schließt."

Es ist zu hoffen, daß auch die Sowjetunion in dieser Frage, zumindest nach Abschluß ihrer neuesten Versuchsserie, zu einem Kompromiß bereit sein wird. Eine Einigung über die kontrollierte Einstellung der Kernwaffenversuche wäre, nach dem Laos-Abkommen, ein weiterer Schritt auf dem Wege der weltpolitischen Entspannung und würde zweifellos nicht nur die Genfer Abrüstungsverhandlungen

günstig beeinflussen, sondern auch den Bemühungen um eine Minderung der Spannung an den anderen Fronten des Kalten Krieges förderlich sein.

Es ist inzwischen in Genf bereits zu einem weiteren Vorstoß von neutraler Seite gekommen. Am 1. August wandte sich die Leiterin der schwedischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz, Frau Alva Myrdal, in einem Appell an die USA, an Großbritannien und an die Sowjetunion, d. h. an die Atommächte. Sie wies auf die oben bereits erwähnten neuen Möglichkeiten der Fernkontrolle von Nuklear-Experimenten hin und forderte die Atommächte auf, sie sollten sich zunächst unverzüglich über ein Verbot der Atomversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und wenn möglich unter der Meeresoberfläche einigen, und sich anschließend über die Einstellung aller Nuklear-Experimente verständigen. Frau Myrdal schlug vor, die bereits existierenden Beobachtungsposten der meteorologischen Weltorganisation und ähnlicher Organisationen sollten die Kontrolle ausüben, eine baldmöglichst zu schaffende Zentralbehörde könne dann die Auswertung der Feststellungen dieser Organisationen übernehmen. Von den Vertretern der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion wurde dieser neue Vorschlag als konstruktiv und prüfenswert bezeichnet.

Bei dieser Gelegenheit sei auch auf die bedeutsame Konferenz von Accra hingewiesen, die sich, unter dem Patronat der Regierung von Ghana, sehr konkret mit dem Problem der Abschaffung der Atomwaffen beschäftigt und eine atomwaffenfreie Zone in Afrika vorgeschlagen hat (Siehe dazu den Bericht in diesem Heft). Daß die Neutralen sich um eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit untereinander bemühen, zeigte die große Wirtschaftskonferenz, die im Juli in Kairo stattfand. So ist der Neutralismus heute, aller mißgünstig-hämischen Kritik zum Trotz, eine wirksame politische und moralische Kraft, der in der Weltpolitik eine Bedeutung zukommt, die weit über das militärische Potential der neutralen Staaten hinausgeht.

Und Deutschland?

Während in den USA und in Großbritannien in durchaus realistischer Weise die Bedeutung der Laos-Vereinbarungen für die weitere weltpolitische Entwicklung nüchtern-optimistisch eingeschätzt wird, sind die Reaktionen in der Bundesrepublik fast einhellig mehr als zurückhaltend, sehr kritisch oder gar offen abschätzig. Das muß umsomehr erstaunen, als die Entwicklung in der Deutschland-Frage für die Deutschen Anlaß genug böte, auf eine internationale Entspannung aktiv hinzuarbeiten und jedes Anzeichen einer solchen Entspannung zu begrüßen. Doch das Gegenteil scheint der Fall.

Die allgemeine Tendenz ist, schon jetzt die Neutralität von Laos als ein kaum lebensfähiges oder gar totgeborenes Kind zu bezeichnen. Das machten schon die Titelüberschriften einiger Kommentare in der Presse deutlich. Die Stuttgarter Zeitung stellte eine Betrachtung zum Laos-Abkommen am 20. Juli unter den Titel: „Kann Laos neutral bleiben?" Und wiederholte dann die Frage noch einmal: „Kann Laos wirklich neutral bleiben?" Die Süddeutsche Zeitung erklärte am 24. 7. „Laos ist nicht Österreich". In der WELT hieß es „Große Schwierigkeiten stehen bevor" (20. 7.). Die Kölnische Rundschau sprach am 25. Juli von „Zwielichtiger Neutralität" und die Deutsche Zeitung gar von „Tödlicher Neutralität". Dem entsprachen die Kommentare selbst. Sie bezeugen eine schon grundsätzlich fragwürdige, im Hinblick auf die deutsche Situation aber geradezu erschreckende stupide Voreingenommenheit gegen den Neutralitäts-Gedanken überhaupt. Da man seit Jahr und Tag mit geradezu selbstmörderischer Konsequenz auf eine militant anti-kommunistische Anti-Neutralitäts-Politik festgelegt ist und noch immer

nicht daran denkt, den politischen Wert dieser Position an der Wirklichkeit zu überprüfen, will man einfach nicht wahrhaben, daß in Laos eine Neutralisierung als weltpolitischer und innenpolitischer Kompromiß, als Ausweg aus einer höchst gefährlichen Situation möglich geworden ist. Man könnte beinahe glauben, einige dieser beflissenen Kritiker der Laos-Regelung wünschten geradezu ein Scheitern dieses Neutralisierungs-Experimentes, nur um ein Argument mehr gegen den Neutralitätsgedanken und eine kompromißbereite Entspannungspolitik zu haben. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß ein solches neues Debakel in Laos weltpolitisch verhängnisvoll wäre, weil es einen schweren Rückschlag in den unter großen Schwierigkeiten langsam Früchte tragenden Entspannungsbemühungen der Großmächte bedeuten würde.

Es liegt nahe, in diesem Zusammenhang an das Deutschland-Problem zu denken. Man wird hier nicht erst die Trivialität wiederholen brauchen, Laos sei nicht Berlin bzw. Deutschland. Eine solche Identität der Probleme ist von keinem ernsthaften Politiker oder Publizisten behauptet worden. Es geht um anderes. Die Laos-Lösung ist ein höchst anregendes Beispiel für die weltpolitische Ausklammerung eines umstrittenen Gebietes, sie zeigt, wie schon Lord Home gesagt hat, Sinn und Fruchtbarkeit des Verhandelns und des Kompromisses anstelle einer (Militär-) Politik des „Alles oder Nichts". Das aber gilt auch für eine für alle Beteiligten gewiß noch schwerer wiegende Lösung des Deutschland-Problems, das nach wie vor einer der gefährlichsten Spannungsherde der Weltpolitik ist. Die Deutschen können sich gerade heute ein doktrinäres Ignorieren des Beispieles Laos nicht leisten. Und doch tun sie es, von Ausnahmen abgesehen. Aber vielleicht sind die publizistischen Reaktionen gerade darum so heftig, weil man sich über die Bedeutung der Neutralisierung von Laos für die weitere Diskussion um Deutschland durchaus im klaren ist? Diesen Eindruck gewann man jedenfalls aus einem großen Aufsatz im „Bulletin" der Bundesregierung vom 31. Juli, der sich, unter dem Titel „Laos und Berlin", strikt gegen eine Analogie wandte, dabei aber die ganze Schwäche der heutigen Bonner Außenpolitik nicht verleugnen konnte. Denn die Argumentation war rein negativ, sie ermangelte jedes konstruktiven politischen Gedankens zur Lösung des Berlin-Problems, sie beschränkte sich im wesentlichen darauf, die Garantien der USA für Westberlin als Basis der Bonner Haltung in dieser Frage anzuführen. Womöglich war dieser Aufsatz gar in erster Linie an die amerikanische Adresse gerichtet, somit ein Ausdruck der in Bonn um sich greifenden Unsicherheit über die künftige Deutschland-Politik Washingtons. Die Problematik dieser Art politischer Beweisführung geht schon aus dem Titel des erwähnten Beitrages im „Bulletin" hervor, der nur von Berlin, nicht aber von Deutschland sprach. Das entspricht dem Verzicht der Bundesregierung auf jede Initiative in der Deutschland-Frage, in deren Rahmen auch eine leidliche Berlin-Lösung möglich wäre.

Ungeachtet des Debakels der Bonner Politik der Stärke, ungeachtet auch der Berichte über bevorstehende neue Initiativen der Sowjetunion in der Deutschland-Frage, ist das Thema Neutralität in der Bundesrepublik nach wie vor tabu. Darum die so einseitige Interpretation des Genfer Laos-Abkommens. Es wird nur widerwillig zugegeben, daß auch der Osten sich in Laos kompromißbereit gezeigt hat. Gleichzeitig unterstellt man ihm, er denke nur daran, auf dem Wege über die Neutralisierung von Laos endgültig die Oberhand über dieses Land zu gewinnen, er nehme also die von ihm selbst unterzeichnete Neutralität von Laos gar nicht ernst. Solchen Kritikern will es offenbar nicht in den Kopf, daß auch der Osten, daß sowohl Moskau als Peking, sehr wohl an einer weltpolitischen Entspannung interessiert und darum zu gewissen Kompromissen bereit sein könnten.

Sie präsentieren uns noch immer die Sowjetunion als Moloch, der, unersättlich gefräßig, Land um Land zu verschlingen wünsche. Die weltpolitische Wirklichkeit aber sieht anders aus, ohne daß wir damit etwa der Verharmlosung des Machtstrebens aller Großmächte das Wort reden wollten. Gerade die Sowjetunion hat Gründe genug, Abrüstung und Entspannung zu wünschen, schon weil sie vor außerordentlichen Problemen der inneren Entwicklung steht. Es erscheint durchaus denkbar, daß sie Interesse hat an einer Sicherung dieses inneren Aufbaues (von dem, was sie hoffen mag, eine zunehmende Anziehungskraft gerade auf die außereuropäischen Völker ausgehen würde) durch die Schaffung von Entspannungszonen zwischen Ost und West.

In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß es der Westen war, der das erste Neutralisierungs-Abkommen über Laos gebrochen hat. Dieser Bruch der Genfer Vereinbarungen von 1954 kostete die USA einen hohen Preis. Und hier gibt es über die allgemeine Bedeutung des neuen Laos-Kompromisses hinaus gerade für die deutsche Politik einiges zu lernen. Denn Laos war, bis es zu den neuen Vereinbarungen kam, das Musterbeispiel einer einsichtslosen und halsbrecherischen anti-kommunistischen Politik des „Alles oder Nichts", der Washington erst in letzter Stunde abgeschworen hat, als das Nichts dicht bevorstand. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Administration Kennedy sich, damit es zu einer auch für den Westen noch tragbaren Lösung der Laos-Frage kommen konnte, von den pro-westlichen anti-kommunistischen Kräften in Laos hat distanzieren müssen. Washington hat zuletzt um der weltpolitischen Entspannung willen eine solche Distanzierung nicht gescheut. Es war spät genug. Zur Zeit und in den Jahren nach der ersten Laos-Konferenz war die Lage für den Westen günstiger. Nur daß ihm damals die Neutralität nicht genügte. Wie schon gesagt, ist er heute froh, überhaupt noch eine solche Neutralisierung erreicht zu haben.

Auch die Bundesregierung hat seit 1950, zunächst in Gemeinschaft mit den USA, eine anti-kommunistische Politik des „Alles oder Nichts" betrieben. Sie wähnte, durch den Aufbau eines neuen deutschen militärischen Apparates die NATO so stärken zu können, daß es möglich sein werde, die Sowjetunion zu einer Preisgabe der Gebiete zu veranlassen, die dieser 1945, als Folge des von Deutschland begonnenen und verlorenen Krieges, zugefallen waren. Die Sowjetunion hat diese jedem Interessenausgleich abholde neue deutsche Machtpolitik begreiflicherweise als Herausforderung betrachtet. Das Ergebnis war und ist eine Verhärtung des sowjetischen Standpunktes in der Deutschland-Frage. Die Zeit hat auch hier gegen den Westen und vor allem gegen die Bundesrepublik gearbeitet. Man braucht nur an die sowjetische Initiative von 1952 zu denken, um sich bewußt zu werden, wie verhängnisvoll der unbedingte Verzicht auf gründliche, langwierige, sicher mühevolle Verhandlungen mit der Sowjetunion war und ist. Die deutsche Situation, und zwar in jeder Hinsicht, mußte nach 1945 von vornherein einen Kompromiß mit dem Nachbarn im Osten ebenso wie mit den ehemaligen Kriegsgegnern im Westen nahelegen.

Zumindest aber mußte nach den ersten Jahren der stattdessen gewählten Politik der Stärke die Erkenntnis von deren nationalpolitischer und weltpolitischer Heillosigkeit reifen. Aber nicht einmal das war der Fall. Bis heute hat die Bundesregierung ihrer Alles-oder-Nichts-Politik nicht abgeschworen; noch immer macht sie ihre Zustimmung zu Abrüstung und Entspannung von der Erfüllung politischer Ansprüche abhängig, die heute weniger denn je seit 1945 erfüllbar sind, deren Erfüllung für die primären nationalen Interessen Deutschlands auch nicht unbedingt notwendig ist und deren einsichtslose Proklamierung um jeden

Preis eine Entspannung in Europa nach wie vor blockiert. Es handelt sich dabei um territoriale und um militärpolitische Ansprüche. Im Wahne ständig fortschreitender Aufrüstung hat man verkannt, daß diese Politik des „Alles oder Nichts" gegenüber der Sowjetunion und der DDR, aber auch gegenüber Polen und der CSSR, die Nation dem Nichts wesentlich näher gebracht hat als dem Alles!

An all dies kann Laos erinnern. Vielleicht ist der Augenblick nicht einmal mehr allzu fern, da auch die Bundesrepublik froh sein wird, wenn es ihr gelingt, wenigstens noch einen Kompromiß zu erreichen, nachdem sie solange alle Chancen, durch eine flexiblere Haltung rechtzeitig günstigere Ergebnisse zu erlangen, ausgeschlagen hat. Das gilt für die Berlin-Frage so gut wie für das Deutschland-Problem überhaupt. Seit 1958 wird über Berlin diskutiert. Der Bundesregierung ist es seit Jahren bekannt, daß Moskau die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik mit zunehmendem Argwohn verfolgt, auf der Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten besteht, die Berlin-Frage in dieses Problem eingeschlossen ist und Bonn keinerlei Möglichkeiten hat, eine Veränderung der Verhältnisse in Deutschland in seinem Sinne herbeizuführen. Umgekehrt hat aber die Sowjetunion genug Möglichkeiten, auf eine anhaltend intransigente Bonner Politik wirksam zu reagieren, wie sich drastisch am 13. August 1961 gezeigt hat. Ungeachtet dessen läßt die Bundesregierung es seit 1958 an jeglicher Initiative zugunsten einer diesen Umständen Rechnung tragenden, aus ihnen das Beste machenden Politik in der Deutschland-Frage fehlen. Sie hat vielmehr immer wieder auf ihren alten Positionen bestanden, Positionen, die, gerade weil sie so starr behauptet wurden, einer fortschreitenden Aushöhlung verfallen mußten.

Das sowjetische Memorandum von Ende 1961 bot, wenn man schon auf eigene Konzeptionen glaubte nach wie vor verzichten zu dürfen, noch einmal einen Ansatzpunkt für umfassende Gespräche mit Moskau. Auch darauf ist Bonn nicht eingegangen. Der bekannte britische Spezialist für Kommunismus und Sowjetunion, Isaac Deutscher, ein überaus kenntnisreicher Beobachter der weltpolitischen Entwicklung, hat am 1. Juli 1962 im Observer die Meinung geäußert, die tiefe Enttäuschung der sowjetischen Regierung über diese (in der Kampagne gegen Botschafter Dr. Kroll zum Ausdruck kommende) Intransigenz der Bundesregierung habe wesentlich zu der seit einiger Zeit spürbaren Wiederannäherung Moskau—Peking beigetragen. Aus verschiedenen Berichten der westlichen Presse aus Moskau geht hervor, daß die Sowjetunion heute keine Chancen mehr für einen die weltpolitische Entspannung fördernden Kompromiß mit der Bundesrepublik sehe. Ministerpräsident Chrustschow sei zwar nach wie vor zu einer Koexistenz zwischen Kapitalismus und Kommunismus bereit, werde nun jedoch auf die Ablehnung einer solchen Koexistenz in Mitteleuropa durch die Bundesregierung mit größerer Entschiedenheit als bisher reagieren.

Die Berichte über die intensive Vorbereitung einer von der Sowjetunion vorgeschlagenen Friedenskonferenz über Deutschland häufen sich ebenso wie die Meldungen über neue Aktionen in Berlin. Kein Zweifel, neue schwerwiegende Entscheidungen in der Deutschland-Frage stehen bevor. Das müßte ein letztes Alarmzeichen für die Bundesregierung sein, wenigstens jetzt, ehe wiederum neue Tatsachen, neue bittere Tatsachen geschaffen worden sind, aus der so unfruchtbaren Position des Nichtverhandelnwollens herauszutreten und mit eigenen Initiativen zur Lösung des Deutschland-Problems aufzuwarten. Aber nichts dergleichen geschieht. Zwar gibt man in Bonn zu, daß sich die politische Position der Bundesrepublik in den letzten Jahren verschlechtert hat. Aber man gibt nicht zu, daß daran vor allem die eigene Politik schuld ist. Und man zieht keine Konsequenzen, im Gegenteil, man ist auch noch stolz darauf, daß jetzt sogar die SPD

sich zu der verhängnisvollen Politik des „Alles oder Nichts" bekennt, das Debakel damit gleichsam besiegelt hat.

Die Bundesrepublik wird sich entweder höchst schnell zu einem ihr in jeder Hinsicht angemesseneren politischen Realismus und zu einem ihr bisher fremden weltpolitischen Verantwortungsbewußtsein bekehren müssen, durch all die Erfahrungen der letzten Jahre klug geworden, oder sie wird die Bitterkeit weiterer politischer und vielleicht nicht mehr nur politischer Krisen sehr bald und sehr hart zu spüren bekommen. Nur mit Betroffenheit hört man von dem unverantwortlichen Zweckoptimismus, den das Auswärtige Amt zu verbreiten sucht. Dort behauptet man einfach, es werde alles „schon nicht so schlimm" kommen. Aus einem Wechselbad zwischen solchen leichtfertigen Beschwichtigungen und maßloser anti-kommunistischer Agitation besteht seit langem die ganze deutsche „Außenpolitik". Es paßt dazu, daß ungeachtet der sich abzeichnenden neuen Zuspitzung der Lage in Berlin Bundesaußenminister Dr. Schröder bei seinem Besuch in Genf vor einigen Wochen zwar mit dem amerikanischen Außenminister Rusk zusammentraf, die Gelegenheit eines Gesprächs mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko aber nicht wahrnahm.

Jedermann weiß, spürt oder ahnt, daß „etwas bevorsteht" — und dennoch verlegt man sich aufs Abwarten. Ein Beispiel dafür gab die der Bundesregierung nahestehende Kölnische Rundschau, die am 25. Juli schrieb: „Über Berlin ziehen sich dunkle Wolken zusammen, sie werden sich in einem Gewitter entladen, man muß kein politischer Wetterforscher sein, um das zu erkennen. Es kann kein Zweifel bestehen, daß in naher Zukunft in und um Berlin ‚etwas passiert'". Der Verfasser dieses Beitrages wiederholte am 4. August in demselben Blatt: „Über Berlin braut sich ein Gewitter zusammen. Es ist fast mit Händen zu greifen, daß sich dieses Gewitter in naher Zukunft entladen wird." Aber auch er verzichtete auf die Forderung nach einer Bonner Politik, die solche Entladungen verhindern oder doch mildern würde. Ganz abgesehen davon, daß Rudolf Heizler ebenso wenig wie der überwiegende Teil der übrigen bundesdeutschen Leitartikler von der Mitverantwortung gerade der Bundesregierung für die Entwicklung spricht. Der zur Zeit Herrn Brandt vertretende Berliner Bürgermeister Amrehn (CDU) empfiehlt derweil „starke Nerven", nicht aber eine realistische und konstruktive Politik. Als ob das Berlin-Problem sich auf eine „Nervensache" reduzieren ließe! Und Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier weiß keinen anderen Rat: „Weg mit allen Tönen von Verzicht und Rückzug." (Auf dem CDU-Landesparteitag Schleswig-Holstein in Husum, 3. 7. 1962; nach „Hamburger Echo" vom 4. Juli.) Es ist in der Bundesrepublik heute eine pseudo-patriotische „Durchhalte-Politik" Trumpf, die an dieselbe „Politik" von 1917/18 und 1944/45 anknüpft. Das ist ein Teil jener verhängnisvollen „Kontinuität des Irrtums", von der an anderer Stelle dieses Heftes Hermann Rauschning handelt.

Wenn schon nicht die Wetterzeichen im Osten die Bundesregierung zu einer gründlichen Überprüfung und Revision ihrer bisherigen Politik veranlassen können, so sollte sie wenigstens die Entwicklung im Westen zum Anlaß für eine solche nehmen. Die Abberufung des bisherigen, in seinen militär-politischen Auffassungen mit Minister Strauß eng verbundenen NATO-Oberbefehlshabers General Norstad (die Süddeutsche Zeitung schrieb, man könne sie nur als einen Sturz Norstads bezeichnen), nicht minder aber auch die Rückberufung des bisherigen amerikanischen Botschafters in Paris, Mr. Gavin, sind Symptome. Beide, Norstad wie Gavin, befürworteten eine von Washington relativ unabhängige NATO- bzw. europäische Atommacht. Die amerikanische Regierung aber ist jetzt offensichtlich entschlossen, an der exklusiven atomaren „Partnerschaft" USA—UdSSR

festzuhalten. Man weiß in Washington, welche Risiken man einginge, wenn man den Aufbau einer von Bonn und Paris bestimmten europäischen Atommacht fördern würde. Eine solche Entwicklung müßte die unerläßliche weltpolitische Entspannung, vor allem die atomare Abrüstung wesentlich erschweren und eine um der Entspannung willen ebenfalls unumgänglich gewordene Kompromißlösung des Deutschland-Problems auf der Basis des Status quo blockieren. Die amerikanische Strategie beginnt sich offenbar auf den Gedanken an eine „Entatomisierung Europas" einzulassen, aus militärpolitischen wie aus politischen Gründen. Dabei kann selbstverständlich von einer „Preisgabe Europas" überhaupt nicht die Rede sein, wohl aber von einer bewußten Risiko-Minderung, die vielleicht schon auf eine Disengagement-Konzeption hindeutet.

Die Bundesregierung besteht ihrerseits nach wie vor auf atomarer Gleichberechtigung, den militärpolitischen und politischen Konsequenzen einer solchen zum Trotz. Das Zusammenspiel mit Frankreich dient vor allem der Verwirklichung dieser militärischen Ambitionen. Es ist klar, daß die Bonner Hartnäckigkeit in der Frage der atomaren Gleichberechtigung das in letzter Zeit ohnehin gewachsene Mißbehagen westlicher Regierungskreise über die Bundesregierung erhöhen muß, die so unmißverständlich allen Bemühungen um Entspannung und Abrüstung in den Weg tritt und sich auf unhaltbar gewordene politische Positionen versteift. Jedenfalls läßt sich die Vertrauenskrise zwischen Washington und Bonn heute weniger denn je übersehen. Sie ist tief begründet.

Ein Detail sei hier erwähnt, das nicht unwesentlich dazu beitragen dürfte, in Washington böses Blut zu machen: Es ist bekannt geworden, daß sich die Bundesregierung in den USA einer Public Relations-Firma bedient, die vor allem republikanische Kreise, d. h. die innenpolitischen Gegenspieler Kennedys und Gegner seiner Politik eines vorsichtigen Ausgleichs mit der Sowjetunion „mobilisiert", zur Stützung des Bonner harten Kurses! Man wird wiederum an Laos erinnert, wo die USA, nach vielen bitteren Erfahrungen, den rabiaten anti-neutralistischen Anti-Kommunisten ihre Unterstützung entzogen, um ein noch größeres Desaster zu verhüten.

So ist auch die Militärpolitik der Bundesregierung, seit langem schon das A und das O ihrer ganzen Politik, in eine schwere Krise geraten. Die Amerikaner scheinen im Zusammenhang mit der Ablehnung der Atommacht NATO eine Erhöhung der konventionellen Streitkräfte der Bundesrepublik auf 700 000 oder 750 000 Mann zu fordern. Von der Bundesregierung ist dieser Vorschlag zurückgewiesen worden. Hier wird man einmal mit der Regierung einig gehen. Sie hat auf die außerordentlichen wirtschaftlichen Belastungen hingewiesen, die aus einer solchen Erhöhung des Bestandes der Bundeswehr resultieren würden. Das legt freilich auch die Frage nahe, ob denn die schon jetzt von der Bundesrepublik zu tragenden Aufrüstungs-Belastungen überhaupt noch verantwortbar sind. Denn ganz offensichtlich bedeutet die Aufrüstung schon heute eine denkbar schwerwiegende wirtschaftliche Hypothek, die dem Sicherheits-Bedürfnis nicht entspricht und deren Unsinnigkeit durch ihre unverkennbare politische Problematik noch erhöht wird. Das Verteidigungsministerium fordert aber selbst neue wirtschaftliche und gleichzeitig politische Belastungen, wenn es mit der Ablehnung jener von Washington geforderten Erhöhung der konventionellen Streitkräfte das alte Verlangen nach atomarer Gleichberechtigung verbindet. Die Sicherheit der Bundesrepublik wird durch das eine wie durch das andere nicht erhöht, sondern gefährdet. Sicherheit kann es gerade für das so exponierte und heute sich selbst so leichtfertig exponierende Deutschland nur noch durch politische Lösungen, d. h. durch Abrüstung und Entspannung geben. Die heutige Bonner Politik läuft prak-

tisch noch immer darauf hinaus, die selbstverschuldete deutsche Niederlage von 1945 rückgängig zu machen, anstatt aus den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte endlich zu lernen und, unter Absage an ein neues unruhestiftendes weltpolitisches Revisionsstreben, eine konstruktive deutsche Friedenspolitik einzuleiten. Das Ergebnis kann nur ein neues, allerdings weit schlimmeres 1945 sein.

Man kann nur immer fragen: Worauf wartet Bonn? Was will Bonn? Noch immer wird zur Rechtfertigung der eigenen Intransigenz von „Zeitgewinn" geredet. Es ist auch kürzlich die Auffassung vertreten worden, die Bundesregierung solle eine Einladung zu einer Friedenskonferenz ruhig annehmen, sie könne damit dann „wieder Zeit gewinnen für Berlin". Mit einer solchen Absicht auf eine Friedenskonferenz zu gehen, wäre freilich so nutzlos wie unverantwortlich. Es wäre nur ein weiteres Beispiel rein destruktiver „Politik", verbunden mit einem neuen Selbstbetrug. Denn es kann für die von Bonn so lange vertretene Konzeption keinen „Zeitgewin", kein „Über-die-Runden-Kommen" mehr geben. Die Entwicklung wird, so oder so, über diese Konzeption hinweggehen. In Frage steht nur noch, ob die Bundesrepublik doch noch die Initiative zu einer weltpolitischen Kompromiß-Lösung des Deutschland-Problems, zu einer wirksamen Sicherung des Friedens in Mitteleuropa ergreift oder ob sie das letzte „Hart auf Hart" herausfordert, d. h., den für die Politik Hitlers und Adenauers unvermeidlicherweise zu zahlenden Preis noch weiter hochtreibt. Eine große Friedenskonferenz bietet die Möglichkeit eingehender Verhandlungen, die von der Bundesrepublik nicht Selbstaufgabe, vielmehr Einsicht, Realismus und aufrichtigen Friedenswillen verlangen würden.

Die innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik korrespondiert der Ablehnung jedes Kompromisses in der Außen- und dem Streben nach Atomwaffen in der Militärpolitik. Vor einem Monat ist an dieser Stelle auf die fortschreitende Zerrüttung der Demokratie von oben, auf ihre bedenkenlose Korrumpierung durch die Mächtigen selbst hingewiesen worden. Die wahrhaft unglaubliche, weil rein von taktischen Erwägungen und parteipolitischen Machenschaften, nicht aber von staatspolitischen Notwendigkeiten und öffentlicher Moral bestimmte „Abwicklung" des „Falles Fränkel" — wie in der FIBAG-Affäre beinahe schlimmer noch als die Affäre selbst — hat diese Tendenz erneut bestätigt. Die Forderungen nach Grundgesetz-Änderungen werden zahlreicher und lauter. Nicht irgendwelche unteren „wildgewordenen" Funktionäre, sondern der Bundeskanzler und der Bundestagspräsident haben in den letzten Wochen erneut darauf gedrängt, die verschiedenen Landtagswahlen auf einen Termin zusammenzulegen und die Bundestags-Legislatur-Perioden zu verlängern! Der CDU-Abgeordnete Dr. Barzel regte im Pressedienst seiner Partei am 18. Juli eine neue Diskussion über die Wiedereinführung der Todesstrafe an. Auch er forderte Änderungen in der Wahlordnung und im Wahlrecht. In diesen Rahmen gehört die fortschreitende Vorbereitung der Notstands-Gesetzgebung, die Formulierung eines neuen Presse-Gesetzes. Warnzeichen ohne Zahl!

Diese innenpolitischen Bestrebungen sind verbunden mit der Ablehnung jeder außenpolitischen Alternative, mit der Unterbindung jeder offenen außenpolitischen Diskussion in der Bundesrepublik, der Denunzierung jeder Kritik an den außenpolitischen Vorstellungen von CDU, FDP und SPD. Man wird sich über die Gefährlichkeit dieses Trends keine Illusionen mehr machen, wenn man von den Ausführungen des früheren Bundesministers Dr. Oberländer vor einer schlagenden Verbindung in Hamburg hört, über die am 3. August DIE ZEIT kritisch berichtet hat (ohne indes deutlich darauf hinzuweisen, daß Oberländer kein Außenseiter, kein Einzelfall, sondern nur ein konsequenter Vertreter der heutigen Bon-

ner Außen- und Innenpolitik ist!). Der als CDU-Propagandist sehr rührige ehemalige Minister sprach von Grundgesetzänderungen, von der Todesstrafe, von einer streng autoritären Regierungspraxis, vom bedingungslosen Kampf gegen den Kommunismus usw. und er verlangte vor allem eine Ausschaltung der „Verräter" (bzw. „Narren"), die durch ihre Kritik der Regierung in den Rücken fielen und „Deutschland dem Bolschewismus ausliefern" wollten ... Man muß an die beiden letzten Jahre des Zweiten Weltkrieges denken, als die Terrorjustiz des nationalsozialistischen Staates alle die unbarmherzig ausrottete, die vor dem Weg bis zum bitteren Ende — das dann 1945 kam — warnten!

Zwei Vorgänge seien hier abschließend als Symptome erwähnt, deren Bedeutung vielleicht in nicht allzu ferner Zeit auch denen aufgehen wird, die heute noch zu einer Verharmlosung der innenpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik neigen. Vor kurzem ist — 17 Jahre nach dem Zusammenbruch von 1945! — die Deutschnationale Volkspartei unseligen Andenkens in Kassel wieder gegründet worden. Vor fünf, noch vor drei Jahren vielleicht, hätte man das als Kuriosität betrachtet und darüber gelächelt. Heute ist, ungeachtet des zunächst gewiß sektiererhaften Charakters dieser Partei, zum Lächeln wohl kein Grund. Diese Wiedergründung, unabhängig vom weiteren Schicksal der neuen DNVP, ist nur eine weitere Konsequenz der allgemeinen ideologischen und politischen Restauration und Rehabilitierung, die die Jahre der Kanzlerschaft Konrad Adenauers kennzeichnet. Sie wird, wenn ihr nicht bald sehr entschieden Einhalt geboten wird, noch weit über die un-demokratischen Praktiken des Regimes Adenauer hinausgehen und anti-demokratische Tendenzen abermals etablieren, denen jene un-demokratischen den Weg bereitet haben. — Nicht minder aufschlußreich ist die im letzten Jahr außerordentlich gestiegene Verbreitung eines so radikalen Organs wie der Deutschen Soldaten-Zeitung, die heute an den Kiosken auch im kleinsten Ort der Bundesrepublik, ja gerade dort, erhältlich ist. Die von ihr vertretenen Kreise unterscheiden sich von den zur Zeit in Bonn herrschenden nur durch die Konsequenz, mit der sie, wie Oberländer, der ein Bindeglied zu ihnen ist, den antidemokratischen aggressiven Antikommunismus propagieren. Und zumindest in dem Sinne bestimmen sie, zusammen mit den sehr aktiven Landsmannschaften, schon heute die Bonner Politik mit, daß sie deren verhandlungs- und kompromißfeindlichen Kurs bedingungslos unterstützen, eine verantwortungsbewußte deutsche Entspannungspolitik blockieren.

So hemmt die innenpolitische Entwicklung gerade in diesen Monaten die außenpolitische Besinnung, die allein noch den Deutschen eine gesicherte nationale Zukunft verbürgen kann. Das Beispiel Laos ist Warnung und Ermutigung zugleich. Es zeigt, wie verhängnisvoll sich eine falsche Einschätzung der Realitäten auswirken muß. Es zeigt, in welche Konflikte eine von antikommunistischer Besessenheit, zutiefst reaktionärem Geist bestimmte Politik führen muß. Es läßt aber auch erkennen, daß Einsicht und Umkehr in vorletzter Stunde immer noch eine Chance bieten und im Augenblick die Großmächte eher als früher geneigt sind, einen Ausgleich zu suchen, der den Frieden sichert. Die vorletzte Stunde aber dürfte auch in Deutschland gekommen sein.

Dr. Hermann Rauschning

Kontinuität des Irrtums

I.

Ein Schicksalsgenosse aus den bitteren Jahren der Emigration, auf dessen Urteil ich besonderes Gewicht lege, warf mir vor kurzem wegen meines letzten Aufsatzes in den „Blättern" vor, daß ich Adenauer zu so etwas wie einen Hitler zu machen versuche. Das sei er nun einmal nicht. Wer aber versuche, ihn als so etwas Ähnliches abzustempeln, der verscherze damit die Willigkeit auch des gut gesonnenen Lesers, seinen Gedanken zu folgen, sie mögen sonst so gut und richtig sein, wie sie mögen. Für jemanden, der sich der Verantwortung für jedes Wort bewußt ist, der sich bemüht, seine politischen Ansichten ständig an der Wirklichkeit auszurichten, der auch nicht in der Illusion lebt, daß es überhaupt die politische Lösung oder die allein richtige Beurteilung einer konkreten Frage geben könne, ist das ein Vorwurf, der ihn zu einer noch schärferen Prüfung seiner Urteile und Motive veranlassen wird. Gewiß habe ich nicht Adenauer mit Hitler persönlich verglichen. Darüber ein Wort zu verlieren wäre Zeitverschwendung. Mein Kritiker meinte das auch nur in einem übertragenen Sinne, nämlich daß ich die Adenauersche Politik in ihren sich über kurz oder lang auswirkenden Folgen für ähnlich verhängnisvoll halte wie die nationalsozialistische. Was Adenauer persönlich anlangt, so stehe ich nicht an, gerade gegenwärtig, wo sein Ansehen gelitten hat, hervorzuheben, daß man ihm das, was gemeinhin als persönliche Größe gilt, nicht absprechen kann. Mehr noch, man wird ihn angesichts des fortschreitenden persönlichen Autoritätsverlustes und der offensichtlichen Hinfälligkeit der in die erste Phase seiner Politik der Stärke gesetzten Hoffnungen als eine tragische Figur der deutschen Geschichte respektieren. Auch als Gegner wird man ihm als eine solche Achtung zollen statt der bei ordinären Seelen üblichen Schadenfreude über den Fall eines Großen. Schon allein aus dem Grunde sympathisieren wir menschlich mit Adenauer, weil seine persönliche Tragik nur der Ausdruck des abermaligen tragischen Ungenügens und Irrens des deutschen Volkes ist.

Ganz anders aber steht es mit dem sachlichen Vorwurf wegen einer verfehlten Außen- wie Innenpolitik, die das deutsche Volk zwar äußerlich von den Trümmern der Hitlerkatastrophe befreit und es in Luxus und Wohlleben geführt hat, in seiner innerlichen, geistigen, moralischen, politischen und sozialen Existenz es aber mitten in den Trümmern der alten vom Nationalsozialismus zerschlagenen, niedergeknüppelten Werte und Normen steckengelassen und abermals in die Sättel der apokalyptischen Reiter gesetzt hat, in der Annahme, daß es dann schon reiten werde. Ja, in vollem Bewußtsein der Schwere des Vorwurfes wiederholen wir: die Adenauersche Politik — von einer Hitlerschen Majorität des deutschen Volkes in freiwilliger Gleichschaltung der Hauptparteien getragen —, muß, wenn sie nicht noch rechtzeitig gestoppt wird, in eine neue Katastrophe führen, die nicht geringer, die schlimmer als die Hitlersche für Deutschland, wenn nicht sogar für die ganze Welt sein wird. Daß Adenauer eine solche Entwicklung nicht will, versteht sich von selbst. Daß seine Absichten die besten sind, wird niemand bezweifeln. Aber daß die guten Absichten nicht durch die richtigen Einsichten getragen sind, daß er die voraussichtlichen Folgen seiner Politik nicht realisiert, daß er nicht gewahr wird, wie seine besten Intentionen das Gegenteil von dem zeitigen, was er damit beabsichtigt, das macht seine Tragik und unser Elend aus. Wir, die wir noch die gesicherten Zeiten der drei Kaiser des Zweiten Reiches, die wir den Ausbruch des Ersten Weltkrieges nicht als unmün-

dige Jünglinge oder Knaben, sondern als urteilsfähige Männer erlebt haben — wir, die wir selber vom Brand des Irrtums versehrt wurden, sehen klarer als die jüngeren Generationen, welch schauerliche Anziehungskraft in der „Tendenz zum Extrem" liegt, welch unentrinnbarer Zwang in der „Logik im Schrecken" steckt. Wir, die wir bereits zweimal an den Irrtümern der Zeit teilgenommen und uns dem Verhängnis ausgeliefert haben, sind mißtrauischer und hellsichtiger dem Sog gegenüber, den „falsche Tendenzen" im geschichtlichen Leben der Völker (wie übrigens auch im persönlichen Leben) ausüben. Wir gewahren, daß in einem furchtbaren Wiederholungszwange zum dritten Mal anzuheben beginnt, was schon zweimal durch das Verdikt der Geschichte als ein Grundirrtum gerichtet ist.

Was ich dem Adenauer-Regime zum Vorwurf mache ist, um es auf einen Nenner zu bringen, „Die Kontinuität des Irrtums". Der Ausdruck stammt von Hans Herzfeld („Die moderne Welt. 2. Teil: Weltmacht und Weltkrieg"). Es ist die „permanente Verkennung der Realität" (Fritz Fischer: „Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18" [1]), die sich als ein schleichendes Erbübel vom kaiserlichen Deutschland über die Weimarer Republik durch die Katastrophe des „Dritten Reiches" bis in die Bundesrepublik weitergeschleppt hat. Bethmann-Hollweg, der viel verlästerte Reichkanzler, steht allein unter den verantwortlichen Politikern Deutschlands insofern er diesen Grundirrtum nicht nur erkannte, sondern auch bekannte, als er 1916 vor dem Hauptausschuß des Reichstages erklärte, daß die Deutschen nicht dem Fehler entgangen wären, „die Kraft unserer Feinde zu unterschätzen" und „unsere gewiß gewaltigen Kräfte im Verhältnis zu der übrigen Welt zu überschätzen". Zur Verkennung der Macht tritt die Verkennung der Lage Deutschlands in der Mitte des Kontinentes und der Folgerungen, die sich daraus ergeben, die Verkennung der historisch und geographisch bedingten Funktionen Deutschlands in der Gemeinschaft der europäischen Nationen. Zweimal hat dieser Grundirrtum zu einer politischen Konzeption geführt, die eine Katastrophe heraufbeschwor. Er hat auch zum dritten Mal zu einer Politik geführt, in der sich bereits die Züge einer künftigen Katastrophe abzuheben beginnen. Das Scheitern der ersten Phase einer illusionistischen „Politik der Stärke" — mit ihrem Nahziele der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und Revision der Ostgrenzen — hat nicht dazu geführt, die eigene Konzeption einer Überprüfung auf ihre Angemessenheit zu unterziehen, vielmehr zum Beginn einer zweiten Phase, in der Bonn die Wiederaufrüstung zu einer Großmacht erstrebt. Ähnlich wie, trotz der Erkenntnis Bethmann-Hollwegs 1916, die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland, in der Kontinuität der Irrtums verharrend, bis ins bittere Ende fortgesetzt wurde.

Fragt man nach den Zielen, nach den Objekten einer deutschen Politik überhaupt und den Linien, in denen ihre Verwirklichung erstrebt wird, so ist es erstaunlich, wie zäh sich Ansichten und Hoffnungen über einen Zeitraum von fünfzig Jahren und weltumstürzende Katastrophen konserviert haben, ja wie gedankenarm, wie dürftig an Einfällen die professionellen Politiker sind. Die Politik Bonns ist in entscheidenden Zügen die des kaiserlichen Deutschlands. Dieselben außenpolitischen Perspektiven verbanden so verschiedene Geister wie den, ob seiner politischen Weisheit etwas zu Unrecht glorifizierten, Gustav Stresemann und Adolf Hitler. Als im Herbst 1918 in dem beginnenden Debakel die noch zu realisierenden Kriegsziele Deutschlands erörtert wurden, ergab sich als rettender Ausweg die gemeinsame Frontbildung Deutschlands mit den Westalliierten gegen den Bolschewismus, um, mit den Worten Albert Ballins, des gro-

[1]) Vgl. Die Besprechung in Heft 6/62, S. 471 ff.

ßen Reeders und Freundes Wilhelms II., „die wirtschaftlichen Werte des Ostens für Europa zu sichern als gemeineuropäisches Interesse der Wirtschafts- und Finanzkreise". Und wenn Gustav Stresemann als sein „Nahziel" die Rückgewinnung des status quo ante 1914 erklärte und als geheimes Fernziel einen großdeutschen Staat, in dem „neben unseren Volksgenossen auch Angehörige fremder Nationalitäten unter deutsche Hoheit gestellt" werden würden, so ist die Verwandtschaft mit der Hitlerschen Konzeption, aber auch mit der Bonner Politik offensichtlich. Wie er im Hinblick auf den zu erwartenden Zusammenbruch Polens sich auf kein „Ostlocarno" einlassen wollte, so weigert sich Adenauer, den Status, der durch Niederlage und Nachkriegspolitik entstanden ist, anzuerkennen, in der Erwartung eines Erweichens der sowjetischen Position oder auf Grund weiter gesteckter Ziele der eigenen Machtpolitik. Was ist die anti-bolschewistische Politik Bonns anderes als eine zeitgemäße Variante dieser immer wieder auftauchenden Ideen und Vorstellungen! Wie ein roter Faden durchzieht das schlecht gedrehte vielstrangige Tau der deutschen Politik die Vorstellung einer Liquidation Rußlands als Großmacht, um die eigene Großmachtstellung zu erringen oder den Weltfrieden unter der wohltätigen Hegemonie der Westmächte zu begründen oder doch wenigstens die Folgen der eigenen Irrtümer und Niederlagen zu reparieren. Zwar erstrebt Bonn keinen großdeutschen Staat mehr, dafür aber eine „Dritte Macht Europa". Es ist abermals ein „Griff nach der Weltmacht", wenn auch nicht als ausschließlicher eigener Besitz, so doch um entscheidend an ihr zu partizipieren. Dabei entging es den Politikern Bonns, die sich auf die Überwindung des Nationalismus etwas zugute hielten, daß Machtpolitik Machtpolitik bleibt, ob im Namen einer Nation oder einer Gruppe von Nationen geführt. Sie wird darum nicht besser, wenn sie auf einer falschen Einschätzung der Realität beruht. Und was die anti-bolschewistische Einheitsfront der Westmächte anlangt, so ist es den Taktikern des Bonner Regimes nicht eingefallen zu fragen, ob das, was der Bundesrepublik gleichsam als Geschenk der Geschichte in den Schoß fiel — nämlich nicht mehr wie 1918 die „gemeinsame Frontbildung" den Westmächten „aufsuggerieren" oder bloß auf sie, mit Hitler in seinen Bunkertagen, hoffen zu müssen —, nicht ein Danaergeschenk sei, ob nicht am Ende hinter der Politik der Rückdrängung Sowjetrußlands ein ähnlicher Fehler der Westmächte wie der von Deutschland zweimal begangene stecke; ob nicht die Zuversicht, „diesmal auf der richtigen Seite zu stehen", eine arge Illusion sei.

Aber es nicht nur die K o n t i n u i t ä t des Irrtums, die Adenauer mit seinem Regime vorzuwerfen ist, es ist vielmehr die S t e i g e r u n g des Irrtums bis zur völligen Verblendung in der Verkennung der Realität. Die Adenauersche Politik hat die fundamentale Änderung des Wesens der Machtpolitik überhaupt nicht in Rechnung gestellt. Sie ist an der Krise der politischen Macht als an etwas Irrelevantem vorbeigegangen und betreibt Machtpolitik wie im 19. Jahrhundert. Wenn man einen Bonner Würdenträger wie Herrn Gerstenmaier ausgerechnet in der Evangelischen Akademie Loccum dozieren hört, daß die Grundbedingung einer echten politischen Konzeption „e c h t e M a c h t" sei, so kann man nicht anders, als über ein solches Vorbeileben an den großen Umwälzungen unserer Zeit, über eine solche Verkennung der Realität verzweifeln. Was ist „echte Macht"? Will das der Herr Bundestagspräsident im Hinblick auf die Problematik der Anwendung der ultima ratio regis unter dem Albdruck der Atomwaffenzerstörung definieren? Kann er es? Ist es damit getan, daß die Bundesrepublik an der Kontrolle über die Atomwaffen der NATO partizipiert? Oder heißt es eine eigenständige Atommacht zu werden, oder, da es schwierig wäre, den Vorsprung der bereits arrivierten Atommächte einzuholen — wie der einst besser überlegende Emigrant Haffner in der „Welt" vorschlägt —, statt der nuklearen Sprengkraft

lieber gleich die Entwicklung neuer, sie weit übertreffender und mit Lichtgeschwindigkeit ins Ziel zu bringender Zerstörungsmittel in Angriff zu nehmen und damit nicht nur den Vorsprung der alten Atommächte einzuholen, sondern sie zu überholen? Experimente mit „Laser" und „Maser" — was immer das ist —, wären hoffnungsvoll. Der Gedanke, daß es Sowjetrußland zur Entwicklung einer solchen „Macht der Drei", um an einen einst populären Namen zu erinnern, nicht kommen lassen wird, ist für solche Machtpolitiker belanglos. Bedenken kommen ihnen nicht, daß selbst mit einer adäquaten Atomwaffe Klein-Europa Sowjetrußland gegenüber wegen seiner größeren Verwundbarkeit infolge der Engräumigkeit seiner Industrielandschaft immer der Unterlegene sein wird. Die sich selbst und die Bonner Politik decouvrierende Äußerung des Bundestagspräsidenten zeigt eindeutig die Zwangsläufigkeit der Entwicklung in denselben Militarismus, in denselben Willen zur Macht, in dieselben Großmachtambitionen, zu derselben Vergötzung der „nackten Gewalt", an denen das kaiserliche Deutschland, an denen das Dritte Reich zu Grunde gegangen sind. 1914 konnten wir noch im guten Glauben ins Feld ziehen, daß in den Reichen der Welt leider die Macht entscheide. Wir wußten es nicht anders. Wir konnten sogar noch mit gutem Gewissen Gebietserweiterungen als Siegespreis gutheißen, um als Großmacht eine breitere Existenzgrundlage zu gewinnen. Solche Ideen waren damals noch zeitgerecht. Noch bestanden das Britische Empire und die anderen großen Kolonialreiche, und wenige in den Nationen empfanden darüber Gewissensskrupel. Anders war es schon 1933. Es hatte sich bereits herausgestellt, daß, mindestens auf europäischem Boden, politische Probleme nicht mehr durch nackte Gewalt zu lösen waren. Wer zögernd und voller innerer Bedenken den „nationalen Aufbruch" mitmachte, tat es bereits mit einem schlechten Gewissen. Er konnte sich allenfalls mit der falschen Überlegung rechtfertigen, daß wer in der großen Wandlung nicht zum bloßen Amboß absinken wollte, Hammer werden müsse. Noch hatte sich die nackte Gewalt durch ihre Mittel nicht paralysiert. Wer aber 1954 eine „Politik der reinen Macht" treiben zu können glaubte, es gar 1962 noch tut, der kann es weder mit einem guten noch einem schlechten Gewissen, sondern nur in völliger Blindheit gegenüber den ungeheuren Revolutionen unserer Zeit tun, die, unter und mit der kommunistischen, das politische und soziale Gefüge der Welt und die machtpolitischen Beziehungen der Völker von Grund auf ändern; der ist blind gegenüber den heute schon sichtbaren Machtverschiebungen und den Grenzen politischen Machtstrebens und Machtdenkens im Stile des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, auch wenn er Afrika mit seinen zur Gleichberechtigung strebenden Völkern und Stämmen besucht und dort gejagt hat.

Denn diese verschiedenen Revolutionen unserer Zeit — und ich folge hier nicht bolschewistischen Propagandaslogans, sondern einer so unverdächtigen Zeugin wie der Engländerin Barbara Ward, der eminenten katholischen Wirtschaftspolitikerin, in ihrer jüngsten Veröffentlichung „The Rich and the Poor Nations" — laufen auf eine Gleichheit aller Völker hinaus und stellen als die eigentliche große Aufgabe unserer Zeit nicht nur den Ausgleich zwischen den „Habenden" und „Habenichtsen", sondern die Bildung einer Gemeinschaft der Nationen, in der alle, ob klein oder groß, arm oder reich gleiches Recht besitzen. Was nichts anderes bedeutet als die Überwindung einer Politik der reinen Macht, als die Unterstellung der Macht unter eine gemeinsame Verantwortung, die bereits im Bewußtsein der Völker eine Realität ist, auch wenn sie noch nicht zu einem positiven Recht entwickelt worden oder institutionell ausreichend gesichert ist. Von zwei Seiten her ist somit die reine Machtpolitik, auf die sich Herr Gerstenmaier beruft, problematisch: von der Zerstörungskraft ihrer Mittel her, wie von einem neuen politischen und sozialen Selbstbewußtsein der Völker. Statt sich

an die Spitze einer Entwicklung zu stellen, die auch dem deutschen Volke in längerer Sicht zur Lösung seiner Lebensfragen dienen würde, oder sich doch in diese Weltbewegung einzureihen, eine Politik betreiben wollen, die schließlich darauf hinausläuft, wieder eine Großmacht zu werden oder doch an den Machtprivilegien einer Weltmachtgruppe zu partizipieren, zeigt, daß die beiden deutschen Katastrophen das Denken der deutschen Politiker nicht abgeklärt haben. Bezeichnend für das bundesdeutsche Denken in veralteten Machtkategorien sind die ständig von neuem vorgebrachten Argumente für eine Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen, die darauf hinauslaufen, daß weder Frankreich noch die Bundesrepublik es sich leisten könnten, ohne solche „Rußland durch das fortgesetzte Bündnis mit Amerika zu reizen" (Der erwähnte Haffner in der WELT). Ohne sie wären sie nur Mächte zweiten Ranges und müßten ihr Heil in Neutralität suchen.

Klarer konnte die „Kontinuität des Irrtums" nicht artikuliert werden. Inhalt und Ziel der bundesdeutschen Politik ist und bleibt Macht, Machtbesitz, Machtbehauptung, und die Ostpolitik der Bundesrepublik hat nur Sinn, wenn sie einen Krieg mit Rußland als einkalkuliertes Risiko für möglich oder gar unvermeidbar hält. Nur dann ist die Verweigerung der Anerkennung des status quo rational, nur dann ist als vorsorgliche „Moralbildung" der ideologisch begründete Anti-Kommunismus dem mächtigen Nachbarstaat gegenüber vertretbar. Es wäre ein Wunder, wenn nicht zu gegebener Zeit Politiker und Militärs sich der in solcher politischen Situation enthaltenen Konfliktstoffe bemächtigten, um sich zu den Exekutoren einer bundesdeutschen Machtpolitik aufzuwerfen, ungehindert durch die Bindungen eines Militärbündnisses, denn „auch in einem Bündnis ist jeder sich selbst der Nächste" (Haffner).

Man wird dem Einwand begegnen, daß die Ostpolitik der Bundesrepublik nur die eine, sozusagen die negative Seite der Adenauerschen Konzeption sei; die positive entwickele sich nach Westen. Hier läge die bedeutende Leistung. Hier habe er die Linien einer großen zukunftsträchtigen Politik durch den Ausgleich mit Frankreich und den Zusammenschluß der westeuropäischen Nationen zu einer Verteidigungs- und Wirtschaftsgemeinschaft gezogen. Hier habe er für immer neuen Ausbrüchen eines deutschen Nationalismus und Chauvinismus den Riegel vorgeschoben. So gerne man solchem Lobpreise zustimmen möchte, so wenig Grund ist doch dazu vorhanden. Diese Politik des Zusammenschlusses bisher souveräner Nationen unter teilweiser Beschränkung, wenn auch noch nicht Delegation von Souveränitätsrechten zu höheren Einheiten organisierter und institutionell gesicherter Kooperation wäre in der Tat als eine der bedeutendsten positiven Leistungen unserer Zeit zu bewerten, wenn sich nicht auch hier falsche und die wohltätigen Wirkungen pervertierende Machttendenzen eingeschlichen hätten. Der wirtschaftliche Erfolg des Zusammenschlusses für die beteiligten Nationen steht zur Zeit außer Frage, der militärische ist problematisch. Die wenn auch nicht ausschließlich, so doch stark im Vordergrund stehende Tendenz, den Zusammenschluß als Machtelement in dem Ringen um die Vorherrschaft der westlichen politischen und sozialen Ordnung zu gebrauchen, ist ein entschiedener Mangel, der zu einer Verschärfung des Kampfes der beiden Ordnungssysteme statt zu einer Entspannung führen muß. Insbesondere würde das dann der Fall sein, wenn es zu einer geschlossenen Wirtschaftssphäre und einem partiellen Sicherungssystem etwa in der Verwirklichung einer Atlantischen Gemeinschaft kommen sollte, statt zu einer weltweiten Öffnung der wirtschaftlichen Kooperationen mit Einschluß der kommunistischen Länder und zu einem kollektiven Sicherungssystem. In diesem Zusammenhang möchten wir noch einmal auf die erwähnte Schrift von Barbara Ward als eine wertvolle warnende Stimme des Westens

hinweisen, die es trotz gewisser Grenzen des Verständnisses verdient, neben den in der letzten Nummer der „Blätter" erwähnten Schriften von Baade und Sternberg (in dem aufschlußreichen Artikel von Hans Andresen „Der säkulare Konkurrenzkampf der Gesellschaftssysteme") genannt zu werden. „Ich denke", warnt sie, „wir sollten gemeinsame Strategien für die (wirtschaftliche) Entwicklung, und Investierung sowohl innerhalb als außerhalb unserer Atlantischen Arena erarbeiten." Gegenwärtig zögen die Handelspolitiker des Westens nicht wie ehedem den Rest der Welt hinter uns mit hoch. „Im Gegenteil, sie neigen dazu, die Kluft (zwischen arm und reich) zu erweitern." „Wir sollten die ökonomischen Voraussetzungen für eine funktionierende Weltordnung schaffen." „Es bleibt nur eins: die gegenwärtige Kommunität potentieller Vernichtung hinter uns zu lassen und eine Kommunität des moralischen Auftrages statt ihrer zu bilden." Ich glaube, daß diese wenigen Sätze aus der letzten ihrer Vorlesungen für die Canadische Broadcasting Corporation „Nicht Brot allein" im Vergleich mit den Ausführungen über „reine Macht" des ehemaligen Konsistorialrates Gerstenmaier vor den Tagungsteilnehmern einer Evangelischen Akademie die ganze politische und geistige Rückständigkeit, die trostlose Rückentwicklung in der Bundesrepublik unter dem Regime Adenauer illustrieren.

II.

Adenauer und sein Regime einschließlich der SPD, die ihr Erstgeburtsrecht einer alternativen politischen Konzeption für das Linsengericht der Regierungsfähigkeit in den Augen der Westmächte preisgegeben hat, sind nicht von dem Vorwurf freizusprechen, daß sie eine politische Entwicklung eingeleitet haben, die zwangsläufig zu einer neuen Katastrophenpolitik, einer abermaligen „Kurzschlußlösung" wie 1914, wie 1939 führen muß, wenn sie nicht noch gestoppt werden kann. Das ist jedoch erst die e i n e Seite des Bildes. Das Adenauer-Regime hat das deutsche Volk in der Bundesrepublik nicht nur auf den Weg einer falschen militärischen Machtpolitik geführt, sondern auch i n n e n p o l i t i s c h in eine Richtung gedrängt, die im Zuge unvermeidlicher wirtschaftlicher und anderer innerpolitischer Schwierigkeiten disziplinare Massnahmen erforderlich machen könnten, die abermals den Weg zu einer lebensfähigen Demokratie versperren und, wenn nicht zu einem autoritären militärisch-faschistischen Regime, so mindestens zu einem „Obrigkeitsstaat" mit einer „geschichtsbefugten Oberschicht" als ausschließlichem Träger der politischen Willensbildung führen werden. Wir sind bereits mitten auf dem Wege dahin. Man wird ferner dem Adenauer-Regime nicht den Vorwurf ersparen können, daß es alle großen und die Zukunft entscheidenden Fragen beiseite geschoben hat und den brennenden Problemen einer der technischen Revolution entsprechenden Wirtschaftsorganisation und sozialen Ordnung mit bloßen Palliativen gegenübergetreten ist. Wer den gegenwärtigen Wohlstand der Bundesrepublik zum Maßstabe der Richtigkeit der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nimmt, wird sehr bald gewahren, auf welch trügerischem Boden die im Bilde Amerikas erwachsene Nachkriegsgesellschaft der Bundesrepublik steht, und daß wir — Barbara Wards Worten folgend — in unserem revolutionären Zeitalter zehn, ja zwanzig Revolutionen zugleich gegenüberstehen, die unsere Lebensgewohnheiten und -ordnungen unter unseren Händen verändern, ob wir es wollen oder nicht; und daß nicht die bolschewistische Revolution zu bekämpfen und zu besiegen die uns gestellte Aufgabe ist, sondern in unseren Ordnungsbemühungen die Kräfte und Impulse dieser zehn, zwanzig Revolutionen fruchtbar zu integrieren, zum Heil aller. Ein Volk wie das deutsche, das durch eine solche Katastrophe hindurchgegangen ist, wie es die ersten Nachkriegsjahre waren, in denen es auf die nackte Existenz zurückgeworfen und gezwungen war, vom „Nullpunkt" her

neu zu denken — nach des Apostels Mahnung, alles zu prüfen und das Gute zu bewahren —, durfte sich nicht mit dem begnügen, was gegenwärtig im Westen die Schwäche aller in den sozialen Disziplinen und politischen Richtungen ist, „das Komfortable und das Anerkannte zu suchen" (J. R. Galbraith: The Affluent Society) und auf jeden Warner und Prüfer „als auf einen störenden Einfluß zu blicken". Es wäre dem deutschen Volk besser bekommen, hätte es sich nach altpreußischem Muster großhungern müssen als so schnell in ein „verschwenderisches Konsumentendasein" (Andresen) zu geraten.

Was hier zu sagen wäre, kann nur noch mit ein paar Strichen angedeutet werden. Ich wünschte, es stände ein Schriftsteller im Range Emile Zolas auf und schriebe über die schleichende Irreführung und Korrumpierung des deutschen Volkes ein neues „J'accuse". Gewiß wird man diese Entwicklung, die nicht allein nur eine falsche Restauration, sondern auch ein falscher „Fortschritt" ist, nicht nur Adenauer in die Schuhe schieben können. Sie ist die Folge einer in verhängnisvoller Richtung unternommenen Staats- und Gesellschaftsgründung, die eine kaum wiederkehrende große Gelegenheit zu einem entschiedenen Schritt in der Richtung auf eine n e u e Gesellschaft verpaßte, in der es nicht nur um das Verdienen, sondern auch um das Dienen hätte gehen müssen. Denn trotz des christlichen Firnisses und der gewiß großen Leistungen in der „Lastenverteilung" ist die Bonner Republik ohne ein eigenes Ethos, ohne ein geistiges und moralisches Selbstbewußtsein geblieben. Mehr und mehr ist das im Grundgesetz und der ersten Gesetzgebung lebendige Bewußtsein einer sozialen und politischen Verpflichtung zu einer Schicksalsverbundenheit, die über dem Privatinteresse steht, verloren gegangen. Das Ethos der gemeinsamen Wohlfahrt, der Schicksalsverbundenheit, des subsidiären Verhältnisses aller Schichten der Bürger zu einander und zum Ganzen, das des sozialen Dienstes ist preisgegeben worden.

Ich will und kann hier nicht auf die Fragen eingehen, ob die Bundesrepublik genügend „sozial gerüstet" sei, um die zu erwartenden künftigen Erschütterungen durch die fortschreitende technische und wissenschaftliche Revolution zu überwinden (zu „verkraften", sagt man ja wohl im Neudeutschen). Ich will hier auch nicht auf die offensichtlichen Schwächen der privatkapitalistischen Marktwirtschaft noch auf die Notwendigkeit hinweisen, sie immer schärfer in eine „systemfremde" Rahmenplanung zu integrieren und disziplinieren. Ich will mich nicht auf eine Erörterung der unvermeidlich fortschreitenden Inflation, oder auf die ungeheuerlich anwachsenden Rüstungsausgaben und die unproduktiven Kapitalinvestierungen in der Reklame einlassen. Alles dieses sind Begleiterscheinungen der spätkapitalistischen Marktwirtschaft, und unvermeidlich, nachdem einmal die Wahl des Gesellschaftssystems getroffen war. Worauf ich noch mit ein paar Andeutungen hinweisen will, sind spezifisch bundesdeutsche Phänomena, die man mit unter das rechnen muß, was hier das Thema ist: D i e K o n t i n u i t ä t d e s I r r t u m s, Erscheinungen, die deutsche Besonderheiten, deutsche Tendenzen sind.

Als erstes möchte ich hier die Rückentwicklung in der Auffassung von Wesen, Auftrag und Funktion des S t a a t e s nennen. Es ist die alte deutsche Auffassung vom Staat als Verkörperung der Macht, als der Machtstaat, die sich wieder durchgesetzt hat. Das Wesen des Staates ist in erster Hinsicht Macht, „reine Macht", nichts sonst. Der Nachdruck liegt nicht auf dem Recht — als Rechtsstaat —, geschweige denn auf der Wohlfahrt, oder dem sozialen Dienste. Diese Rückentwicklung vollzog und vollzieht sich in Übereinstimmung mit der Wiederaufrüstung und dem Streben nach Wiedererlangung einer Großmachtposition. Hand in Hand damit geht die Restauration von Militär und Beamtenschaft zu

einer sich von dem „Bürger" unterscheidenden Schicht, als Hoheitsträger des Staates und Repräsentanten der Staatsmacht. — Damit wird die für das deutsche Volk wiederum so charakteristische Unterscheidung zwischen dem, was als „Obrigkeit" jenseits jeder Kritik steht, und dem „Untertan", für den „sich auf Vordermann ausrichten zu lassen", zu gehorchen oberste Tugend, Ruhe die erste Bürgerpflicht ist, wiederhergestellt. So ist das Klima geschaffen, in dem der Schritt zu einem autoritären Staat, einer Polizei- oder Militärdiktatur unschwer getan werden kann, jedenfalls auf kaum mehr als irrelevanten Widerspruch und auf keinen Widerstand stoßen wird. Die Bundesrepublik ist auf diesem Wege bereits weit vorgeschritten. Die freiwillige Gleichschaltung der Parteien, die schon als niederträchtig zu bezeichnende Unterdrückung und Verunglimpfung jeder unorthodoxen politischen Meinung, die allgemein herrschende Gesinnungslosigkeit und Liebedienerei, der Mißbrauch der Propaganda und Meinungslenkung sind ebensoviele Anzeichen für die mangelnde Sorgfalt, mit der das Pflänzchen des Verantwortungsbewußtseins jedes Bürgers für Staat und Gesellschaft behandelt worden ist. Die Geringschätzung, mit der in der Bundesrepublik von der Urteilsfähigkeit der Masse, von dem Herabzerren der Politik in die Gassen gesprochen wird, zeigt, daß die regierenden Schichten die Mitverantwortung jedes Bürgers am Prozeß der politischen Willensbildung als ein Hindernis, nicht als Hilfe betrachten. Verstieg sich doch ein Bundesminister erst unlängst dazu, Gefängnisstrafe für denjenigen zu fordern, der entgegen der Regierungskonzeption sich für die Hinnahme von Gebietsabtretungen äußert. Die Überheblichkeit und Hochfahrenheit der zu den regierenden Schichten Gehörigen ist heute nicht geringer als sie im kaiserlichen Deutschland war, und Heinrich Manns „Untertan" könnte ein Pendant aus der Bundesrepublik gebrauchen.

Es erübrigt sich, hier ins Detail zu gehen. Wer objektiv ist, wird die Gefährlichkeit dieser Rückentwicklung zur Kontinuität alter deutscher falscher Tendenzen und Irrtümer nicht bagatellisieren oder hier tendenziöse Schwarzmalerei sehen wollen. Man denke sich, fähige, skrupellose und ehrgeizige Politiker — man ist fast versucht, solche beim Namen zu nennen — ergriffen die Zügel und benutzten die Tendenzen auf einen autoritären Staat zur Bildung einer neuen totalitären Ordnung, die weder anti-semitisch noch nationalistisch, aber vielleicht sehr christlich, sehr abendländisch, sehr konservativ oder sehr liberal sein könnte, um „große humane" außenpolitische Ziele zu verwirklichen, oder auch, ordinär gesprochen nur um innerpolitische Schwierigkeiten außenpolitisch abzureagieren —, und man hat das ganze Ausmaß einer möglichen Katastrophe für das deutsche Volk und nicht nur dieses vor Augen. Das Machtinstrument eines neuen Diktators ist bereits in der Schmiede. Das ist das Fazit der innerpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik unter Adenauer. Man sieht, daß die soviel gepriesene Überwindung des deutschen Nationalismus und die Ausrottung des Nationalsozialismus ein Schlag ins Wasser bleiben, wenn man nicht tiefer gräbt bis dahin, wo die wirklichen Quellwasser des deutschen Verhängnisses liegen.

An dieser rückläufigen Entwicklung trägt Adenauer persönlich den Hauptteil der Verantwortung. Sein persönliches, sein nachgerade diktatorisches Regieren, die allein in seine Person, statt in eine Institution investierte Autorität, die er zu gewinnen und lange Jahre zu behaupten vermochte, seine Nichtachtung der Meinung anderer, seine mangelhafte Unterrichtetheit, die oft geradezu an die Wilhelms II. heranreicht, haben in beträchtlichem Maße dieses politische Klima eines potentiellen autoritären Regimes geschaffen. Adenauer ist auch, durch sein Gebahren, zu einem nicht geringen Teil für den Verfall der politischen Moral verantwortlich, für den allgemeinen Zynismus, für die weit verbreitete Korruption,

mindestens in dem Sinne der indirekten, der Gesinnungskorruption, der mangelnden Bürgercourage. Wie Bismarck, Wilhelm II., Hitler besteht auch in dieser Hinsicht die Kontinuität des Irrtums: keine Charaktere neben sich zu dulden, solchen das Rückgrat zu brechen. Adenauer ist auch für das Zwielicht der Halbwahrheiten, der Beschönigungen, für die Irreleitung der öffentlichen Meinung verantwortlich. Er gehört zu den furchtbaren Simplifikatoren, die die Totengräber jeder demokratischen Ordnung sind.

Für eins trägt Adenauer die Verantwortung nicht, für die unheilvolle Wirkung des unauslöschlichen Stempels, der der ganzen Nation vom Nationalsozialismus aufgedrückt ist und von dem sie — ob Parteigenosse oder Widerständler — weithin geprägt bleibt, bis in die unbewußten Daseinssphären, im Denken, Fühlen, Urteilen, und sogar noch in äußerer Haltung und unwillkürlichen Gebärden, in Sprache und Mienen. Daher der Verfall von Treu und Glauben, daher diese keuchende Gier, hochzustoßen, oben zu bleiben, im Geschäft zu bleiben, mitzumachen, nicht anzustoßen, sich nicht zu belasten. Daher diese Atmosphäre von Geltungsbedürfnis, von Empfindlichkeit, von Mißtrauen und Feindschaft gegen jeden mutmaßlichen Konkurrenten, diese ganze keuchende Streberei und Liebedienerei, und vieles andere, was so unerfreulich an dem einst so gutherzigen und wohlwollenden deutschen Volk geworden ist. Dieser Stempel war nur durch eine Wandlung von Grund auf abzulöschen, durch eine persönliche und eine als Volk. Nur so wäre mit der Vergangenheit auch die Zukunft zu „bewältigen" gewesen; nicht aber durch eine Restauration, durch die vor allem die alten Irrtümer erneut zur Geltung gebracht wurden. Keine andere Nation bedurfte mehr einer echten, einer wirklichen, einer inneren Revolution als die deutsche. Zwar nicht für die tiefe Lädierung der deutschen Psyche und des deutschen Geistes ist Adenauer verantwortlich, wohl aber trägt er sie dafür, daß die Entwicklung der Bundesrepublik mehr und mehr restaurativ wurde, restaurativ vor allem in dem Sinne der Wiederherstellung einer alten, einer bereits längst abgespielten und verbrauchten Situation, in der es fast unvermeidlich ist, daß zu denselben falschen Aushilfen gegriffen wird, die schon einmal Unheil angerichtet haben, und daß somit derselbe Ablauf noch einmal wiederholt wird. Damit komme ich zu einer letzten Sphäre, in der sich die „Kontinuität des Irrtums" vielleicht am verhängnisvollsten für die Zukunft des deutschen Volkes auswirken könnte. Dazu nur noch ein paar Worte des Hinweises zum Abschluß, in der Erwartung, daß sich andere, Berufenere zu dem Thema ausführlich äußern möchten.

III.

Die Bundesrepublik unter dem Adenauer-Regime interpretiert sich als eine im wesentlichen konservative und vor allem christliche Ordnung. In beidem, der Auffassung, was konservativ sei und was das Christentum für Staat und Gesellschaft offensichtlich leisten könne und müsse, werden alte Irrtümer neu artikuliert und die Fehler der Vergangenheit überboten. Es sei hier nicht von dem naheliegenden Vergleich mit jener einstigen Verbindung von „Thron und Altar" ausgegangen, um die Pervertierung des Christentums als bürgerliche oder gar militärische Moralbildung und „Weltanschauungsersatz" zu illustrieren. Ich will nur auf zwei Punkte hinweisen. Die berufenen Lehrer und Verkünder des Christentums sollten nun endlich die Konsequenz daraus ziehen, daß das „Konstantinische Zeitalter" längst vorüber ist. Im Grunde hatte es bereits 1453 aufgehört. Das hatte wenigstens zu jener Zeit der spätere Papst Pius II., damals noch der Sekretär Kaiser Friedrichs III., Enea Dylvio Piccolomini, bereits erkannt. Das zweite wäre die Erkenntnis, daß die Unitas Christiana nicht mit der Wiederherstellung der Einheit der Kirche erschöpft ist, sondern daß sie die Einheit und Eingemeindung der

ganzen Menschheit zu einer allumfassenden Wesenheit in und durch den Christlichen Geist ist und daher vor keinen Verschiedenheiten und keinen Gegensätzen zurückschrecken darf. Denn sie ist die Einheit der Gegensätze, die coincidentia oppositorum. Die Aufgabe des Christentums in unserer Zeit ist nicht die Rechtfertigung der Teilung der Welt in einen guten christlichen Teil und einen bösen atheistischen, sondern die Überwindung der Spaltung in der Anerkennung des dem eigenen Glauben Entgegengesetzten, ja Feindlichen, als eines notwendigen Korrektivs zu diesem. Es ist die Aufgabe der Christen, das Böse zu überwinden, nicht es zu besiegen oder die Gewalt zu rechtfertigen, die es tut. Mit dem Konstantinischen Zeitalter sind auch die Kreuzzüge hinfällig geworden. Wo daher heute die lebendigen Kräfte des Christentums sind und vielleicht die Anfänge einer Erneuerung, kann der Laie bezeichnenderweise erfahren, wenn er etwa den Band „Berliner Predigten" zur Hand nimmt (von Christian Berg und Martin Fischer herausgegeben), in dem die ergreifendsten Predigten solche in der „Zone" sind; oder wenn er in den von Prof. Hans Iwand begründeten (jetzt von Martin Fischer herausgegebenen) Göttinger Predigtmeditationen die Meditationen Geistlicher in kommunistischen Staaten liest. In der Bundesrepublik wird man, trotz staatlicher Förderung und Evangelischer Akademien, wenig von einer Besinnung auf das eigentliche Wesen des Christentums und die Funktion der Kirche in einem Zeitalter der Revolutionen spüren.

Was einen allein noch möglichen Konservatismus anlangt, so gibt es weder einen preußischen noch hannoverschen, weder einen christlichen noch einen westlichen. All das, was sich als solches geben möchte, ist nichts anderes als äußere Restauration oder sterile Reaktion, die am liebsten mit neuen „Demagogenverfolgungen" gegen jeden lebendigen Geist vorgehen möchte. Es sind nicht erhaltende Bestrebungen, sondern im tiefsten zerstörende, indem sie hemmen, hindern, verkrüppeln und unterdrücken, was noch wachsen will und kann. Nur noch ein „dialektischer Konservatismus" kann in unserer Zeit eine „konservative Funktion" haben, nicht was Herr von Merkatz dazu zu sagen hat. Dialektisch in dem Sinne, daß er im ständigen Prozeß der Auseinandersetzung mit seinem Gegensatz, dem Wandelmächtigen und Revolutionären seine sich ebenso ständig ändernde Funktion der Bewahrung wahrnehmen muß. Denn was es allein noch zu bewahren gilt, ist das Menschliche, und das ist nicht etwas Endgültiges, Festes, Unveränderliches. Es ist vielmehr ein Fortschreitendes, ein sich Entwickelndes, das Menschliche im Stand der Geburt. Es geht im Erhalten des Menschen immer um das Erhalten eines Werdeprozesses. Es geht immer um den neuen Menschen, den zweiten Adam, immer um das „etwas, das überwunden werden muß". In solchem Sinne ist Konservatismus allerdings dem Christlichen nahe verwandt. Aber einem Christlichen, das nicht Stütze der Gesellschaft noch erhaltende Macht im Staat sein will, sondern das beides, das Bewahrende wie Revolutionierende in der coincidentia oppositorum als eine Einheit ist, das den Menschen im Bilde Gottes geschaffen glaubt, aber dieses Bild im Menschen der Umkehr, der Wandlung, des Weges, der Wiedergeburt sich verwirklichen sieht.

Die unerschöpflichen Kräfte und Impulse des Christentums, die heilenden Wirkungen eines echten Konservatismus werden erst dann zur Wirkung in der Bundesrepublik gelangen, wenn die alten Irrtümer über beides abgelegt und überwunden sein werden, und sich das deutsche Volk auf den Weg gemacht, in die „Wandlung" begeben haben wird.

Aus den Werken Dr. Hermann Rauschnings

Zu seinem 75. Geburtstag am 7. August 1962

Die destruktive Rolle der Deutschnationalen und das Versagen der Sozialdemokratie

An die Stelle echten konservativen Aufbaues hatte sich schon zu Beginn der Weimarer Zeit in der eigentlichen Führerelite der deutschnationalen Partei der klare reaktionäre Wille zu einem Staatsstreich als einzigem radikal wirksamen Mittel durchgesetzt. Anstatt sich schöpferisch auf ein neues Terrain zu begeben, für die eigenen Staatspläne den damals so naheliegenden Rätegedanken zu erobern und in der Richtung auf korporative Selbstverwaltung Neues mit Altem auf eine fruchtbare Weise zu verbinden, warf man sich Gedankengängen eines Staatsstreiches, eines restaurativen Putsches, einer Reaktion in die Arme, die weit über die durch den Kriegsausgang beseitigte jüngste Vergangenheit zurückgriff in eine absolut fremde und unzeitgemäße Welt längst überwundener sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse ... Die abenteuernden asozialen oder deklassierten Elemente, die Existenzüberbleibsel jedes liquidierten Krieges, wurden schon sehr früh in die politische Rechnung gestellt, und als aktive Posten auf der Seite des neuen reaktionären Nationalismus gebucht. Es begann mit den Feme- und Putschorganisationen vom Stil des „Consul" die unglückliche Entwicklung, die in dem Terrorregiment des Nationalsozialismus ihre logische Fortsetzung, aber nahezu in allen nationalen Schichten Vorstellungen von der Natürlichkeit der politischen Mittel der Gewalt und eines zum Erfolg unvermeidlichen politischen Gangstertums hervorgerufen hat ... Die Übertragung von Anschauungen, die im Rahmen von Kriegshandlungen gegen den Feind zulässig oder notwendig werden, in das politische Leben des Friedens, hat die Grenze der Rechtlichkeit und Zuverlässigkeit von Mitteln bis zur totalen Begriffsverwirrung verwischt. Hier liegen nicht nur die eigentlichen Wurzeln der nationalsozialistischen ‚Gewalthaufen', eines neuen politischen Landsknechtswesens, sondern die Ursachen für das Abgleiten der ganzen Nation in völlig nihilistische Vorstellungen über Recht und Gewalt ... An dieser Entwicklung sind aber die Weimarer Parteien der parlamentarischen Zentralarbeitsgemeinschaft nicht unschuldig. Ihre Schuld liegt in einer von den reaktionären Kreisen für unvorstellbar gehaltenen politischen Passivität. Der ganze Dunst revolutionärer Phrasen war von der Ordnungs- und Ruhebedürftigkeit, besser Ruheseligkeit des Mehrheitssozialismus fortgeblasen. In dem Maße, als sich die Phalanx der ‚revolutionären' Arbeiterklasse geradezu als Fundament einer bürgerlichen Ordnung und Ruhe erwies, verstärkte sich in den Rechtskreisen der Wille zu einer Revolution mit umgekehrten Vorzeichen.

Die Revolution des Nihilismus. Kulisse und Wirklichkeit im Dritten Reich, 2. erg. Auflage, Zürich/New York 1938, S. 175 ff.

Konservativer und nationalsozialistischer Nihilismus

In der Beurteilung der Gewaltsamkeit besteht zwischen Reaktion und Revolution kein Gegensatz. Daher ist die deutschnationale Ansicht im wesentlichen nur eine politisch gemäßigtere, aber im Grundsätzlichen gleich nihilistische Gewaltlehre wie der Nationalsozialismus gewesen. Das ist der innere Grund der Kombination des bürgerlichen Nationalismus, der reaktionären, pseudokonservativen Kräfte mit dem Dynamismus, und es ist der wesentliche Grund für die spätere Kapitulation jener bürgerlichen Kräfte vor dem Nationalsozialismus, weil der konsequente Ausdruck überall den unentschiedeneren zu verdrängen pflegt. Es

gab seit langem keinen Konservativismus in Deutschland mehr, sondern nur noch eine bürgerliche Form der Gewaltlehre neben ihrer konsequent revolutionären. Der Begriff potestas birgt die ständige Versuchung, in Gewalt umzuschlagen wie der der auctoritas in Diktatur. Beide, Autorität und Macht, werden aus geistigen Ordnungselementen zu Hilfsmitteln der Unterwerfung, sobald man ihnen die moralische Seite fortnimmt.

Die Revolution des Nihilismus, S. 32 f.

Deutsche Ostpolitik — Pläne Anno 1932

Es war ein sehr kleiner Kreis, der hier (im Braunen Haus in München. D. Red.) im Sommer 1932 auf Veranlassung von Darré eingeladen war, um die Grundlinien einer „Ostraumpolitik" zu erörtern. Darré, das jüngste Parteimitglied unter den späteren „Reichsleitern", dem führenden Personenkreis um Hitler, hatte den besonderen Ehrgeiz, die künftige deutsche Ostpolitik abzuklären. Ihre großen Linien standen zwar schon in Hitlers Buch „Mein Kampf" fest. Aber die agrar- und bevölkerungspolitischen Konsequenzen waren in dem vagen und romantisch-historisierenden Bild nicht ausgeführt, auch Rosenberg hatte alles Detail offengelassen ...

Jemand aus Darrés Stabe hielt einen Vortrag über die räumlichen Aufgaben einer „Ostraumpolitik", wie Darré die deutsche Ostpolitik nannte. Ein Staatenbund müsse entstehen, wie er sich schon einmal im Weltkrieg zu entwickeln begonnen hatte. Ein eherner Kern, ein zentraler Großstaat im Mittelpunkt; Böhmen, Mähren, Österreich als integrierende Bestandteile; dann ein Kranz von kleinen und mittleren unselbständigen Staatsgebilden; das sei, so führte dieser Vortrag aus, das Gerippe des deutschen Großreiches. Die baltischen Staaten, ein mittleres, auf die engsten ethnographischen Gebiete zurückgeschnittenes und von der Ostsee abgeschlossenes Polen, ein größeres Ungarn, ein in seine Bestandteile zerlegtes Serbien und Kroatien, ein verkleinertes Rumänien, eine in mehreren selbständigen Gliedern entstehende Ukraine, südrussische, kaukasische Staaten: das war das künftige Bundesreich, das Deutschland das Fundament seiner Macht geben sollte. Im Nordosten der Pfeiler Finnland, im Südosten der Pfeiler Georgien oder Grusien. Alles aber zusammengehalten durch eine gemeinsame Wehrmacht, eine gemeinsame Wirtschaft und Währung, eine gemeinsame Außenpolitik. Ohne Zukunft und nur ein ephemeres Gebilde würde dies alles aber bleiben, so fuhr der Vortragende fort, wenn nicht eine planmäßige Bevölkerungs- und Entvölkerungspolitik getrieben würde. Jawohl, auch eine Entvölkerungspolitik. Die große Gefahr für die weiße nordische Rasse sei die große biologische Fruchtbarkeit des ostisch-slawischen Menschen, der wie alles Minderwertige die fehlende Qualität durch die Quantität, das heißt durch die Gebärtüchtigkeit seiner Weiber ersetze. Durch den Agrarbolschewismus der Nachkriegszeit, das heißt durch die Aufteilung der Latifundien an bäuerliche Kleinsiedler, sei die Fruchtbarkeit noch beängstigend gestiegen. Es gelte, den slawischen Kleinbauern wieder von der Ackerscholle loszulösen, ihn zum besitzlosen Arbeiter zu machen, damit seine Fruchtbarkeit sinke. Es gelte, den landwirtschaftlichen Boden überwiegend in die Hand einer deutschen Herrenschicht zu bringen. „Großbauer darf im ganzen Ostraum nur der Deutsche sein." Der fremdstämmige Arbeiter müsse wieder Arbeiter werden, landwirtschaftlicher Wanderarbeiter auch für das Reich, und ungelernter Industriearbeiter.

Dann ergriff Darré selbst das Wort. Die slawische Fruchtbarkeit müsse gebrochen werden, das sei die eine Aufgabe. Eine deutsche Herrenschicht zu bilden und fest zu verwurzeln, das sei die zweite. Das sei der innere Sinn der „Ostraum-

politik". Anstelle einer horizontalen Gliederung der europäischen Volksstämme müsse eine vertikale kommen. Das heiße nichts anderes, als eine deutsche Elite sei berufen, die Herrenschicht in Europa und schließlich in der Welt zu werden. Er nenne diese Elite mit dem echt germanischen Wort Adel. Zu dieser Berufung einer deutschen Auslese müsse sie aber nicht bloß geistig, körperlich und politisch geschult werden, sondern sie müsse auch biologisch gepflegt und allmählich planmäßig hochgezüchtet werden ...

(Hitler:) „Was über unsere Ostpolitik oder „Ostraumpolitik" gesagt wurde, billige ich im allgemeinen. Nur eines, meine Parteigenossen, müssen Sie sich immer vor Augen halten. Wir werden niemals eine große Politik machen ohne einen festen, stahlharten Machtkern im Mittelpunkt. Ein Kern von achtzig oder hundert Millionen geschlossen siedelnder Deutscher! Meine erste Aufgabe wird es daher sein, diesen Kern zu schaffen, der uns nicht nur unbesiegbar macht, sondern uns ein für allemal das entscheidende Übergewicht über alle europäischen Nationen sichern wird. Ist uns dies gelungen, so wird alles andere verhältnismäßig leicht sein. Zu diesem Kern gehört Österreich. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Es gehört dazu aber auch Böhmen und Mähren, und es gehören dazu die Westgebiete Polens bis an gewisse strategische Grenzen. Es gehören aber auch dazu, und das dürfen Sie nicht übersehen, die baltischen Staaten, die Jahrhunderte hindurch eine dünne deutsche Oberschicht gehabt haben. In all diesen Gebieten wohnen heute überwiegend fremde Volksstämme. Und es wird unsere Pflicht sein, wenn wir unser Großreich für alle Zeiten begründen wollen, diese Stämme zu beseitigen. Es besteht kein Grund dagegen, dies nicht zu tun. Unsere Zeit gibt uns die technischen Möglichkeiten, solche Umsiedlungspläne verhältnismäßig leicht durchzuführen. Übrigens hat die Nachkriegszeit eine Binnenwanderung von mehreren Millionen veranlaßt, gegen die unser Unternehmen ein Pappenstiel sein wird. Das böhmisch-mährische Becken, die an Deutschland grenzenden Ostgebiete werden wir durch deutsche Bauern besiedeln. Wir werden die Tschechen und Böhmen nach Sibirien oder in die wolhynischen Gebiete verpflanzen, wir werden ihnen in den neuen Bundesstaaten Reservate anweisen. Die Tschechen müssen heraus aus Mitteleuropa. Solange sie dort sind, werden sie immer ein Herd hussitisch-bolschewistischer Zersetzung sein. Und erst, wenn wir dies erreichen können und wollen, bin ich bereit, das abermalige Blutopfer einer ganzen deutschen Jugend zu verantworten. Ist aber dies unser Preis, dann werde ich nicht einen Augenblick zögern, zwei, auch drei Millionen toter Deutscher im vollen Bewußtsein der Schwere des Opfers auf mein Gewissen zu nehmen ... Es ist das Geheimnis unseres Erfolges, das Lebensgesetz echten Herrentums wieder in den Mittelpunkt des politischen Kampfes gestellt zu haben. Echtes Herrentum entsteht nur da, wo auch echte Unterwerfung besteht. Es kommt nicht darauf an, die Ungleichheit der Menschen zu beseitigen, sondern im Gegenteil sie zu vertiefen und, wie in alten großenKulturen, sie durch unübersteigbare Schranken zum Gesetz zu machen. Es gibt kein gleiches Recht für alle. Wir werden den Mut haben, dies nicht bloß zur Maxime unseres Handelns zu machen, sondern uns auch dazu zu bekennen. Nie werde ich daher anderen Völkern das gleiche Recht wie dem Deutschen zuerkennen. Unsere Aufgabe ist es, die anderen Völker uns zu unterwerfen. Das deutsche Volk ist berufen, die neue Herrenschicht der Welt zu geben."

Gespräche mit Hitler, 2. Auflage, New York 1940, S. 35 ff.

Der Nationalsozialismus — Zerstörung, nicht Erneuerung

Der Nationalsozialismus, der als Erneuerungsbewegung des deutschen Volkes auftritt, erweist sich als die tiefste Zerstörung deutschen Wesens, die je über

unser, an zerstörenden Einwirkungen reiches historisches Dasein gekommen ist . . . Der nationalsozialistische Begriff des Deutschtums ist eine höchst einseitige und enge Auslese deutscher Wesensart, aus der alles ausgemerzt wurde, was nicht der neuen deutschen Disziplin und der heroischen Aufgabe der revolutionären Sendung der Nation dient. Nur in solchem Sinne pflegt und fördert der Nationalsozialismus die völkische Basis, und nur das, was ihm in diesem Zusammenhang national erscheint, erkennt er an. Das andere, alles was den eigentlichen Reichtum des deutschen Wesens und seiner Kultur ausmacht, unterdrückt er. In härtester Ausschließlichkeit prägt er den deutschen Charakter um, nach dem Bilde einer Sendung, wie er sie versteht. Und alles, was in diesen Sendungsrahmen nicht paßt, wird undeutsch, wird feindlich, verächtlich, wird schließlich ‚auchdeutsch'. Da das Unterdrückte und Diffamierte den wesentlichen Teil der bisherigen deutschen Art ausmacht, bedeutet die neue deutsche Disziplin eine ungeheuerliche Verarmung.

Die Revolution des Nihilismus, S. 138 f.

Die Vernichtung des deutschen Judentums — nationale Selbstverstümmelung Deutschlands

Der deutsche Lebensraum wird nicht durch die Zerstörung des jüdischen vergrößert werden, sondern er wird verarmen. Die Erkenntnis von dieser fundamentalen Wahrheit wird ebenso zu spät kommen, wie die über Gewinn und Verlust im Weltkriege.

Die Revolution des Nihilismus, S. 145.

Nationale und soziale Motive

Der Nationalsozialismus hat die nationalen Motive mißbraucht, um die sozialen in den Hintergrund zu drängen.

Die Revolution des Nihilismus, S. 149.

Der Weg in den Abgrund

Der Krieg wird fast zur Gewißheit angesichts der Gewissenlosigkeit eines Regimentes, das sich zu der Maxime bekennt: wenn es schon selbst abtreten müsse, dann werde es wenigstens noch andere in den Untergang mit hineinreißen, andere — man kann vielleicht genauer sagen —, das ganze zivilisierte Europa. Daß am Ende Deutschland zerstört am Boden liegen wird, „in Ehren untergegangen", wie es nach dem Ehrenkomment dieser Hasardeure lautet, kann in den Augen dieser Männer nur ein Grund f ü r das Weltkriegswagnis sein, nicht g e g e n es. Denn sie werden lieber Deutschland zerstört sehen als in den Händen und unter der Führung anderer Deutscher.

Die Revolution des Nihilismus, S. 464

Illusionismus und Selbstbetrug

Kritik, und selbst die aus dem heißesten Herzen des edelsten Patrioten kommende, gilt heute (1938. D. Red.) in Deutschland als eines der größten Verbrechen, dem Landesverrate gleich geachtet. Zwanzig Jahre sind es her, daß ähnliche Argumente über die Notwendigkeit eines geschlossenen Willens und unbedingten Glaubens vorgebracht wurden. Der Nation wurde der ganze furchtbare Ernst ihrer Lage damals wie heute vorenthalten. Eine schlechte Psychologie, eine im Grunde tiefe Geringschätzung der moralischen Kräfte der Nation, meint anders die Kampfbereitschaft nicht erhalten zu können. Aber andere Nationen fuhren

mit der entgegengesetzten Psychologie gut, gerade an der ganzen Wucht des verzweiflungsvollen Ernstes der Wirklichkeit gewannen sie die Kraft zur höchsten Leistung. Ist es eine im wesentlichen auf den Deutschen beschränkte Eigenschaft, daß er nur unter Illusionen opferfähig erhalten werden kann? Entweder ist unser Volk nicht solcher Art, wie es selbst zu sein glaubt, sondern weicheren Holzes als andere. Dann wäre es ein Verbrechen, ein solches Volk zu einem politischen Schicksal zu zwingen, für das die Härte und Entschlossenheit seines Willens nicht ausreichen. Oder die politische Führung hat andere Dinge zu verbergen. Sie hat besondere Gründe, um es nicht zu wagen, in der freien nüchternen Sachlichkeit Ziele und Aufgaben der Nation zu erörtern, wie man dies unter mündigen Leuten zu tun pflegt.

Eine Nation, die die Schwäche übergroßer Illusionsfähigkeit zeigt, bedarf mehr als jede andere der Kritik und Klarheit über die Wirklichkeit. ‚Wir sind belogen und betrogen worden', hat vor zwanzig Jahren nicht irgendein Massendemagoge, sondern der letzte Führer der alten konservativen Partei, von Heydebrand, in erschütternder Verzweiflung ausgerufen, als im Ernst der wahren Lage die Dunstschwaden pseudopatriotischer Propaganda zerrissen. Es ist, wie es scheint, unsere Bestimmung, die gleichen Fehler mit einer berserkerhaften Besessenheit immer wiederholen zu müssen.

Die Revolution des Nihilismus, S. 9.

Das verzerrte Bild des Russen

Bonn hat mit einem gewissen Erfolg versucht, das Mißtrauen des Westens in das deutsche Volk zu verringern. Aber das Mittel, mit dem die Regierung dies versuchte, war der Verzicht auf eine Vertrauensbasis der Beziehungen zum Osten. Es geschah in der vollen Parteinahme für den Westen, obwohl der unprovozierte Angriff auf Rußland ungleich schwerer wog als die Kriegshandlungen im Westen. Es geschah mit allen Verengungen des Horizontes, mit aller Einseitigkeit und mit der ganzen Feindseligkeit, die das deutsche Volk nach seinem Angriffskrieg gegen Rußland erneut seelisch und geistig in die nationalsozialistische Ziel- und Gedankenrichtung zurückgeworfen hat und es um die wirklichen Früchte der Niederlage, um die Einsicht, die Reifung und die Selbstüberwindung gebracht hat. Eine Einbuße, die noch schwerer wiegt als die Verhinderung der deutschen Einheit. Es hätte vor allem die deutsche Stimme sein müssen, die aus dem eigenen Erlebnis heraus, statt erneut mit einer Gewaltpolitik politische Probleme lösen zu wollen, p o l i t i s c h e statt militärische Lösungen forderte. Es wäre die Aufgabe der Deutschen gewesen, das Bild des Russen aus den Verzerrungen der Kriegspropaganda und den Verdunkelungen eines revolutionären Umbruchs in seiner Breite und Tiefe wiederherzustellen, um das psychologische Fundament für eine ‚Begegnung' zu legen, statt sich mit dem stupiden Pseudorealismus hervorzutun, daß man mit den Russen nicht verhandeln könne, daß man ihm ‚die Faust zeigen' müsse, wie es einst Alfred Rosenberg seinen Ostkommissaren mit auf den Weg gegeben hatte, und das man heute auf Versammlungen schon wieder hören kann. Das Bildnis vom Russen, das der Nationalsozialismus für seine Kriegspropaganda zugrunde legte, ist so ziemlich dasselbe, das gegenwärtig von den professionellen Antikommunisten im Solde Bonns weitergereicht wird. Für den ‚christlichen' deutschen Politiker wäre es ein Beweis seiner wirklichen ‚christlichen' Gesinnung gewesen, wenn er den Mut besessen hätte, durch die traurigen Scheußlichkeiten des Kriegsendes hindurch an ein echtes Bild des Russen zu glauben.

Mut zu einer neuen Politik, Berlin 1959, S. 199 f.

Der mißdeutete Sinn der Neutralität

Neutralität und Neutralisierung gehören zu den am meisten mißdeuteten politischen Instrumenten. Man kann wohl sagen, daß an keinem anderen Problem die Oberflächlichkeit und mangelnde produktive Gestaltungskraft des gegenwärtigen politischen Denkens so offenkundig geworden ist wie an ihm . . .

Neutralität ist nicht ein Ausweichen eines Staates vor der gemeinsamen Verantwortung in einer die Gemeinschaft der Nationen bedrohenden Lage, sondern eine im Interesse der Gemeinschaft zur Erleichterung dieser Lage von einem Staat übernommene Beschränkung seiner Handlungsfreiheit, der von der Gesamtheit der Nationen durch besondere Garantien Rechnung getragen wird. Es ist eine vorsorgliche, vorbeugende Maßnahme, die den Ausbruch von Konflikten verhindern soll. Wesentlich ist nicht die Stellung des neutralen Landes in einem Krieg, sondern die Funktion vor einem solchen.

Mut zu einer neuen Politik, S. 193 f.

Die neue Gleichschaltung

Eine reale Gefahr besteht indessen weniger darin, daß eine konspirative Personengruppe der restaurativen Gegenrevolution im Sinne haben könnte, das System der sozialen und politischen Gegengewichte und Kontrollen, soweit ein solches noch existiert, durch eine Konzentration der Macht zu beseitigen und um die autoritäre Schlüsselposition des Bundeskanzlers als Zentrum ein verfassungsmäßig nicht vorgesehenes, nur sich selbst verantwortliches, geheimes Direktorium zu bilden, das de facto, wenn auch nicht de jure, die innere und äußere Politik des Staates arbiträr bestimmt und durchführt. Die Gefahr eines abermaligen Scheiterns einer freien demokratischen Ordnung des deutschen Volkes liegt vielmehr darin, daß sich ihre Degenerierung von den Mitteln der Ordnungsverwirklichung im einzelnen fast unmerklich vollzieht, von Mitteln, die einer plebiszitären Massendemokratie entsprechen, nicht aber einem freien konstitutionellen repräsentativen Regierungssystem, in dem der Bürger ständig und nicht nur in den Plebisziten an der politischen Willensbildung teilnimmt. Von den Lenkungsapparaten, den Propagandamitteln, von Überwachungsinstitutionen und den Bestrebungen einer neuen Gleichschaltung, von der kritik- und bedenkenlosen Anwendung der modernen Beeinflussungsmittel der Massen droht die eigentliche Gefahr der Entartung der deutschen Demokratie, nicht von nationalsozialistischen Umtrieben oder von kommunistischer Infiltration.

Es ist offensichtlich, daß die Mittel der plebiszitären Massendemokratie in einer Weise in der Bundesrepublik verwandt werden, um die Massen gefügsam zu halten und Abgeordnete wie Wähler ‚auf Vordermann auszurichten', die in bedenklicher Weise bereits der politischen Wirklichkeit Züge einer autoritären Ordnung geben. Man kann von einer U n t e r w a n d e r u n g der repräsentativen Demokratie durch Elemente der Massendisziplinierung absoluter totalitärer Staaten sprechen. Das einzelne mag an sich ohne Harm anwendbar und vertretbar sein, zusammen ergibt sich daraus eine Entwicklungsströmung, die immer stärker in eine Richtung mitzureißen droht. Dieser Entwicklung liegen zwei Motive zugrunde: das erwähnte Mißtrauen den Massen gegenüber und eine, durch religiöse Erziehung und politische Tradition tief verwurzelte, Abneigung gegen das Prinzip der Willensbildung im Konsensus aller Beteiligten aus einer Neigung zu einem geistig autoritären Ordnungsprinzip, das von oben anordnet und von unten Gehorsam erwartet.

Mut zu einer neuen Politik, Berlin 1959, S. 56.

Das Wesen der Demokratie

Demokratie beruht auf dem Glauben an die Wirksamkeit der Vernunft im Leben der Menschen und ihrer Gemeinschaft. Ihr geistiges Fundament ist damit gewiß fragwürdig; aber sie teilt diese Fragwürdigkeit mit dem Menschen als Vernunftwesen selbst. Daher ist sie die menschenwürdigste der Ordnungen. Demokratie beruht auf der Erkenntnis, daß nicht ein einzelner oder eine besondere Personenschicht vernünftige Einsicht besitzen, sondern daß alle Menschen an ihr teilhaben. Sie ist unvereinbar mit dem Hochmut der eigenen Meinung und dem Stolz, recht zu haben. Sie lebt daher im ständigen Gespräch. Der im Gespräch sich vollziehende Klärungsprozeß des politischen Willens zur Entscheidungsreife betrifft den Ausgleich der natürlichen Gegensätzlichkeiten der Interessen wie den, durch die verschiedenen menschlichen Standorte und Temperamente bedingten Konflikt in der Auffassung dessen, was vernünftig sei. Dabei sind zwar die individuellen Interessen von Gewicht; aber sie sollen bereits in der Einzelperson und Personengruppe im Willen zur Vernunft geklärt sein.

Mut zu einer neuen Politik, S. 62.

Die Einheit der Menschheit in Raum und Zeit

Es gelten keine Krücken noch Ausflüchte. Weder fromme noch patriotische, weder soziale noch ideologische. Der Mensch kann sich der neuen, ihm auferlegten Mündigkeit nicht mehr entziehen. Er kann die Bürde der Verantwortung nicht mehr auf andere abwälzen.

Mehr als je in der Geschichte lebt der Mensch auf die Zukunft hin. Die heutige Weltlage ist nicht nur von der Vergangenheit bestimmt, sondern ebenso von der kommenden Zeit. Die Probleme der Zukunft überschatten uns. Wir sind gezwungen, für die Zukunft zu planen und zu opfern. So wie wir indirekt durch die Auswirkungen des Nihilismus gezwungen sind, die Idee der Einheit der Menschheit im R a u m , als die „Eine Welt" anzuerkennen, so werden wir gezwungen, auch die zeitliche Verknüpftheit der Menschheit als ein Ganzes in Vergangenheit und Zukunft als etwas Reales zu erfahren. Damit aber gelangt die Geschichte zu einer Bedeutung wie nie zuvor. Im Gegensatz zu Spenglers Lehre wird die Geschichte zum Organ der Verknüpfung der menschlichen Tradition, statt das Organ des Besonderen jeder Zeit oder jedes Gliedes zu sein. Wenn man es recht versteht, zwingt uns der Nihilismus als die Macht der Vereinzelung in seiner Überwindung in ein Zeitalter der Synthese, der Zusammenschau und der Verbindung zu einer nie bisher so gestalteten Ganzheit des Menschengeschlechtes. Das ist voller Gefahr, wie es voller Verheißung ist.

Masken und Metamorphosen des Nihilismus, Frankfurt und Wien 1954, S. 214 f.

Die Aufsätze Dr. Hermann Rauschnings in den „Blättern für deutsche und internationale Politik" (bis einschl. August 1962).

Außenpolitik und öffentliche Meinung in den USA	Heft 2/1956	Das Land der Begegnung	9/1957
Amerikas neue Außenpolitik	2/1957	Kreuzzug der Wahrheit	12/1957
Das Gespenst der Einkreisung	3/1957	Durchbruch zur Realpolitik	1/1958
Um eine neue amerikanisch-englische Partnerschaft	4/1957	Beginnende Ernüchterung in den USA	2/1958
Sind Militärbündnisse im Atomzeitalter verläßlich?	5/1957	Der Mangel einer überzeugenden amerikanischen Außenpolitik	9/1958
Beginn des Beginns	6/1957	Das Berliner Problem und die politische Weltlage	12/1958
Deutschland und das Abrüstungsproblem	7/1957	Schritt für Schritt	2/1959
Europäische Libertät	8/1957	Pessimismus und Optimismus	4/1959
		Das Kernproblem der Entspannung	7/1959

AUS DEN WERKEN DR. HERMANN RAUSCHNINGS

Uns bläst der Wind ins Gesicht	10/1959	Im Schatten des Nationalsozialismus I	4/1961
Ist die Vansittart-Doktrin das letzte Wort?	11/1959	Im Schatten des Nationalsozialismus II	7/1961
Von Amerika aus gesehen I	2/1960	Der Riß in der deutsch-amerikanischen Politik I	9/1961
Von Amerika aus gesehen II	4/1960	Der Riß in der deutsch-amerikanischen Politik II	10/1961
Pause der Besinnung I	6/1960	Danzig, Berlin und die deutsche Frage	12/1961
Pause der Besinnung II	7/1960	Das erste Jahr John F. Kennedys	2/1962
Bilanz der Besinnung	9/1960	Der erste der „kleinen Schritte"	5/1962
Nach der amerikanischen Präsidentenwahl	11/12/1960	Im Memoriam Walther Rathenau	7/1962
Brief an General d. Art. a. D. Alexander Andrae	1/1961	Kontinuität des Irrtums	8/1962
Der Präsident ‚der Mut zu einer neuen Politik' hat	3/1961		

Manfred Pahl-Rugenstein

Der Kongreß der Völker

In der Zeit vom 9. bis 14. Juli 1962 tagte in Moskau der „Weltkongreß für allgemeine Abrüstung und Frieden". Auf dieser umfassenden und repräsentativen internationalen Tagung bekundeten Menschen aus 120 Völkern ohne Verleugnung ihrer sehr verschiedenartigen gesellschaftlichen, religiösen oder sonstigen Auffassungen: Die Völker wollen den Frieden. Und die gemeinsame Basis für alle Teilnehmer war der Gedanke, daß dieser Friede nicht durch Wettrüsten gesichert werden kann, sondern allein durch politische Verständigung und durch eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung. Zu diesen Grundgedanken brauchte keiner der Teilnehmer des Kongresses durch irgendwelche Manipulationen gelenkt werden. Er brachte sie selbst mit. In der offenen und differenzierten Diskussion der Kongreßtage trat dieses immer wieder in Erscheinung, so verschieden auch aus nationalen oder gesellschaftlichen Gegebenheiten die Einschätzungen, Vorschläge und Schlußfolgerungen waren.

Die 2469 Teilnehmer des Weltkongresses tagten in dieser Woche in dem neuen Kongreßpalast im Kreml. Im Parkett des 6000 Plätze enthaltenden großen Saales waren sie versammelt. Auf den vollbesetzten Rängen hörten ihnen Tag für Tag Tausende von Gästen und Beobachtern zu, folgte die internationale Presse dem Verlauf des Ereignisses. Aus den Staaten Europas, 37 Ländern Afrikas, 25 Staaten Asiens, aus allen südamerikanischen Staaten, aus den USA, Kanada, Mittelamerika und Australien waren die Delegationen gekommen, unter ihnen 754 Frauen. Allein aus den USA waren 190 Personen anwesend, aus Großbritannien 142, aus Frankreich 118, aus Italien 105, aus der Bundesrepublik 69, aus der DDR 48, aus Österreich 32. Brasilien hatte 174 Teilnehmer, Indien 130, Japan 104, Argentinien 75, Kanada 54, Mexiko 53, Kuba 41, Kolumbien 31, Australien 24. Sämtliche Länder Süd-Ostasiens waren neben der Volksrepublik China mit Teilnehmergruppen vertreten. Die Delegation der Sowjetunion umfaßte 101 Personen. Doch die Zahlen allein geben kein Abbild von der politischen Bedeutung des Kongresses. Eher vermag diese schon eine Aufschlüsselung der Berufe zu vermitteln, abge-

sehen von der Tatsache, daß die meisten Teilnehmer in ihren Heimatländern in enger und oft leitender Verbindung mit Organisationen oder Parteien stehen, die für Abrüstung, Verständigung und Frieden eintreten: Unter den Kongreßteilnehmern waren 220 Mitglieder der Parlamente ihrer Länder, 340 Wissenschaftler, 100 Schriftsteller, 170 Juristen, 128 Ärzte, 105 Journalisten, 166 Vertreter der Arbeiterschaft, 142 Studenten, 57 Vertreter verschiedener Religionen, Hausfrauen, Kaufleute, Industrielle, Schauspieler, Künstler, Bauern.

Das Kongreß-Ereignis ging vorher, nachher und nicht minder während der Kongreßtage selbst durch die Nachrichtenspalten und Kommentare der gesamten Weltpresse, durch Funk und Fernsehen. Die Wellen des Kalten Krieges und der Weltspannungen brandeten an ihm empor und das Pendel der Beeinflussung der öffentlichen Meinung schlug nach beiden Seiten weit aus: Es gab Darstellungen, in denen dieser Kongreß als ein „gelenktes kommunistisches Propagandamanöver" bezeichnet wurde, die Teilnehmer des Westens als Mitläufer oder Blinde diffamiert wurden, und andererseits Lobgesänge auf den Kommunismus als den alleinigen „Hort und Verteidiger des Friedens".

Unter einer Taube von Picasso sprachen indes im Kongreß-Saal Persönlichkeiten, deren Namen vielfach in aller Welt bekannt sind, zu der entscheidenden Frage: Wie kommen wir zum Frieden? Ohne Zweifel darf man darin das eigentliche Politikum des Moskauer Weltkongresses erblicken, daß Menschen aller Völker sich hier in einem aufrichtigen Gespräch begegneten, so offen, daß westliche Pressestimmen glaubten, vermelden zu müssen, „die geheime Regie des Kongresses habe versagt" und es seien „in Moskau Töne laut geworden, die nicht vorgesehen gewesen seien". Die einen waren aus kommunistischen Staaten oder, das verbargen sie nicht, als Kommunisten gekommen. Die anderen kamen als Menschen aus einer anderen Gesellschaftswelt und als Nichtkommunisten, und als solche fuhren sie aus Moskau wieder nach Hause. Beide Arten von Teilnehmern aber waren sich in dem einen Ziel einig: Die Völker wollen und brauchen den Frieden. Die Befreiung der Menschheit von der Gefahr des Atomtodes und des Krieges ist der Wunsch aller Menschen in allen Völkern. Nach den Blutströmen unseres Jahrhunderts und angesichts der Schrecklichkeit der Atomwaffen ist Abrüstung und Verständigung heute die einzige Alternative zur Untergangskatastrophe der Menschheit. Der chilenische Schriftsteller Pablo Neruda brachte dieses am zweiten Kongreßtag bildhaft zum Ausdruck, als er in seiner Ansprache sagte: „In meiner Kindheit saß ich oft am Fenster unseres Hauses. Ich schaute zu, wie draußen Bauern ihre Karren vorüberführten. Wenn es regnete, versanken die Karren im Schlamm. Die Maulesel schafften es nicht, sie voranzubringen, und die Bauern griffen, selbst im Schlamm einsinkend, in die Speichen der Räder. Heute ist diese Straße gepflastert; aber einige hundert Meter weiter hört das Pflaster auf. Vielleicht sitzt dort heute ein Kind am Fenster und schaut zu, wenn in Schlamm und Regen die Bauern sich mühen. Es waren die Kriege unseres Jahrhunderts — in Europa, in Amerika, an vielen Orten der Welt —, die es verhindert haben, daß diese Straße zu Ende gepflastert wurde. Es liegt an uns allen, an jedem einzelnen von uns, daß die Straße zum Frieden zu Ende gepflastert wird, ehe die Menschheit im Schlamm einer Katastrophe versinkt."

In den Reden der meisten Sprecher der afrikanischen Völker spiegelte sich deutlich die Weltkonstellation in der großen Ost-West-Auseinandersetzung wieder. In scharfer Form protestierten diese Afrikaner gegen den „Neo-Kolonialismus", gegen die Versuche, ihre neugewonnene Unabhängigkeit in wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen und sie militärisch an eine Block-Politik zu binden. Die anwesenden Delegierten, vielfach prominente Vertreter ihrer Regierungen oder

Stammeshäuptlinge, rühmten dabei oft ausführlich die Rolle der Sowjetmacht in ihrem Befreiungskampf. Reaktionen der westlichen Teilnehmer blieben nicht aus; gemeinsam aber vertrat man die Ansicht, daß die Probleme der Entwicklungsländer aus dem Kalten Krieg und aus dem militärischen Denken herausgelöst werden müssen, daß die Abrüstung und die dadurch freiwerdenden Mittel an Geld, Rohstoffen und Industrie-Potential die Möglichkeit eröffnen, die dringenden Aufgaben in Afrika, Asien und Südamerika tatsächlich in dem notwendigen Umfang in Angriff zu nehmen.

Eine ganze Reihe von Sprechern, voran der Amerikaner Prof. Pontius und der englische Kanonikus John Collins, sprachen sich gegen jede Fortsetzung der Atomversuche auf beiden Seiten aus, wie dies auch Earl Russell in seiner Botschaft an den Kongreß in eindeutiger und unmißverständlicher Form getan hat. Einige Sprecher, wie der englische Labour-Abgeordnete Sidney Silverman, äußerten ihre Enttäuschung darüber, daß die Sowjetregierung nicht eine erneute einseitige Einstellung der sowjetischen Experimente verkündet hat. Im Laufe der Debatten trat jedoch mehr und mehr zutage, daß die Beendigung des Atomwettrüstens und der Test-Explosionen, die Einleitung einer umfassenden Abrüstung, die Lösung der großen internationalen Probleme, eingeschlossen die Deutschland-Frage und die Krise um Berlin, daß all dies nicht nur strategische oder militärisch-technische Probleme sind, sondern zuerst und vor allem anderen p o l i t i s c h e Probleme. Die politische Verständigung, politische Übereinkommen, der Wille zur politischen Kooperation lassen sich nicht von der totalen Abrüstung trennen. Das Unbehagen darüber, daß die Regierungen bisher in diesen Fragen nicht genügend vorangekommen sind, war in den Reden oftmals zu spüren. Es wurde deutlich, wie wichtig es ist, daß die Völker durch das Gewicht ihrer öffentlichen Meinung die Handlungen ihrer Regierungen mehr als bisher in diese Richtung weisen, und daß die öffentliche Meinung in vollem Umfang die weitere Aufrüstung verdammt, dem Kalten Krieg absagt. Dies drückt die am Ende des Weltkongresses mit wenigen Gegenstimmen und Stimmenthaltungen beschlossene „Botschaft an die Völker der Welt" deutlich aus.[1])

Das vorbereitende Komitee des Weltkongresses, ebenso wie der Kongreß selbst von dem britischen Gelehrten Professor Bernal geleitet, hatte die Regierungschefs der Teilnehmerländer an der Genfer Abrüstungskonferenz am 25. Mai brieflich gebeten, ihre Ansicht über die Verwirklichung der Abrüstung den Kongreßteilnehmern zu unterbreiten. In einer Sondersitzung des Kongresses widmete man sich diesen Antworten, unter denen die von Premierminister Nehru, Premierminister Macmillan, die Antworten Frankreichs, Polens, Äthiopiens, der Ministerpräsidentin Ceylons, Frau Bandaranaike, und der bulgarischen Regierung verlesen wurden. In dieser Sitzung nahm der Vorsitzende des Ministerrates der Sowjetunion, Nikita Chrustschow, Gelegenheit, die Antwort der sowjetischen Regierung persönlich darzulegen. In seinen umfassenden Ausführungen bezeugte Chrustschow, daß die Verantwortlichen der Sowjetunion sehr wohl wissen, was ein Raketen- und Kernwaffenkrieg heute für die Völker bedeutet, in dem keine Grenzen zwischen Front und Hinterland existieren, von dessen ganzer Schrecklichkeit das Vorhandensein einer Vernichtungskraft, die das zwölfeinhalb-millionenfache der Hiroshima-Bombe hat, im Voraus zeugt. Chrustschow wandte sich gegen die These des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara, die dieser in einer Rede in den USA am 16. Juni zum Ausdruck gebracht habe, man könne ja übereinkommen, Kernwaffen nur gegen Streitkräfte und nicht gegen Großstädte einzusetzen. Solche Regeln, sagte Chrustschow, würden den Kern-

[1]) Vgl. die „Dokumente zum Zeitgeschehen" in diesem Heft.

waffenkrieg legitimieren und den Untergang von Millionen von Menschen bedeuten. „Dieser Vorschlag zeugt davon," fuhr er fort, „daß es gewissen Kreisen der USA darum geht, den Hauptschlag auf diejenigen Länder abzulenken, in denen es amerikanische Stützpunkte und Streitkräfte gibt, auf Italien, die Türkei, Westdeutschland, Japan, Griechenland und eine Reihe von anderen Ländern . . . Gibt es in und bei den Großstädten etwa keine Streitkräfte? Würden Kernbomben, die nach McNamaras Regeln etwa in den Vorstädten New York explodierten, nicht auch diese größte Stadt mit der Todesflamme versengen?" Unter großem Beifall sagte Chrustschow: „Wir sind der Ansicht, daß man nicht darüber verhandeln muß, wie der Kernkrieg zu führen ist, sondern darüber, wie sein Ausbruch selbst unmöglich gemacht werden kann."

Chrustschow wies darauf hin, „daß angesichts der internationalen Gespanntheit selbst ein einfacher Fehler die blitzschnelle Kettenreaktion eines allgemeinen Krieges auslösen kann". Er erwähnte den Befehl des General Power vom November 1961, als auf Grund eines falschen Alarms die gesamte strategische Luftwaffe der USA von sämtlichen amerikanischen Stützpunkten aus sich zwölfeinhalb Minuten im kriegsmäßigen Anflug auf die Sowjetunion befand. Er bekundete seine Besorgnis darüber, daß am 4. Juni 1962 wegen technischer Defekte an einer amerikanischen Thor-Rakete ein nuklearer Wasserstoff-Sprengkopf irgendwo im Stillen Ozean ungezündet versunken ist. „Solange die Vorräte todbringender Waffen in den Arsenalen der Staaten bleiben und sich vergrößern, wächst auch die Kriegsgefahr. Der Weg zum wirklichen Frieden ist die allgemeine und vollständige Abrüstung . . . Man kann die Gefahr eines vernichtenden Kernwaffenkrieges nicht bannen, ohne die Massenausrottungsmittel vernichtet, ohne die Kernwaffen verboten zu haben. Wir sind für die vollständige Abschaffung der materiellen Möglichkeiten der Kriegsführung." Deshalb, so erläuterte Chrustschow, schlägt die Sowjet-Regierung vor, schon nach der ersten Etappe der Abrüstung die Kernwaffen dadurch lahm zu legen, daß sämtliche Kernwaffenträger, Raketen, Flugzeuge, U-Boote usw. liquidiert werden, zugleich die konventionelle Rüstung und die Stärke der Streitkräfte erheblich eingeschränkt werden. Die Sowjetregierung hält es für möglich, den gesamten Abrüstungsprozeß binnen vier Jahren zum Abschluß zu bringen. Chrustschow betonte die Bereitschaft, jeder gegenseitig annehmbaren Formulierung in dem Vertragswerk darüber zuzustimmen, „nur zu einem sind wir nicht bereit: auf die allgemeine und vollständige Abrüstung zu verzichten . . . wir sind für die Abrüstung und nicht für Gerede über die Abrüstung. Es darf nicht mehr geduldet werden, daß die Abrüstungsverhandlungen ihren Lauf nehmen, das Wettrüsten aber verstärkt wird." Chrustschow sagte, daß bei Beendigung des Wettrüstens „einen Verlust nur das winzige Häuflein der Waffenfabrikanten hätte, die keine Möglichkeit mehr fänden, die Völker durch Militärlieferungen auszuplündern".

Zweierlei an der Rede von Chrustschow erscheint noch besonders bemerkenswert. Einmal die demonstrative Feststellung: „Wir erklären angesichts der ganzen Welt, daß uns die Politik der Entfesselung eines Weltkrieges um des Sieges der kommunistischen Ideologie willen fremd ist." Und zum andern: Die tief eingewurzelte Überzeugung, daß „die Haltung der Westmächte in Genf davon zeugt, daß sie keine Abrüstung wollen", daß ihre Kontrollforderungen auf Spionage abzielten, daß im Westen und in der NATO Aggressionskräfte und Kräfte des Revanchismus am Werke seien. Soweit der sowjetische Regierungschef. Es ist nun eine Tatsache von entscheidender politischer Bedeutung, und dies ganz abgesehen davon, wie weit der Kalte Krieg und Interessentengruppen hier hineinspielen, daß die Regierungen und ihre Militärapparate Jahr für Jahr in immer

wachsendem Maße das Wettrüsten forcieren, und vor dem vermeintlichen „Risiko" der Abrüstung zurückschrecken oder doch vorgeben, dies tun zu müssen. Hier wird es offenbar, daß die demokratisch zum Tragen gebrachte öffentliche Meinung der Völker zum Hebel einer Wende werden muß: Der Friedenswille aller Völker muß zu einer wirksamen und aktiven politischen Manifestation gemacht werden, die ihren vordringlichen Auftrag an Parlamente und Regierungen erteilt. Sicherlich sind Abrüstung und Umschaltung auf eine neue friedliche Kooperation mit nicht geringen Risiken verknüpft; aber: gibt es ein größeres Risiko als das, unter dem wir heute „am Rande des Abgrundes" leben?

„Ich habe mich von der tiefen Friedensliebe des russischen Volkes überzeugt. Das russische Volk hat Furchtbares erlitten und es verabscheut den Krieg. Kein sowjetischer Staatsmann kann gegen diese Friedensliebe des Volkes Politik machen. Aber ich habe mich davon überzeugt, daß auch die Sowjetführer den Frieden wollen." Diese Worte sprach nach seiner Rückkehr aus Moskau im September 1955 Bundeskanzler Adenauer. Sie stimmen überein mit den Eindrücken, die die Teilnehmer des Kongresses bei ihren Gesprächen und Begegnungen mit den Bürgern der Sowjetunion gewonnen haben. Sie werden bestätigt durch Aussprüche sowjetischer Minister, Parlamentarier und führender Persönlichkeiten in Unterhaltungen mit Kongreßteilnehmern und der internationalen Presse. Das Vorhandensein dieses Willens zum Frieden wird zudem sehr augenscheinlich bezeugt durch den Alltag in Moskau. Vieles ist anders, als wir im Westen es gewohnt sind, vieles fehlt. Sehr vieles aber auch zeugt von den Leistungen, von Fleiß und Frucht der Arbeit der Menschen. Man hat den Eindruck, daß dieses Leben dabei ist, Lebensfreude zu gewinnen. Autos und Waren, Textilien und neue Bauten sind farbenfreudig. Blitzsaubere Straßen sind die Norm. Wer etwas wegwirft, wirft es in die überall aufgestellten Papierkörbe. Für 5 Kopeken (20 Pfg.) fährt man in Moskau mit der Metro, für 4 Kopeken mit Omnibus oder Straßenbahn, soweit man will, durch die Stadt. Die Gesichter der Menschen erscheinen ruhiger und ausgeglichener, als man es bei uns gewohnt ist. Immer noch gibt es in Moskau wie auch im Lande die Wohnungsnot, zu einem nicht geringen Teil als Folge des Krieges. Aber in Moskau und in der Landschaft sind bereits riesige neue Trabantenstädte, Sputnik-Städte genannt, entstanden oder noch im Bau. „Mehr Grün als Stein" lautet ihre Bauidee. Für Miete, Heizung, Licht wendet der Sowjetbürger zusammen etwa 10% seines Einkommens auf. Fährt man vom Kreml zur Lomonossow-Universität hinaus, so findet man kilometerweit links und rechts der Straße diese neuen Stadtviertel. Rußland ist dabei, in seinem Innern große Aufgaben der Produktion und der sozialen Wohlfahrt zu bewältigen. Chrustschow wies in seiner Rede vor dem Kongreß darauf hin, als er auf das vom 22. Parteitag der KP verabschiedete Arbeitsprogramm einging. Der russische Mensch will keinen Krieg, aber es gibt manche, die glauben, daß die „Militaristen des Westens" ihn erneut entfesseln könnten. Und nicht von ungefähr fällt in solchem Gespräch der Name der Bundesrepublik Deutschland. Man fürchtet ihre „revanchistischen Tendenzen". Man verweist auf ihr besonders hervorstechendes Rüstungsstreben und auf viele in einflußreichen Positionen stehende Personen mit „faschistischer Vergangenheit". So also — und deshalb wird das hier gesagt — denkt der Bürger drüben. Bezeichnend für das russische Volk aber ist es auch, daß es kaum gelingen dürfte, Haß gegen „die" Deutschen zu finden.

Der Weltkongreß in Moskau hat es als seine Aufgabe angesehen, die Friedenskräfte in den Völkern und in den Regierungen zu stärkeren und zu aktiveren Impulsen anzuspornen. Diskussionen darüber, ob eine totale Abrüstung die Voraussetzung für die Entspannung sei oder vielmehr die Entspannung der Ab-

rüstung vorauszugehen habe, wurden vor allem in den vier Kommissionen ausgetragen. Die Pläne zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Europa, wie Pfleiderer, Kennan, Eden, Rapacki und Undèn sie vorgeschlagen haben, wurden diskutiert. Verständlicherweise lagen gerade den Teilnehmern aus beiden Teilen Deutschlands diese Probleme besonders am Herzen. An einem Kongreßtage fand ein Treffen der deutschen Teilnehmer aus West und Ost und West-Berlin statt, an dem die Besorgnis laut wurde, daß die Zuspitzung der deutschen Verhältnisse eine Gefahr für den Frieden ist. Aus der Überzeugung, daß es nicht richtig ist, abzuwarten, bis durch eine Entspannung im Weltumfang die deutschen Probleme „sich von selbst lösen", gelangte man zu einer „Gemeinsamen Erklärung", die in fünf Punkten, in denen bei den Teilnehmern Übereinstimmung bestand, einen deutschen Beitrag zur Abrüstung durch militärische Neutralität und A-Waffen-Verzicht fordert. (Vgl. Dokumente zum Zeitgeschehen.)

Von dem Gedanken ausgehend, daß die deutsche Frage nicht allein ein nationales Problem ist, sondern ihre Lösung, oder wenigstens erste Schritte dazu, ein wesentlicher Beitrag zur Entspannung der politischen Lage in Europa ist und zudem den Weg zur allgemeinen Abrüstung erleichtern kann, wurde diese Erklärung durch Pfarrer Heinrich Werner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschen Friedens-Union, dem Plenum des Kongresses vorgelegt und fand dort großen Beifall. Unter anderem führte der Redner dabei aus: „Wo es um die Existenz des Menschen geht, da dürfen Ideologien nicht mehr trennen. Wo es darum geht, den Menschen vor der atomaren Vernichtung zu bewahren, da gilt nur die Tat . . . Wir stehen an einem entscheidenden Wendepunkt der Weltgeschichte. Wenn es uns gelingt, den Krieg ein für allemal als Mittel der Politik auszuschalten, dann kann es der Menschheit auch gelingen, ihre eigentlichen Probleme zu lösen, d. h. den Hunger und die Armut auf dieser Erde auszurotten. Sich diesem Ziel zu verschreiben, ist die größte Aufgabe, die dem Menschen jemals gestellt wurde."

Englische Parlamentarier betonten die Verantwortung der Parlamente für die Sicherung des Friedens. Die Arbeit könne nicht allein den Regierungen überlassen bleiben. Wann werden, so dürfte man dazu in der Bundesrepublik fragen, die Parlamentarier des Bundestages sich aktiver als bisher in die Verantwortung einschalten, wann wird es dazu kommen, daß sie nicht mehr Genüge daran finden, nachträglich Regierungserklärungen entgegenzunehmen, oder sich, wie es in den Tagen des Weltkongresses geschehen ist, durch eine plötzliche Erklärung des die Richtlinien der Politik allein bestimmenden Bundeskanzlers über die Notwendigkeit und Vorrangigkeit einer westeuropäischen Dreier-Union überraschen zu lassen, und dann zuzusehen, wie in Europa und bei den befreundeten westlichen Nationen wieder einmal die westdeutsche Politik auf großes Befremden gestoßen ist? Es ist eine Binsenweisheit, daß Europa in der Welt von heute keine Insel sein kann, weder militärisch noch wirtschaftlich noch politisch, und erst recht keine Halbinsel. Erscheint es nicht endlich an der Zeit, daß unsere Parlamentarier den schon lange fälligen offiziellen Gegenbesuch des Bundestages in Moskau durchführen und diese Gelegenheit nutzen, um durch eigene persönliche Kontakte und eingehende Gespräche mit den verantwortlichen Persönlichkeiten der Sowjetunion zu erkunden, welche Möglichkeiten für die deutsche Nation heute bestehen, um Sicherheit und Demokratie zu gewährleisten, welcher Weg real-politisch beschreitbar ist, um über die Annäherung der beiden deutschen Teilstaaten dem Endziel eines in Frieden wiedervereinigten deutschen Volkes näher zu gelangen? Erscheint es ihnen nicht endlich an der Zeit, jener Welle des Mißtrauens im Osten gegenüberzutreten, das eine durch uns ausgelöste Revanche-Katastrophe befürch-

tet — zu dem manche Äußerung aus dem Munde führender Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik beigetragen hat —, und durch das Bekenntnis ehrlicher Bereitschaft zur friedlichen Lösung der deutschen Probleme eine neue Phase der deutschen Politik einzuleiten? Dies bedeutet, daß unter Beibehaltung aller guten Beziehungen zu den westlichen Mächten gegenüber dem Osten der Kalte Krieg beendet wird und eine Ära sachlicher Beziehungen und Verhandlungen eingeleitet wird. Niemand wird dabei vergessen können, daß der Hitler-Krieg und die Entwicklung nach 1945 die Lage in Europa verändert hat. Das bittere Erbe dieser Ereignisse der braunen Ära können wir Deutschen vom Verhandlungstisch nicht einfach hinwegfegen. Die Überzeugung davon aber, daß Sicherheit und Frieden der Welt heute nicht mehr durch Waffen gewährleistet werden, schon garnicht durch Atomwaffen auf deutschem Boden in West oder Ost, gewinnt im Westen auch offiziell mehr und mehr Raum. Am 1. August schrieb die Frankfurter Rundschau unter der Überschrift „Bonn soll 700 000 Soldaten stellen": „In der Regel gut informierte Kreise sprechen sogar davon, daß die USA der Bundesrepublik insgesamt 750 000 Mann abverlangen werden und entsprechend dieser Verstärkung der konventionellen Streitkräfte eine Beschränkung der nuklearen Aufrüstung Europas anstreben." In den Dementis, die Presse-Nachrichten darüber folgten, daß die amerikanische Militärpolitik in Verbindung mit der Umbesetzung der höchsten militärischen Ämter eine Politik des atomaren Disengagements in Europa verfolgen wolle, wurde n i c h t dementiert, daß an Verlegungen der westdeutschen Raketenbasen nicht gedacht wäre. Es gibt eine Reihe weiterer Anzeichen, die es unseren Parlamentariern in Bonn sehr deutlich machen, daß die USA nicht gewillt sind, über Krieg oder Frieden von irgendeiner dritten Seite bestimmen zu lassen oder in bezug hierauf unvorhergesehenen Situationen gegenüberzustehen. Wenn man das Vorgehen der Sowjetunion in ihrem Verhältnis zur DDR, zur Berlin-Frage und zum Friedensvertrag aufmerksam studiert, so wird man auch hier das Bestreben finden, die Entwicklung der deutschen Situation auf keinen Fall aus der eigenen Kontrolle zu entlassen. Ergibt sich aus all diesem für Abgeordnete, die den Auftrag des Volkes wirklich ernst nehmen, nicht geradezu die Notwendigkeit, nunmehr mit eigenen Ohren und Augen im Osten sich umzuhören und umzusehen, und dabei zu jener realistischen Einschätzung unserer Lage zu gelangen, aus der heraus allein eine fruchtbare nationale Politik sich entwickeln kann?

Die Vielfältigkeit des großen Kongresses läßt sich auf wenigen Druckseiten auch nicht im entferntesten wiedergeben. Jedoch sei hier als Beispiel für die Fülle der Stimmen auf die Ausführungen von Jean Paul Sartre hingewiesen, der über die Aufgabe der Kulturschaffenden und ihre Verantwortung für den Frieden sprach.[1]) Die Verantwortung der Wissenschaftler, der Schriftsteller, der Kulturschaffenden, in der Ablehnung jeder Arbeit für die Rüstung und der Mitarbeit an den großen Friedensaufgaben, wurde in vielen Aussprüchen des Kongresses und seiner Ausschüsse betont. In einer großen Rede in der Schlußsitzung des Weltkongresses umriß der frühere französische Minister Pierre Cot in faszinierender Weise diese großen geistigen und politischen Zielsetzungen, wie sie jedem demokratisch, freiheitlich und verantwortlich denkenden Menschen, gleich welcher Ideologie, selbstverständlich sind. Der Redner tat dies nicht, ohne den zutage getretenen Überschwang der afrikanischen und asiatischen Teilnehmer sowie manche Einzelreaktion an den rechten Platz zu rücken, nicht ohne (unter dem Beifall des gesamten Kongresses) zu fordern, daß die Volksrepublik China in das Weltgespräch über Abrüstung und Verständigung eingeschaltet wird und den ihr

[1]) Vgl. die „Dokumente zum Zeitgeschehen" in diesem Heft.

gebührenden Platz in der Mitte der Völker in der Organisation der Vereinten Nationen einnimmt. Er bekräftigte die Notwendigkeit politischer Übereinkunft und die Notwendigkeit der Aktivierung der öffentlichen Meinung der Friedwilligen in allen Völkern. Und er wäre kein Franzose, wenn er dabei nicht an diesem 14. Juli 1962 an den Beginn der Französischen Revolution und die Bedeutung ihrer Ideale, der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit für alle Menschen erinnert hätte.

Dieser Weltkongreß für allgemeine Abrüstung und Frieden, das darf man sagen, geht nicht nur jene Deutschen an, die auf ihm anwesend waren oder seiner Zielsetzung von vornherein zustimmend gegenüber gestanden haben. Deutschland kann durch die Abrüstung und die Entspannung nur gewinnen. Es kann den für das deutsche Volk im internationalen Wettbewerb geradezu lebensnotwendigen Ausbau seines Schulwesens, seiner wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen erst wirksam aufnehmen, wenn ihm ein nicht geringer Anteil aus den jetzigen Rüstungsmilliarden dafür zur Verfügung steht. Die Mitwirkung an der Entspannung, die Ordnung des Verhältnisses zur Sowjetunion und zu den anderen Völkern des europäischen Ostens ist heute für die deutsche Nation, also auch für die Bundesrepublik Deutschland eine der vordringlichsten politischen Aufgaben. Deshalb sollte jeder demokratisch denkende und verantwortlich fühlende Staatsbürger sich mit diesem Kongreß, seinen Kontroversen und seinen Ergebnissen eingehend auseinandersetzen. Die angekündigte zusammenfassende Veröffentlichung der Reden des Kongresses und der Verhandlungen in seinen Ausschüssen wird hierfür die Unterlagen liefern. Auseinandersetzung und Diskussion gehören zum Wesen der Demokratie. Sie erweist sich stets als so stark, wie die Summe der politischen Aktivität und Intensität der sie vertretenden Bürger — oder so lasch und anfällig, wie die Laschheit oder gar Verantwortungslosigkeit ihrer Bürger. Es ist in die Hand jedes einzelnen unter uns gegeben, die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie zu stärken und zu bewahren. Eine freie und friedliche Zukunft unseres Volkes ist ohne eine freie und starke Demokratie nicht denkbar. Der Weg zu einer solchen Zukunft erscheint ohne eine von der Verantwortung der einzelnen und dem Willen zum Frieden erfüllte Demokratie nicht möglich.

Dr. Ernst Schwarz

„München" und das Selbstbestimmungsrecht

„München" — am 29. September 1938 — ist für die westliche Welt ein ewiger Selbstvorwurf, die eindringliche Mahnung, einem autoritären Regime niemals wieder Zugeständnisse zu machen. Nur so lasse sich der Frieden erhalten. Chamberlain und Daladier wollten zwar auch genau dies, aber sie hätten härter sein sollen, denn auf einen groben Klotz gehört eben ein grober Keil.

Nun, hinterher sehen sich die Dinge oft ganz anders an als mitten in der Krise. Die Folgerungen, die man so zieht, können in einem späteren Fall, der gleichartig zu sein scheint, ebenso nützlich wie schädlich sein, je nachdem, ob man die Lage richtig oder falsch einschätzt. Falsche Schlüsse aus der Vergangenheit und falsche Einschätzung der Gegenwart, das kann zu neuen verhängnisvollen Fehl-

griffen führen. Heute ist die Frage: ist Chrustschow gleich Hitler, ist die Sowjetunion gleich Drittem Reich, ist die militärische Lage in Europa 1962 gleich der von 1938, bzw. mit ihr vergleichbar, und dergleichen mehr.

„München" hat jedoch noch eine ganz besondere, weniger beachtete Bedeutung. Damals spielte in den Erwägungen der westlichen Staatsmänner das Selbstbestimmungsrecht eine entscheidende Rolle. Der Schweizer Historiker I. R. von Salis berichtet in seiner „Weltgeschichte der neuesten Zeit", III. Band (1960), daß Litwinow die Westmächte gewarnt habe, sich mit Hitler einzulassen, Benesch aber der Überzeugung gewesen sei, daß Chamberlain und Daladier die Tschechoslowakei und Rußland im Kampf gegen Hitlerdeutschland nicht nur nicht unterstützen, sondern einen Krieg Hitlers unter der Parole des Antibolschewismus sogar dulden würden. Er fährt dann (S. 612) fort:

> „Die tschechischen Aufzeichnungen jener Zeit legen von der tiefen Niedergeschlagenheit und der großen Bitterkeit Zeugnis ab, die die Haltung der Westmächte in Prag hervorgerufen hat; sie bezeichnen die unerhörte Zwangslage, in die London und Paris durch ihren zusätzlichen Druck die Tschechoslowakei angesichts des erpresserischen Vorgehens Hitlers versetzten, als einen unverdienten Schimpf, der einem zu seiner Verteidigung bereiten Volke angetan werde. Richtig ist, daß im September eine Welle patriotischen Widerstandes die tschechische Bevölkerung ergriff, die die zum Nachgeben bereite Regierung Hodscha wegfegte und Präsident Benesch zwang, den volkstümlichen General Syrovy zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Am 23. September ordnete die Regierung in Prag die Generalmobilmachung an. Die tschechoslowakische Armee zählte mit etwas über 30 Divisionen anderthalb Millionen Mann, von denen 300 000 Sudetendeutsche und 80 000 Ungarn und Polen waren; die Befestigungen im böhmischen Viereck waren in gutem Zustand, und bei einem Rückzug war ein Widerstand in den Karpaten möglich. Als der Gesandte in London, Jan Masaryk, Chamberlain darauf aufmerksam machte, daß sein mit Hitler vereinbarter Teilungsplan die tschechoslowakischen Befestigungen mit einem reichen Vorrat an modernem Kriegsmaterial und Munition den Deutschen ausliefern werde, schien der Premierminister völlig überrascht von dieser Mitteilung. Merkwürdigerweise scheint auch der nicht unwesentliche Gesichtspunkt, daß nach Abtretung des Sudetenlandes das sehr beträchtliche Industriepotential der Tschechoslowakei Hitlers Kriegswirtschaft zur Verfügung stehen werde, bei den Beratungen der britischen und französischen Minister nicht zur Sprache gekommen zu sein. Böhmen und Mähren bilden eine Wirtschaftseinheit, was zur Folge haben mußte, daß nach der Abtretung des Sudetenlandes die übrigbleibende tschechoslowakische Republik wirtschaftlich in die Abhängigkeit des Dritten Reiches geriet. Die Auslieferung des Festungsgürtels an Deutschland machte den tschechischen Rumpfstaat auch politisch wehrlos. Daß Chamberlain keinen anderen Gedanken im Kopf hatte als die Nationalitätenfrage, geht auch daraus hervor, daß er sich bei Hitler für die in den abgetretenen Gebieten verbleibende tschechische Bevölkerung — mehr als eine halbe Million Menschen — verwendete und ihn bat, daß sie bei ihrer Aussiedlung etwas Habe mitnehmen und die Bauern ihre Kühe mitführen dürften. Gegen die Arglosigkeit dieses alten Mannes hatte allerdings Hitler kein allzu schweres Spiel.
>
> Was mit der Parole der gerechten Wiedergutmachung am Deutschtum in Böhmen und Mähren begonnen hatte, konnte keine andere Folge haben, als daß das Tschechentum nicht nur gedemütigt, sondern auch seiner Freiheit und seiner Rechte als eine unabhängige Nation beraubt wurde."

Ferner: „Es steht aber außer Frage, daß die Scheu und Abneigung, Moskau ins Spiel zu bringen, einer der entscheidenden Faktoren war, die zur Beseitigung der Tschechoslowakei geführt haben. Daß Hitler außer an das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch an die Furcht vor dem Kommunismus appellieren konnte, indem er Benesch vorwarf, durch sein Hilfeleistungsabkommen mit der Sowjetunion dem Bolschewismus in Mitteleuropa Eingang verschafft zu haben, verlieh seiner Aktion gegen die Tschechoslowakei erst ihre Unwiderstehlichkeit" (S. 604 f.).

Mussolini machte sich zum Anwalt der polnischen und ungarischen Ansprüche auf tschechoslowakische Gebietsteile. Einträchtig mit England und Frankreich trat er für das Selbstbestimmungsrecht ein, das, so zwingend es auch erschien, dennoch die Tschechoslowakei von innen her aufriß. Churchill kritisierte damals als Unterhausabgeordneter die Politik von München vor allem mit der Feststellung, daß „das ganze europäische Gleichgewicht gestört wurde".

Und heute? Wieder spielen der Antibolschewismus und das Selbstbestimmungsrecht eine wesentliche Rolle in der europäischen Politik. Soll man es für möglich halten, daß damals ein erfahrener englischer Politiker, Chamberlain, nicht erkannt hat, wie gefährlich das Prinzip der Selbstbestimmung als politisches Instrument ist? Er hat offenbar nicht unterscheiden können zwischen Selbstbestimmung als Ziel politischen Handelns und Selbstbestimmung als Werkzeug der Politik.

Um das Ziel der Selbstbestimmung zu erreichen, müssen zuerst die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, andernfalls ist Selbstbestimmung nicht ohne irgendeine Gewaltsamkeit gegenüber den bestehenden politischen Verhältnissen zu verwirklichen. Die Einverleibung der Sudetendeutschen durch Hitler war deshalb kein Rechtsakt, sondern ein Gewaltakt, mit dem er bewußt das europäische Gleichgewicht zerstörte. Auch die öffentliche Meinung in England bejahte damals grundsätzlich den Anspruch Hitlers; sie begriff nicht, daß, was ihren demokratischen Denkgewohnheiten als ein Rechtsakt erschien, in seiner politischen Wirkung nichts anderes als ein Gewaltakt war. Es wäre nur dann kein Gewaltakt gewesen, wenn Hitler für die unvermeidliche Verschiebung im europäischen Gleichgewicht greifbare Sicherungen angeboten hätte, aber gerade dies war nicht der Fall, da Hitler geradenwegs auf die Vernichtung der Tschechoslowakei als dem Eckpfeiler der östlichen Mächtegruppe abzielte.

München hat damit die Zweischneidigkeit des Selbstbestimmungsrechtes in eindrucksvollster Weise gezeigt — es war nicht nur das Nachgeben gegenüber dem Diktator Hitler, gegenüber der ungezügelten Gewalt, sondern ebenso sehr ein kritikloses, unüberlegtes Nachgeben gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht als absolut genommenem Prinzip.

Was läßt sich daraus für die Gegenwart lernen?

Hitlers „fanatischer" Kampf für die Selbstbestimmung hat das genaue Gegenteil bewirkt, indem er das größte und folgenschwerste Selbstbestimmungsproblem — das geteilte Deutschland und seine geteilte Hauptstadt — geschaffen hat. Der Kampf um die Selbstbestimmung geht mit noch größeren Risiken weiter. Hat man aber aus Hitlers Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechtes etwas gelernt? Allem Anschein nach nicht. Wieder sieht man nicht, daß Selbstbestimmung, wenn sie nicht zum Krieg oder an den Rand des Krieges führen soll, nur am Ende darauf abzielender Maßnahmen stehen kann und nicht am Anfang einer die vitalen Interessen einer Großmacht ignorierenden Kampagne. Demokratische Prinzipien wie freie Wahlen, Minoritätenrechte, Selbstbestimmung können von der inneren Politik nicht ohne weiteres auf die große Politik übertragen werden. Dies ist nur möglich, wenn eine Lösung der entgegenstehenden politischen Probleme vorausgeht. Wer ideale Ziele — und um ideale Ziele handelt es sich hier unzweifelhaft — mit inadäquaten und keinen Erfolg versprechenden Mitteln durchzusetzen sucht, handelt unrealistisch. Hitler wählte dafür Kriegsdrohung und Krieg, wir dagegen schwören zwar der Gewalt ab, scheuen uns aber doch nicht vor letzten Risiken.

„MÜNCHEN" UND DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT

Die Bundesregierung hat für das abgespaltene Deutschland zuerst freie Wahlen und dann, was dem Wesen nach das gleiche ist, Selbstbestimmung gefordert — weil man das ja jedem kleinen afrikanischen Staat zubillige —, ohne aber eine entsprechende politische Situation zu schaffen, in der das Geforderte verwirklicht werden könnte. In einer völlig unverständlichen Simplizität werden die Verhältnisse in Afrika denen in Europa gleichgesetzt; sollte dies jedoch nur als Propagandagerede gemeint sein, dann kann es nur auf politische Analphabeten Eindruck machen, an die sich auch Adolf Hitler gewandt hat.

Vor kurzem sprach Verteidigungsminister Strauß in New York von der „flammenden Idee" des Selbstbestimmungsrechtes, für die wir eintreten müßten. „Flammend" ist eine Bezeichnungsweise, die mit dem emotionalen Gehalt der Selbstbestimmungsproklamationen von 1938 eine gewisse Verwandtschaft nicht verleugnen kann, eine Beziehung, deren Minister Strauß zweifellos nicht verdächtig ist, die sich aber aufdrängt. Statt uns mit der flammenden Idee der Selbstbestimmung aufzuheizen, sollten wir nüchtern und leidenschaftslos politische Aktionen in Erwägung ziehen, die zur Selbstbestimmung hinführen und das Feld für sie freimachen.

Wieder, wie unter Hitler, wird die Selbstbestimmung, statt Ziel der Politik zu sein, zu ihrem Instrument gemacht. Die Ostzone spielt im heutigen europäischen Machtgefüge eine ähnliche Rolle wie seinerzeit die Tschechoslowakei. Der Unterschied gegen damals besteht darin, daß wir nicht vor, sondern nach einem verlorenen Krieg stehen. Statt aber heute empfindlicher gegen die Gefahren zu sein, die sich so abzeichnen, benimmt man sich abgestumpft. Wir wollen die Wiedervereinigung zwar ohne Gewalt, aber doch auch dadurch, daß wir das Gewicht der militärischen Macht eines Bündnisses ins Spiel bringen, obwohl dies an den Rand des Krieges zu führen droht. Mit der Unschuldsmiene derjenigen, die eine gerechte Sache vertreten — und wer wollte bestreiten, daß es sich hier wirklich a n s i c h um eine gerechte Sache handelt —, fordern wir unser Recht, ohne zu bedenken, was wir alles getan haben, um dieses Recht zu verspielen, und obwohl hinter der Szene bereits die Kriegsfanfaren ertönen. Die bundesrepublikanischen Politiker beziehen wieder einmal, wie dies in Deutschland leider nicht selten ist, ihre Ideen aus Utopien. Von den Problemen der Macht, die in der Politik so oft vor Recht geht, haben sie anscheinend noch nichts gehört.

Die Spaltung des Deutschen Reiches ist ganz gewiß ein unnatürlicher und unerträglicher Zustand, aber sie ist nun einmal die Auswirkung des Zweiten Weltkrieges und der bedingungslosen Kapitulation; mit dieser haben wir allen Kriegsfolgen zugestimmt und also auch der Spaltung unseres Landes. Man könnte den Russen durchaus zumuten, diesen Zustand rückgängig zu machen, aber nicht gut ohne daß wir auch uns selbst etwas zumuten. Wir erschweren selbst die geforderte Änderung durch eine feindselige Ostpolitik, durch das Gefühl des Bedrohtseins, das unsere Bündnispolitik auf der anderen Seite erzeugen muß. Wir haben zwar auf Gewalt verzichtet (die wir nicht haben), aber wir sprechen, wenn auch etwas verschlüsselt, die Sprache der Gewalt. Wir finden uns jedenfalls zu keinem politischen Akt bereit, der geeignet sein könnte, jenes Gefühl des Bedrohtseins gegenstandslos zu machen, also zu irgendeinem Verzicht, der den von uns geforderten Verzicht der anderen begünstigen und ermöglichen könnte, wie z. B. eine atomwaffenfreie bzw. militärisch verdünnte Zone oder eine den Verhältnissen angemessene Bündnislosigkeit. In diesem Punkt haben wir auf einmal ein ganz ausgeprägtes Gefühl für die Notwendigkeiten der Macht, bauen wir selbst mit an einem imposanten Machtgefüge, aus dem wir kein Steinchen herausbrechen lassen wollen. Genau das wollen die Russen auch nicht.

Dieses Verhalten hat zwar Methode, ist aber so widersinnig, daß kein vernünftiger Mensch einen Erfolg erwarten kann, wenn wir uns einerseits auf die „flammende Idee der Selbstbestimmung" berufen, andererseits aber die Machtverhältnisse ignorieren. Wir treten so, ohne es zu merken, in die Fußstapfen Hitlers, und wenn die anderen dies merken und aussprechen, empören wir uns über eine solche Unterstellung. Diese Empörung ist soweit berechtigt, als wir im Grunde unser gutes Recht vertreten, da wir aber so wenig wie Hitler zwischen dem Selbstbestimmungsprinzip als Instrument und als Zielsetzung der Politik unterscheiden, begehen wir eben doch den gleichen Fehler wie Hitler. Es ist in der Innenpolitik viel von „unbewältigter Vergangenheit" die Rede, aber sie lastet nicht weniger auf der Außenpolitik. Wie sollte es auch anders sein? 1945 wurden die Disteln geköpft, aber Disteln haben ein langes Leben.

München hat gezeigt, wie gefährlich es ist, das Prinzip der Selbstbestimmung, das zweifellos wegweisend für alle unsere politischen Bemühungen sein muß, ohne Rücksicht auf die elementaren Machtinteressen durchzufechten. Um es als moralischen Faktor, das es seinem eigentlichen Wesen nach ist, wirklich zur Geltung zu bringen, bedarf es auch moralischer Kräfte in der Politik: Selbstbegrenzung, Verzicht, Rücksichtnahme auf die zwingenden Interessen anderer Staaten. Also „Verzichtpolitik"? Man soll gewiß auf nichts verzichten, was man haben kann, aber man m u ß dann verzichten, wenn man etwas haben möchte, worauf ein anderer, alle Rechte kraft geschichtlicher Entscheidung umstürzend, die Hand gelegt hat; mit Moral und Rechtsanspruch allein wird er sie, seiner eigenen Blutopfer gedenkend, davon nicht abziehen. Eine simple Erkenntnis, aber zu schwierig für gewisse politische Schreihälse.

Diese politischen Kohlhaase, die sich so gerne für die einzigen „Realpolitiker" halten, sollten sich das eiserne Gesetz aller Realpolitik vor Augen halten: Wer keine Zugeständnisse von Gewicht macht, kann — das Selbstbestimmungsrecht allein mag noch so unzweideutig zu unseren Gunsten sprechen — keine Zugeständnisse von Gewicht von der anderen Seite erwarten. Das Selbstbestimmungsrecht ist, als moralischer Faktor, für sich allein wirkungslos, es kann nur wirken, wenn es d a s Z i e l einer Kette darauf angelegter, folgerichtiger politischer Maßnahmen ist. Wer glaubt, mit dem Selbstbestimmungsrecht allein Politik zu machen, es als Instrument benützen zu können, ist ein Phantast und begibt sich — die Unterschiede mögen sonst noch so groß sein — auf die Irrwege Adolf Hitlers.

München ist ein Menetekel, sowohl dafür, daß man einem Diktator vom Schlage Hitlers nicht nachgeben soll, aber auch dafür, daß man sich vom Selbstbestimmungsprinzip, so wie es Hitler im Munde führte, nicht überrumpeln lassen soll, wie damals die englischen und französischen Politiker. Ebenso wenig sollten wir heute, auch wenn wir die Selbstbestimmungsforderung ganz anders akzentuieren, unter Nichtachtung der von uns wesentlich mitverschuldeten Machtstruktur in Europa und das Selbstbestimmungsrecht als Keil benützend (indem wir ihn hinhalten und Stärkere ihn hineintreiben), andere damit überrumpeln wollen. Wir sollten es schon deswegen nicht tun, weil die Sowjets — selbst nicht ganz ungeschickt im Überrumpeln — durchaus nicht den Eindruck machen, daß sie sich überrumpeln lassen könnten. Zwar, der Marxismus—Leninismus bekennt sich, wahrscheinlich ganz ehrlich, zum Selbstbestimmungsrecht, und wenn es richtig ist, was G. Zwerenz in seiner glänzenden „Kritik der reinen Unvernunft" („Wider die deutschen Tabus", München 1962, List-Bücher Nr. 218, S. 181 ff.) ausführt, so waren die Russen nicht nur mit ihrer Note vom 10. 3. 52, sondern noch 1953 nahe daran — natürlich unter Mitsprache anderer wesentlicher Gründe —, sich an

jenen Glaubensartikel des Marx-Leninschen Katechismus zu erinnern. 1952 hat sich bekanntlich die Bundesregierung in ihr antibolschewistisches Schneckenhaus zurückgezogen, hat sie es hochmütig abgelehnt, der Offerte auf den Grund zu gehen; 1953 hat der 17. Juni alle Möglichkeiten verschüttet (Heinz Brandt soll von ihnen berichtet haben). In jenen Jahren waren die Konturen der europäischen Machtstruktur zwar sichtbar, aber noch keine scharfen Trennungslinien wie heute. Die Russen müßten geradezu weltunkundige Moralisten und reine Toren sein — wofür wir sie nicht gut halten können —, wenn sie sich heute noch in ihren unter den gegenwärtigen machtpolitischen Verhältnissen notwendigerweise kühlen Überlegungen durch die „flammende Idee der Selbstbestimmung" erwärmen lassen würden.

Die Bundesregierung hat die Selbstbestimmung auf das tote Reis der Machtpolitik gepfropft. Nur ein schlechter Gärtner kann glauben, daß ihm hier ein Erfolg winkt.

Rudolf Ismayr

Das fünfte Gebot und der Krieg

Der Verfasser des folgenden Aufsatzes, heute Regierungsrat bei der Landesregierung von Schwaben in Augsburg, ist in den dreißiger Jahren als Gewichtheber, vor allem durch seine Erfolge auf den Olympiaden 1932 und 1936 bekannt geworden. In diesen Wochen ging in ganz anderem Zusammenhang sein Name wiederum durch die Presse: Er wurde in einem Dienststrafverfahren wegen „Beleidigung der Bundesrepublik und Verletzung der Treuepflicht" zu 300,— DM Geldbuße verurteilt, weil er anläßlich des Verfahrens eines Kriegsdienstverweigerers als dessen Vertreter den Antrag gestellt hatte, das Bundesverfassungsgericht solle prüfen, ob die Wehrpflicht im Einklang mit dem Grundgesetz stehe. — Im Hinblick auf dieses Urteil verdient der sehr persönlich gehaltene, bekenntnishafte Aufsatz des entschlossenen Kriegsgegners Ismayr nach unserer Auffassung besondere Beachtung.

D. Red.

Zu der mächtig anschwellenden Weltfriedensbewegung bekennen sich aktive Friedensstreiter aus aller Welt ohne Unterschied des Glaubens, der Rasse, des Standes, auch Heiden. Sie alle eint, bewußt oder unbewußt, letzten Endes die Achtung vor den Geboten Gottes, ganz besonders vor dem Gebot „Du sollst nicht töten". Darum sind sie sich einig in der Ächtung des Krieges, den sie als Verbrechen an der Menschheit brandmarken, als schwere Sünde gegen Gott.

Beschämt mußte ich feststellen, daß diese Bewegung nicht von den Anhängern der Lehre Christi ausging, sondern im Weltlichen ihren Ursprung hat. Christen bilden darin nur eine kleine Minderheit, die große Mühe hat, das Gesicht der Christenheit gegenüber den anderen zu wahren. Wie konnte es dazu kommen? Der große Heide Mahatma Gandhi gibt uns die Antwort auf diese Frage. Er sagte: „Die christliche Lehre ist wunderbar, nur schade, daß die abendländischen Christen nicht danach leben."

Ich stand im sechsten Lebensjahr, als der erste Weltkrieg ausbrach. Wir, meine Eltern und meine zwei älteren Brüder, lebten damals in Ergoldsbach bei Landshut. Die Soldaten zogen ins Feld. Auch unser Hausherr, der brave Herr Baitlhauser,

war dabei. In der Heimat merkten wir zunächst wenig vom Krieg. Eines Tages aber drang lautes Wehklagen durch das ganze Haus; es war nicht die kleine Marerl in der Wiege, sondern Frau Baitlhauser, die junge Mutter.

Unsere Mama lief hinunter und weinte mit. Dann klärte sie uns auf: „O Gott, der Herr Baitlhauser ist gefallen." Das verstand ich zunächst nicht, und ich fragte, fragte immer wieder, bis es mir klar wurde, daß unser Hausherr im Krieg umgebracht wurde, daß er nie mehr zu seiner Familie zurückkehren würde. Ich drang weiter in meine Mutter, bis sie mir erklärte, daß im Krieg die Männer an die Front müssen, damit der Feind nicht ins Land hereinkomme. Damit fand ich mich einstweilen ab. Ich zeichnete dann den Feind auf die Tafel, einen wilden Riesen mit einer großen Keule. Als ich aber erfuhr, daß die Feinde Menschen sind, wie Herr Baitlhauser, da kam ich nicht mehr mit, das verstand ich nicht.

Nach dem Krieg hielten Professoren uns Oberrealschüler zu vormilitärischen Geländeübungen an und lehrten uns Marschlieder wie „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen, sterben als ein tapf'rer Held". Daß in diesem Falle aber auch die Franzosen den Heldentod sterben würden, und durch unsere Kainshand, daran dachten wir nicht; das hielt uns auch niemand vor Augen, auch nicht im Religionsunterricht.

Um diese Zeit begann ich auch meine sportliche Laufbahn, die mir bald Gelegenheit bot, in fairen Kämpfen Bande der Freundschaft im In- und Ausland zu knüpfen und so dem Gedanken der Völkerversöhnung zu dienen. Den Höhepunkt bildete meine zweimalige Teilnahme an den Olympischen Spielen, 1932 und 1936. Und als ich bei der Eröffnungsfeier in Berlin im weiten Rund im Namen der angetretenen Sportler von 51 Nationen den Olympischen Eid sprach, spürten wir alle tief ergriffen, daß diese Worte mehr bedeuteten als ein bloßes Bekenntnis zu sportlicher Fairness. Aus den Augen der mich umgebenden Gesinnungsfreunde glaubte ich in diesem Augenblick herauslesen zu können, daß sie mir die Vollmacht erteilten, in die vorgeschriebenen Worte stillschweigend das feierliche Gelöbnis mit hineinzulegen: „Wir Sportler geloben ferner, diesen olympischen Geist nach Kräften auf den Alltag unserer Völker zu übertragen, auf daß er ihr weiteres Zusammenleben bestimme."

Doch der Wunschtraum ging nicht in Erfüllung. Der Olympische Eid wurde abgelöst durch den Soldateneid, der uns alsbald verpflichtete, unsere Ideale, unsere gestählten Leiber dem Götzen Mars zu opfern, den einen wahren Gott und seine ehernen Gesetze aber zu verleugnen. So zog ich im Sommer 1940 anstatt ins Olympische Dorf in die Kaserne ein. Und als ich im April 1941, beim Südostfeldzug, die deutsche Grenze nicht, wie gewohnt, als geladener Gast, sondern erstmals als ungebetener Eindringling überschritt, erhob sich in mir ungestüm die Stimme des Gewissens, weil ich damit, wie es mir schien, irgendwie zum Verräter an der hohen olympischen Idee geworden war. Dieses bedrückende Schuldgefühl brachte mich an den Rand der Verzweiflung, als ich zwei Monate später unter Bruch des Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrages mit in die Sowjetunion einfallen mußte. Konnte mich denn mein Soldateneid auch zu solcher Barbarei verpflichten? Warum schwiegen unsere Generäle dazu?

Eines Tages hatte ich ein schreckliches Erlebnis. Es handelt nicht von Trommelfeuer, Tieffliegerangriffen oder Nahkämpfen. Diese stumpfen mit der Zeit ab. Jenes Erlebnis aber rüttelte mich auf und wirkt bis auf den heutigen Tag fort. Es war im ersten Winter, am Rande einer größeren Stadt. Trotz heller Sonne gegen 25 Grad Kälte. Alle Häßlichkeiten schlummerten unter einer tiefen Schneedecke; friedlich stiegen in der Ferne Rauchwölkchen aus ärmlichen verstreuten Holzhütten auf. Unser Trupp war mit dem Bau einer Fernsprechleitung von der Funkstelle zum Sender beschäftigt. Die etwa eineinhalb Kilometer lange Strecke

führte teils über freies Gelände. Plötzlich peitschten Gewehrschüsse die stille Luft. Etwa 120 Meter rechts vor uns ein Gefangener auf der Flucht; er war aus dem Fabrikgelände links drüben entwichen, das mehrere Tausende notdürftig beherbergte. Sein Verfolger vom Wachkommando, im warmen Übermantel, mit Kopfschützer und Filzstiefeln, schoß hinter ihm her. Nur mühsam kam der Fliehende vorwärts, stolpernd, halb versinkend. Wo sollte er auch die Kraft hernehmen? Immer langsamer wurden seine Schritte. Noch hatte ihn keine Kugel getroffen. Da hielt er an — und kehrte um! Die Schüsse verstummten. Mit letzter Anstrengung torkelte er zurück, ohne Mantel, ohne Kopfschützer und Handschuhe; es wäre ja doch aussichtslos gewesen. Lieber wieder zurück ins Massenlager; verhungern und erfrieren läßt man uns ja nicht, mag er überlegt haben. Wir waren inzwischen mit unserem Leitungsbau bis auf dreißig Meter an den Schauplatz herangekommen. „Nein, nicht, nicht . . .!" möchte ich noch schreien, als der Schütze ganz überraschend erneut das Gewehr in Anschlag bringt. Zu spät! Auf kaum fünf Meter Entfernung hatte er dieses wankende, keuchende, abgehärmte Lebewesen, gerade als es sich reumütig wieder in die Obhut der Menschlichkeit, des Völkerrechts begeben wollte, mit wohlgezieltem Schuß niedergestreckt. Warum durfte ich mich nicht mit bloßen Händen auf diese Bestie stürzen? Mit geballten Fäusten in der Tasche gab ich mir selbst die Antwort: Weil Krieg ist!

In den folgenden schlaflosen Nächten tat ich den Schwur: Wenn ich je wieder von meinem Soldateneid entbunden werden würde, wollte ich alles aufbieten, was Herz und Verstand vermögen, um den Krieg zu bekämpfen. Das ist auch Gottes Gebot.

Nach dem völligen Zusammenbruch des Hitlerreiches schöpfte ich große Hoffnung aus der richtungweisenden Erklärung zweier führender Männer, des Bundeskanzlers und des Bundespräsidenten, aus der Erklärung, daß sie sich jeder deutschen Wiederaufrüstung widersetzen würden. So schien es, als sei diesesmal das deutsche Volk von Gott ausgesandt worden, um der Menschheit beispielgebend voranzuschreiten in ein neues Zeitalter, das Zeitalter der Gewaltlosigkeit, der Verständigung und Freundschaft unter allen Völkern, mit einem Wort, das Zeitalter des Christentums der Tat, im kleinen und im großen, im Alltag wie in der Politik, mit den zehn Geboten Gottes als oberster Richtschnur. Die Erfüllung dieses göttlichen Auftrages mußte uns um so leichter fallen, als wir auch von den weltlichen Mächten dazu gezwungen wurden, dem Nationalsozialismus und Militarismus abzuschwören und fortan in Frieden mit unseren Nachbarn zu leben. Doch wehe dir, du deutsches Volk, daß du diese Chance des zweiten Jahrtausends unserer Zeitrechnung so schlecht genutzt hast! „Gewogen und zu leicht befunden" lautet wieder einmal das unerbittliche Urteil der Geschichte.

Ich selbst besann mich in der entscheidenden Phase dieses abermaligen Versagens der deutschen Führung auf meine Schwüre aus der Zeit des Krieges und des Zusammenbruchs, auf meine nationale und christliche Pflicht zum Widerstand, deren seinerzeitige Vernachlässigung selbst uns Mitläufern nach dem Kriege noch harte Strafen eingetragen hatte. Es war in den schicksalsträchtigen Novembertagen des Jahres 1953, als sich die Führung des provisorischen Staatsgebildes Bundesrepublik anschickte, entgegen ihren früheren Beteuerungen den sattsam bekannten Weg des Unheils aufs neue zu beschreiten, der wie damals mit der verbotenen Wiederaufrüstung beginnen sollte, die im geteilten Deutschland nur als Vorbereitung zum Bruderkrieg für fremde Interessen gewertet werden konnte. „Kain kontra Abel" leuchtete es in feurigen Buchstaben in jenen Tagen und Nächten immer wieder warnend vor meinem geistigen Auge auf. Nein, das darf nicht geschehen! Bis ins Innerste aufgewühlt brachte ich eines Nachts meinen geistigen

Aufschrei zu Papier. Er sollte die öffentliche Meinung wachrütteln. An jeden einzelnen der 509 Abgeordneten des neugewählten Bundestages sandte ich meine mahnenden Worte, gerade noch rechtzeitig vor der entscheidenden Wehrdebatte im Dezember 1953. Sie alle sind doch Christen, sagte ich mir, die werden dich bestimmt verstehen. Ich erhielt jedoch keine einzige Antwort! So vertraute ich auf die beiden großen christlichen Kirchen. Diese würden doch den Politikern unter ihren Mitgliedern mahnend in den Arm fallen, hoffte ich, da sie im Begriffe waren, von dem uns auch durch Christus gewiesenen Weg bewußt oder unbewußt abzuirren. Aber auch dieses Hoffnung erfüllte sich nicht. So nahm das Verhängnis seinen Lauf, ohne daß sich die christlichen Parteien, die dabei den entscheidenden Einfluß ausübten, veranlaßt fühlten, wenigstens ihren Namen abzuändern. Und die Kirchen geboten es ihnen nicht. So wurden die Weichen gestellt für die weitere verhängnisvolle Entwicklung. Mich aber trieb nun mein Gewissen, die Antwort auf die Frage nach Recht oder Unrecht unabhängig von meiner Kirche unmittelbar in der christlichen Lehre und im Naturrecht der Bibel zu suchen. Und ich fand ein unbedingtes Nein zum Kriege als solchem und damit auch ein unbedingtes Nein auf die Frage, ob das Töten im Kriege erlaubt sei. Als Jurist fand ich auch im Völkerrecht und im Verfassungsrecht ein kategorisches Nein zur deutschen Wiederaufrüstung vor Abschluß eines Friedensvertrages. So gefestigt, war ich entschlossen, von dem als richtig erkannten Wege nicht mehr abzuweichen und jeder Versuchung zu widerstehen. Und ich trat weiterhin in Wort und Schrift für meine Überzeugung ein, die ich bald auch von anderen bestätigt fand. Besonders glücklich war ich, daß darunter vereinzelt auch namhafte Christen waren. Ich erwartete jedoch auch eine klare Entscheidung in dieser Richtung von seiten höchster kirchlicher Stellen, leider vergeblich.

Im Februar 1955 gab dann der Bundestag seine Zustimmung zu den Pariser Verträgen, die am 5. Mai 1955 in Kraft traten. Damit war die Bahn frei zur deutschen Beteiligung am internationalen Wettrüsten, zum dritten Male in diesem Jahrhundert, zehn Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation! War das die Lehre aus den beiden Katastrophen, in die uns eine unselige Machtpolitik gestürzt hatte? Schauderte es denn nicht wenigstens die Christen unter uns vor der Prophezeiung ihres Herrn und Meisters: Wer das Schwert ergreift, wird durch das Schwert umkommen? Und auch dazu schwiegen die Kirchen. Ja, sie sprachen ihr eindeutiges Ja dazu, indem sie die Organisation der Militärseelsorge übernahmen.

Im Juni 1955 reiste ich dann nach Helsinki, um als Beobachter an dem großen Weltfriedenstreffen teilzunehmen. Über 1200 Vertreter aller Rassen und Religionen, der verschiedensten Weltanschauungen und gesellschaftlichen Systeme waren dort aus allen Erdteilen zusammengeströmt in dem einmütigen Bestreben, den Ausbruch eines Atomkrieges verhindern zu helfen und der Rettung des Friedens zu dienen. Auch namhafte Christen hatten dort Gelegenheit, die Friedensbotschaft des Gottessohnes im Sinne der Bergpredigt zu verkünden.

Das Jahr 1956 stand dann für uns deutsche Friedensstreiter im Zeichen des Kampfes gegen die Wehrpflicht. Wieder ging eine Welle der Aufklärung, der Mahnungen und Warnungen durch die Lande. Neue Kräfte schlossen sich an. Wir beriefen uns diesmal auf Papst Leo XIII., der die Wehrpflicht als ein Attentat auf die Selbstbestimmung der sittlichen Persönlichkeit gekennzeichnet hat, auf Winston Churchill, der sie als blutige Tyrannei brandmarkte. Wir zitierten den weisen Albert Einstein, der einmal sagte: „Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ist nach meiner Überzeugung die Hauptursache für den moralischen Zerfall der weißen Rasse und stellt den Fortbestand unserer Kultur, ja, unserer Existenz ernstlich in Frage." Aber wieder blieb die Reaktion des Volkes in seiner Ge-

samtheit aus, das schon wieder dem Tanze um das Goldene Kalb frönte und sich in seiner Verblendung der trügerischen Hoffnung hingab, „die da oben" würden es schon richtig machen. Und machte sie es richtig, die weltliche Obrigkeit, als sie sich anmaßte, die deutsche Jugend zum dritten Male in diesem Jahrhundert zu zwingen, ihr beim raschen Aufbau ihres militärischen Machtapparates zu helfen, der diesmal im Ernstfall in erster Linie gegen die eigenen Brüder und Schwestern eingesetzt werden würde, letzten Endes sogar unter Anwendung von Atombomben? Welch grausiger Drill zum Brudermord, zum Massenmord, der vor kurzem nun auch von der Führung im anderen Teile Deutschlands befohlen wurde! Und das unter den Augen der beiden Kirchen, auch derjenigen, die sich bisher rühmte, die einzige noch bestehende Klammer des deutschen Volkes über die Kluft der Zerspaltung hinweg zu sein. Kain kontra Abel, auch im technischen Zeitalter der Superwaffen, welch ein Gottesfrevel in der höchsten Potenz! Wie recht hatte doch Gandhi behalten!

Kann die Menschheit angesichts des Versagens der Christenheit nur noch hoffen, die Rettung möge von den Heiden kommen, von den Atheisten, die schon mehrmals allen Ernstes die Forderung der totalen und vollständigen Abrüstung erhoben haben? Die Antwort auf diese Frage sei jedem einzelnen überlassen. Der religiöse Teil der Menschheit ist in dieser Schicksalsstunde vor die unausweichliche Entscheidung gestellt: Entweder offen seinen Willen zu bekunden, das fünfte Gebot in seiner ganzen Strenge einzuhalten, ohne jede Ausnahme, ja, schon die Ausbildung in der Kunst des Tötens abzulehnen, notfalls sogar im Widerspruch zu der von Menschen gebildeten kirchlichen Obrigkeit, oder den Mut aufzubringen, sich offen von Gott loszusagen und dem Atomkrieg als Mittel der Politik das Wort zu reden. Gott oder gottesfrevlerischen Krieg, ein drittes gibt es für den bisher Gottgläubigen nicht mehr. Für den Christgläubigen aber gilt: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen" und „Selig sind die Friedensstifter, denn sie werden Kinder Gottes heißen."

Dr. med. Klaus Wattenberg

Wissen und Gewissen der Naturwissenschaftler

Die Beziehungen zwischen dem Wissen und dem Gewissen der Naturwissenschaftler können nur im Rahmen soziologischer Verhältnisse und dem davon abhängigen ethischen Bewußtsein der Allgemeinheit untersucht werden. Damit führt dieses Thema tief in die Probleme unserer Zeit hinein, die durch einen philosophischen und gesellschaftlichen Gärungsprozeß gekennzeichnet sind, der parallel zu den ungelösten politischen Verhältnissen verläuft.

Technologie und Soziologie

Die industrielle Revolution, in der wir uns befinden, hat jeden Menschen und fast jede seiner Lebensäußerungen erfaßt. Der Mensch kann sich den Auswirkungen der Wissenschaft und der Technik nicht mehr entziehen. Er kann nicht mehr in romantischer Wehmut vergangenen Zeiten nachträumen. Die Gegenwart verlangt seinen ganzen Einsatz. Es gibt keine weißen Flecken mehr auf der Land-

karte, und es gibt keine weißen Flecken im Bereich des Zusammenlebens: Fast alles ist geplant, geordnet, registriert, perfektioniert. Es entsteht der Menschentyp, der gewandt, geschickt, schlau, clever und smart sich diesen Tatsachen anpaßt. Dies geht auf Kosten der Individualität, die sich nur innerhalb der Grenzen der angehörenden Gruppe, Gemeinschaft, Kollektivs, Vereins, Forschungsteams entfalten kann. In diesen Gruppen ist der Mensch zum Spezialisten geworden. Die gesamte Wirklichkeit zu überblicken, geschweige denn zu verstehen, ist für den einzelnen immer unmöglicher.

Auch der Naturwissenschaftler und der Techniker haben spezialisierte Aufgaben zu erfüllen. Die eigene Aufgabenstellung ist nur im Rahmen des materiell Möglichen vorzunehmen und liegt deshalb fast immer in Händen der nicht wissenschaftlich gebildeten Besitzer der Forschungswerkzeuge. Der Naturwissenschaftler befindet sich deshalb in den meisten Fällen in einem Auftragsverhältnis zum Staat, zur Gruppe der Geldgeber oder zum privaten Besitzer. Der Einfluß des Wissenschaftlers auf die Auftragserteilung nimmt allerdings in gleichem Maße zu, wie der Auftraggeber an dem Endzweck der Forschung interessiert ist. Wenn der Forscher mit der letztlichen Anwendung seiner Arbeitsergebnisse aber nicht einverstanden ist, wird sich trotzdem auf einem großen Teil des Weges bis zum endgültigen Ergebnis eine Interessengemeinschaft ergeben. Denn die Entwicklung einer Atomwaffe ist auch wissenschaftlich von großem Reiz. Aber nicht e i n Wissenschaftler, sondern viele im Team forschen und entwickeln. Die Gruppe derer, die über die endgültige Anwendung bestimmen, ist zahlenmäßig vergleichsweise viel geringer, wenn auch politisch mächtiger. Spezialistentum und soziologische Ordnung entheben also die Naturwissenschaftler in großem Maße einer sachlichen Verantwortung.

Die Zusammenführung der spezialisierten Einzelergebnisse zur endgültigen Bestimmung ist weitgehend eine geistige und organisatorische Tätigkeit einzelner; sie dienen utilitaristisch jener Gesellschaft oder Gruppe, der sie angehören. Sie sind die Schlüsselfiguren in den Interessengruppen.

Der wissenschaftliche und technische Fortschritt entstehen aus der wissenschaftlichen Neugierde und Befähigung vieler Menschen. Auch wenn sich zukünftig das Bewußtsein von e i n e r Welt und von einer einzigen, nicht relativierten menschlichen Gemeinschaft gebildet haben sollte, würde das wissenschaftliche Streben nach der Erforschung weiterer Zusammenhänge, weiterer technologischer Verbesserungen, schnellerer Beförderungsmittel, stärkerer Gifte und größerer radioaktiver Gewalten bestehen bleiben. Die Möglichkeiten der Verbesserung und der Zerstörung werden unaufhaltsam immer größer und immer mehr. Auch im Falle einer totalen Abrüstung werden wir ab jetzt immer mit der Kenntnis von der „Bombe" weiterleben müssen.

Diese Tatsache ist deshalb von größter Bedeutung, weil in der Hierarchie einer pluralistischen Gesellschaft der Wissenschaftler, der die Daten kennt, an weit nachgeordneter Stelle steht. Auch der Staatsmann ist ein Spezialist. Aber er bedient sich der Mittel, die ein ihm völlig fremdes Fachgebiet entwickelte.

Die optimale Lösung scheint dann vorzuliegen, wenn die Verfügungsgewalt über sämtliche technische und wissenschaftliche Gegebenheiten in den Händen einer demokratisch geordneten und demokratisch erzogenen Menschheit liegt, die in etwa gleicher Weise das Wissen um die Dinge besitzt. In diesem Modellfall eines Weltstaates wäre jedoch für die Gesinnungsethik noch nichts gewonnen, da Wissen und Gewissen mehr ethymologische als wesensartige Beziehungen miteinander haben.

Die Kommunisten glauben, daß die Verschmelzung heterogener Teile wissenschaftlich bewiesen sei. Die Welt ist aber noch in Kapitalisten, Sozialisten und

Neutrale der verschiedensten Schattierungen gespalten. Wir haben zu untersuchen, wieweit die Naturwissenschaftler gesellschaftspolitisch verpflichtet sind, eine Philosophie des Friedens zwischen diesen gespaltenen Teilen der Welt zu fördern.

Ethik und Bewußtsein

Es erhebt sich die Forderung nach einer Fundierung der Ethik. Dies ist die Kernfrage nach einer sittlichen Verhaltensweise in einer Zeit, in der „der Mensch gelernt hat, die Technik zu beherrschen, bevor er gelernt hat, sich selbst zu beherrschen" (Albert Schweitzer).

Die seelisch-geistige Bewältigung des technischen Zeitalters ist bisher durch den Versuch einer Anpassung gekennzeichnet und hat zu vielerlei spezifischen psychologischen Erscheinungen geführt. Wenn auch der Mystizismus in vergangenen Jahrzehnten Auftrieb bekommen hat — nicht zuletzt durch den in zwei Weltkriegen erschütterten Fortschrittsglauben —, ist doch unverkennbar, daß der Materialismus in seiner Verbreitung über die Welt sich nicht mit den politischen Grenzlinien zwischen Ost und West deckt. So wird die Anpassung an die Verhältnisse mit dem unausgesprochenen Eingeständnis vorgenommen, daß die subjektiven Empfindungen ein getreues Spiegelbild der Wirklichkeit seien. Dies geht aus jeder Rechtsprechung und aus jeder betrieblichen Verfügung hervor. Ob die materielle Welt, wie sie sich uns darstellt, dennoch nur ein Zerrbild sei, ob man ihre Erscheinungen nur ordnen, aber nicht erkennen könne, ist eine Frage, die philosophisch interessiert, aber im Bewußtsein der Allgemeinheit längst im Sinne des Materialismus beantwortet wurde.

Die sittlichen Werturteile entspringen aus sozialpolitischen Veränderungen und gesellschaftlichen Umwälzungen, die das Bewußtsein formen. Eine Erfolgsethik, wie die von Spencer und Bentham, die aus der liberalen, kapitalistischen Gesellschaftsordnung des vergangenen Jahrhunderts entstanden ist und diese philosophisch-mythologisch zu legitimieren schien, kann heute keine Bedeutung mehr haben. Im übrigen haben wir erlebt, wie diese Philosophien, zusammen mit einem falsch verstandenen Darwinismus, in den Händen von Pseudowissenschaftlern zu einer bestimmten Rasseneugenik und in die Gaskammern führten. Die Menschlichkeit, wie sie von den bürgerlichen Revolutionen vor mehreren Generationen zum Prinzip erhoben wurde, ist jetzt trotz aller restaurativen Kräfte dabei, sich im Bewußtsein der Öffentlichkeit festzusetzen. Die Werturteile orientieren sich nicht nach der religiösen oder der materialistischen Wurzel des Verhaltens. Aber ihr Stamm wächst auf dieser Erde und orientiert sich an den lebenden Menschen, die sich bemühen, eine Kulturschwelle ohne Schaden zu überschreiten.

Es scheint so, als würde die bisher vermiedene Katastrophe beweisen, daß die Fundierung der Ethik im anthropologischen Selbsterhaltungsprinzip zu suchen sei. Dies war die vorherrschende Auffassung vor einigen Jahrzehnten, und ihr biologisches Untersuchungsgebiet war der Stoffwechsel und seine kybernetische Selbstregulierung.

Sicherheit und Gesinnung

Auch der Kalte Krieg hat eine Entwicklung gefördert, die in Friedenszeiten viel langsamer abgelaufen wäre. Neue Probleme, vor allen die in Asien und Afrika, überschneiden sich mit alten Trennungslinien. Die existentielle Hoffnungslosigkeit weicht einem Verständnis für die gegenseitige Verpflichtung (Jean Paul Sartre). Erkenntnisphilosophen und Mathematiker setzen sich auf die Straße, um zu protestieren (Bertrand Russell). Der Kalte Krieg förderte die Wissenschaften. Sie verbanden große Räume miteinander. Die dynamischen Strömun-

gen der Geschichte drängen zu immer größeren Einheiten. Die Anpassung an die Perfektion bewirkt einen weltweiten Konformismus in vielen Verhaltensweisen und perfektioniert das Verhalten selbst. In diesem „Konformismus" dominiert allerdings nicht das „moralische Gesetz in uns" (Kant), sondern eine Art Erfolgsethik, die mit dem Streben nach eigener Sicherheit die Interessen des Mitmenschen automatisch stellvertretend übernimmt. Nicht geschichtsphilosophische Ziele bestimmen das Verhalten, sondern Aktionsmodelle in einer technisierten Welt. Betriebssicherheitsvorschriften, Unfallverhütungsvorschriften, Sozialversicherung, anticyklische Wirtschaftsmaßnahmen, Entwicklungshilfe, Gesundheitsfürsorge, Völkerbund und UNO sind Erscheinungen und Institutionen, die primär nicht aus einer moralischen Verpflichtung entstanden sind, sondern für das Zusammenleben von 3 Milliarden Menschen (5—6 Milliarden zur Jahrtausendwende) in einer perfektionierten Welt zweckmäßig sind.

Nur in dem wichtigsten und tiefsten Anliegen hat die Mehrzahl der Menschen noch nicht die Konsequenzen aus vorhandenen Tatsachen gezogen. Die totale Abrüstung wäre die einzig vernünftige Folgerung aus dem Gesetz, daß eine Summation unterschwelliger Reize bei einem bestimmten Punkt zu einer überschwelligen Reaktion führen m u ß.

Auch das Gewissen der meisten Naturwissenschaftler ist noch ein relativiertes Gruppengewissen in einer geteilten Welt, wenn es um die entscheidensten Dinge geht. Wir wissen von den Wissenschaftlern in den USA, die befürchteten, daß der Krieg zu Ende gehen könnte, bevor die von ihnen entwickelte Atombombe eingesetzt würde. Wir wissen von Chrustschow selbst, daß ihn die Wissenschaftler zur Wiederaufnahme der Atomtests gedrängt haben. Wieviel für die Unmenschlichkeit vergeudete geistige Arbeitskraft! Selbst die technische Kenntnis von der Nähe des Abgrundes hat es ihnen nicht ermöglicht, sich über die Gruppe zu erheben, mit der und in der sie am Abgrund entlanglaufen. Die soziologischen und politischen Verhältnisse haben verhindert, daß sie zumindest zu geistigen Führern ihrer Gruppe werden, wenn sie den Versuch des Ausbruches wagten (18 Göttinger).

Die von Karl Marx vorhergesagte Entfremdung zwischen Mensch und Arbeitsprodukt ist in noch viel stärkerem Maße eingetroffen, als er es vielleicht geahnt hat. Aber sie hat nicht etwa zu einem Aufbegehren gegen diese Tatsache geführt. Selbst dort, wo diese Entfremdung zu Gewissenkonflikten führen könnte, wie bei den Naturwissenschaftlern, wird sie seelisch-geistig durch eine Verdrängung des Gewissens kompensiert und durch Einordnung in die Gruppengesellschaft das Bewußtsein unterdrückt. Wir sehen: Die ethische Fundierung des Gewissens ist abhängig von der politischen und soziologischen Entwicklung; die Notwendigkeit, die Entwicklung durch Friedenskräfte zu fördern, hat sich bei einigen Großen zu konkreten Vorstellungen verdichtet. Aber im allgemeinen trennt der Ost-West-Gegensatz heute noch das Gewissen der beiden Lager.

Wechselwirkung zwischen Wissenschaft und Gesellschaftsordnung

Zur Erkennung der weltweiten Gemeinsamkeiten und zur Praktizierung einer Humanität, die sich dem Ganzen verpflichtet fühlt, taugen allerdings nicht wissenschaftlich ungebildete Parteifunktionäre und jene, die einen Eid auf eine der vielen Fahnen geschworen haben. Hierzu sind heute in erster Linie Naturwissenschaftler befähigt, deren geistige Arbeit Gültigkeit über alle ideologischen Grenzen hinweg hat.

Die Wechselwirkung zwischen Gesellschaftsordnung und Wissenschaft tritt im Laufe der Geschichte immer wieder zu Tage. In kulturellen Blütezeiten waren die

Wissenschaftler immer von dogmatischen und gesellschaftlichen Fesseln befreit. Der Hellenismus und der in ihm enthaltene Humanitätsgedanke erreichte seinen Höhepunkt, als viele kulturelle Elemente jenes Riesenreiches zu einer Einheit verschmolzen waren. Damals wurde die Akademie in Alexandrien gegründet, die heute noch Vorbild unserer akademischen Institutionen ist. Der nächste, bis heute anhaltende wissenschaftliche Fortschritt kam erst ein und ein halbes Jahrtausend später und ging mit der Sprengung feudaler Fesseln und dogmatischer Vorurteile einher. In der neuesten Zeit jedoch sind Wissenschaft und Technik die Schrittmacher des Fortschrittes auf ihren Gebieten, während es die kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Kräfte noch nicht vermocht haben, den ganzheitlichen und ordnenden Rahmen dazu zu geben. Zwar — und dies ist ein Unterschied zu vergangenen Zeiten — hat auch die auf dem philosophischen Idealismus basierende Gesellschaft den Nutzen wissenschaftlicher und technischer Forschung erkannt. Aber die Jahrtausende alte Trennung von Philosophie und Naturwissenschaften wirkt auch heute noch nach. Dies hat zur Folge, daß sich die Wissenschaftler, die auch Kinder ihrer Zeit sind, gern auf ihr eigenes Spezialgebiet zurückziehen und froh sind, wenn sie von philosophischen Fragen unbehelligt bleiben. Dies trifft für die Mehrzahl der Forscher zu, während die wirklich Berufenen unserer Epoche dabei eine rühmliche Ausnahme machen.

Die Wechselwirkung zwischen Wissenschaft und gesellschaftlicher Ordnung wird auch sehr deutlich in den verschiedenen Antworten auf die Frage nach einer organisierten oder freien Wissenschaft und nach der moralischen Verantwortung der Wissenschaftler. Gesellschaftliche Kräfte haben bewußt und unbewußt auf die Naturwissenschaftler eingewirkt und sie auch hier in zwei Lager gespalten. Das eine Lager will den Forschern völlig freien Raum lassen und will sie von jeder moralischen Verantwortung bei der gesellschaftlichen Auswirkung ihrer Arbeitsergebnisse freisprechen. Dieses Lager schaut sehnsüchtig nach den liberalen Verhältnissen des vergangenen Jahrhunderts. Das andere Lager denkt an eine Organisation der Wissenschaftler und weist auf die sachlichen Fortschritte während des Krieges hin, als eine straffe Ordnung und Planung die Arbeit koordinierte. Sie hoffen, durch eine verstärkte demokratische Stellung der Wissenschaftler innerhalb der Organisation und durch ihr Mitspracherecht die Forschungsergebnisse auch für edlere Zwecke als für die Bereicherung Einzelner oder für Militärzwecke bereitstellen zu können.

Die liberalisierte Forschung des vergangenen Jahrhunderts ist heute aus materiellen Gründen undenkbar. Die Forschung ist wegen der vielfältigen Aufgaben nur in einer großzügigen und gemeinsamen Planung möglich. Das demokratische Mitspracherecht innerhalb des Teams wird zu einer Aufgabenstellung führen, die durch das Wissen und durch das Gruppenbewußtsein abgesteckt ist. Der Kreis der Wechselwirkung schließt sich, wenn die Kompaßnadel des Gewissens auch durch wissenschaftliche Daten beeinflußt wird und den Weg zur Allgemeinheit weist. Hier liegen Möglichkeiten positiver gesellschaftlicher Impulse in der wissenschaftlichen Tätigkeit. Zum Beispiel spukt im Bewußtsein der Öffentlichkeit immer noch das Gesetz von Malthus herum, wonach sich die Bevölkerungsziffer dem konstanten Ernährungsraum anpasse. Daraus wird allzu oft die Naturgesetzlichkeit von Kriegen abgeleitet. Der Wissenschaftler aber weiß, daß wir in einer Zeit der Energievergeudung leben, da mit den vorhandenen Energien und mit den vorhandenen Rohstoffen eine vielhundertfach größere Weltbevölkerung ernährt werden könnte. Obgleich zwei Drittel der Weltbevölkerung kalorisch unterernährt sind, hat die Arbeitsproduktivität in den letzten 10 Jahren pro verbrauchter Kilowattstunde abgenommen. Die in ungeheuren Mengen vorhandenen Energien haben nicht zu einer rationellen Anwendung zur Versorgung unse-

rer hungernden Mitmenschen geführt. Der gedankliche Sprung von der wissenschaftlichen Kenntnis zur Einsicht und zur ethischen Verpflichtung fällt dem Naturwissenschaftler leichter als dem Ungebildeten.

Der „Hippokratische Eid" der Naturwissenschaftler

Der „Hippokratische Eid" der Naturwissenschaftler ist ein ungeschriebenes Gesetz. Es verpflichtet, das Einzelwissen mit philosophischer und humanistischer Gesamteinstellung zu durchflechten, damit es gesellschaftswirksam wird. Dazu gehört auch der Sprung in die Öffentlichkeit, wenn es um Lebensfragen des Volkes und der Menschheit geht.

Beispielgebend sind hierfür die epochemachenden Naturwissenschaftler unseres Jahrhunderts, deren Kenntnisse auf dem Boden ihrer ästhetischen und ethischen Gesamteinstellung zu Erkenntnissen reiften. Sie sind in jedem Friedenslager zu finden, das die Koexistenz und die Kooperation, den Verzicht auf Gewaltanwendung und die Ächtung der Atombombe nicht nur aus Zweckmäßigkeitsgründen, sondern aus ihrer Gesinnung heraus fordern.

Der Kalte Krieg hat auch die Mehrzahl der Naturwissenschaftler und der Techniker emotionell in zwei Lager getrennt, obgleich die Notwendigkeit einer gemeinsamen Planung und einer gemeinsamen Arbeit unbestritten ist. Sie ist deshalb sachlich unbestritten, weil der Wunsch zur Verbesserung technologischer Bedingungen so alt ist wie die Menschheit selbst und weil heute dieser Wunsch dann am ehesten verwirklicht sein wird, wenn ein gemeinsames Forschungsteam, das die ganze Menschheit umfaßt, sich um die Lösung der Aufgaben bemüht. Der menschliche Drang zum Fortschritt und zur Forschung wird den Ost-West-Gegensatz überwinden. Wir haben in unserer Zeit mehrfach erlebt, daß Utopien Wirklichkeit wurden. Es kommt auf die Lebenden an, diesen Fortschritt zu unterstützen, bevor eine Katastrophe diese Aufgabe späteren Generationen überläßt.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Ub' immer Treu und Redlichkeit

In einer lexikalischen Abhandlung[1]) zum Stichwort „Rechtssoziologie" schreibt Dr. Hellmer: „Der Hitlerstaat entwickelte auf dem Gebiete der Gesetzgebung eine große Aktivität, aber auch hier fehlte das eigentliche Patronat durch das Recht; denn die gesellschaftlichen Kräfte gingen, wie die zahlreichen Massenprogrome, Verfolgungen und Hinrichtungen zeigten, stark durcheinander, was durch ein einheitliches parteipolitisches Ziel ausgeglichen werden sollte. Es fehlte hier vielleicht nicht so sehr das konkrete Ordnungsdenken — es war alles straff organisiert und ausgerichtet — als die Wesensschau, die Erkenntnis der geistigen Wurzeln des Rechts und das Bewußtsein ihrer sittlichen Durchtränktheit. Der Zusammenbruch von 1945 war daher nicht nur ein Zusammenbruch der äußeren Ordnung, sondern — was viel schlimmer ist — ein Offenbarwerden der inneren Ausgehöhltheit des Bodens der gesellschaftlichen Ordnung, durch die wir heute, was vielen gar nicht klar ist, immer noch schwer gefährdet sind."

Diese in die Tiefe gehende Analyse zeigt, warum unsere „Vergangenheit unbewältigt" ist und nicht bewältigt sein kann — um noch einmal das schleimige Schlagwort

zu benutzen, das desto längere Fäden zieht, je kräftiger man darin rührt. Weder Lobredner noch Kritiker der westdeutschen Wirklichkeit von 1962 berücksichtigen nämlich die von Hellmer apostrophierte „Ausgehöhltheit des Bodens der gesellschaftlichen Ordnung". Darum halten die konservativen Kreise in der Bundesrepublik, bloß weil wir keine intakten Gaskammern und Konzentrationslager haben, „Hitler in uns" für überwunden.

Linke Kommentatoren hingegen beklagen zu recht, daß in der Bundesrepublik die Globke, Merkatz, Becker, Maunz, Schlegelberger und wie sie alle heißen, noch immer amtswalten bzw. sehr hohe Pensionen verzehren. Sofern die Kritiker aber Marxisten sind, pflegen sie zu behaupten, das (nach marxistischem Axiom allemal fortschrittlich und revolutionär gesinnte) Volk beobachte dieses makabre Schauspiel mit zähneknirschendem Unwillen. Ja, die wenigen oppositionellen Blätter in der Bundesrepublik übersehen in ihrem löblichen Eifer häufig, daß einzig sie ihn entfalten, während kleinen Leuten die „Großkopfeten" überwiegend fernstehen, handle es sich bei diesen um Demokraten oder Nazis. (In diesem Inferioritätsgefühl der Masse, überhaupt im Bildungsstand, prägen sich die modernen Klassenunterschiede deutlicher aus als im Lebenshaltungsaufwand.)

Von einem Volk, das innerhalb eines halben Jahrhunderts auf vier Verfassungen verpflichtet wurde, zwei Kriege und zwei Geldentwertungen über sich ergehen lassen mußte, das man umerzog und umumerzog und dann noch per Wirtschaftswunder zugunsten einer neuen Aufrüstung korrumpierte — von einem solchen Volk kann man kein solides Rechtsgefühl mehr erwarten. Dessen Mangel äußert sich eben in der allgemeinen Gleichgültigkeit gegen alle öffentlichen Belange, die momentan die eigene Privatsphäre noch nicht berühren. Die Schuld datür trifft nicht das Volk, sondern die falschen Führer, Erzieher und Umerzieher. Aber nur Unkenntnis hiesiger Verhältnisse oder ideologische Scheuklappen gegenüber der westdeutschen Wählerpsychologie können die Wunschvorstellung beflügeln, hierzulande brodele in den Straßen verbissene Wut.

Im Gegenteil, das verbreitete Desinteresse an der Politik ist der einzige Schlüssel für eine so grausige Tatsache wie die, daß sich eine Kopfabhack-Lemure vom Schlage des sich zur Zeit im unverdienten Ruhestand sielenden Wolfgang Immerwahr Fränkel in die Reihe der obersten Ordnungshüter unseres Staatswesens winden konnte. Seinen Spürsinn für klimatische Realitäten bewies der abgehalfterte Generalbundesanwalt, als er den Bundesjustizminister auch noch ersuchte, das gegen ihn, Fränkel, angekündigte Disziplinarverfahren nicht nur der (müßigen) Frage zu widmen, ob das Verschweigen seiner Mitwirkung an Terrorurteilen der NS-Justiz schuldhaft war, sondern die Ermittlung gleich auf Fränkels Verhalten während des braunen Jahrdutzends auszudehnen. Auf einen Schelmen anderthalbe! Mit Unschuldsmiene beteuert Immerwahr, immer Treu und Redlichkeit geübt und nimmer pflichtwidrig gehandelt zu haben — und dies angesichts seiner inzwischen bekanntgewordenen Strafanträge, die von roboterhafter Gefühlsroheit zeugen!

Von der Unverschämtheit Fränkels abgesehen, müssen wir seinem Antrag, seine Vergangenheit nicht nur formaljuristisch zu beurteilen, sondern auch nach ethischen Maßstäben zu durchleuchten, allerdings applaudieren. Denn es ist unverständlich, warum Fränkel wegen 30—40 Justizmorden für unsere Demokratie untragbar sein soll, ein Globke hingegen, der einen Teil der Gesetze, nach denen Blutrichter Todesurteile fällten, fabrizierte, tragbar. Adenauers Geständnis, er könne seinen pinselig genauen Vorzimmerbürokraten nicht entbehren, ist für den ganzen Staat symptomatisch. Hörte man doch schon vor zwölf Jahren das Argument, es sei unmöglich, auf den Erfahrungsschatz nazistischer Diplomaten und Juristen zu verzichten.

Es ginge zu weit, darin nur Heuchelei zu sehen, die Absicht und Methode der Staatsführung verschleiern solle. Faschistische Meriten sind in der Bundesrepublik nicht durchwegs eine Empfehlung. Aber sie sind auch kein Hindernis, sondern sie werden schlimmstenfalls als Kavaliersdelikt betrachtet. Für Gesinnungs-Demokraten ist es dagegen uninteressant, ob ein prominenter Ehemaliger sich formal schuldig gemacht hat oder nicht. Wer dem Verbrecherregime zu Diensten war, darf in einer freiheitlichen Staatsordnung, wenn sie sich nicht selbst begraben will, einfach nicht mehr mitspielen! Und das nicht nur aus optischen Rücksichten, sondern aus Gründen derselben

ethischen Hygiene, die es einem ehrbaren Handelsmann verbietet, den — persönlich unvorbestraften — Kassenwart einer Einbrecherbande als Buchhalter anzustellen. Solange sich das moralische Empfinden in Westdeutschland nicht dagegen empört, daß Kriminelle und Sachwalter von Kriminellen Recht sprechen, steht unser Rechtsstaat auf tönernen Füßen.

Ausgerechnet Richtern kann man auch nicht mit verzeihendem Caux-Lächeln zugute halten, daß der Mensch schwach sei und notfalls lieber Satans Blasebalg betätige, als eine aussichtsreiche Karriere vor ihrem Höhepunkt aufzugeben. Das letzte Mitgefühl mit Rechtswahrern, die sich vermeintlich einer solchen Gewissensentscheidung ausgesetzt sahen (den Angeklagten vor Gericht wird üblicherweise versäumte Gewissenserforschung vorgehalten!), muß jedoch bei der Überlegung schwinden, daß viele der Nazi-Richter vom Dritten Reich keineswegs überrascht wurden, sondern zu seinen Wegbereitern zählten. Der deutsche Richter mit der in schlagenden Verbindungen zünftig gekerbten Wange war schon traditionsgemäß meist „rechts"; und so fielen bereits in den zwanziger Jahren Urteile gegen SA-Rabauken häufig äußerst glimpflich aus, während linke Kämpfer die drakonischsten Strafen einstecken mußten.[2])

Das hat schon Dr. jur. Kurt Tucholsky („Jedes Volk hat die Richter und Staatsanwälte, die es verdient") in polemischen Artikeln und satirischen Gedichten unzählige Male angeprangert. Die Nazi-Tyrannei war auch viel zu kurzlebig, als daß sie sich ihre Rechtshüter sämtlich hätte selbst heranbilden können. Die Freisler und Konsorten trieben ja bereits in der Weimarer Republik ihr Unwesen, und Hitler konnte den gesamten Justizapparat fast ohne personelle Abstriche einschließlich des Ressortministers Franz Gürtner (Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, 1923/1924 Bayer. Justizminister, von 1932 bis zu seinem Tode 1941 Reichsjustizminister) vom Zweiten ins Dritte Reich übernehmen.[3]) Ja, auch die Weimarer Republik hat sich ihre Kadis nicht aus den Rippen geschnitten, sondern sich — die Revolution von 1918 hatte ohnehin nur an die Stelle der Monarchie die Republik gesetzt, die sozialen und kulturellen Grundlagen der Gesellschaft jedoch gelassen wie sie waren — mit dem forensischen Personal begnügt, das sie vorfand.[4]) Die Bundesrepublik verfuhr 1949 nicht anders. Das grobe Gesetzesunrecht der Diktatur wurde beseitigt, das Paragraphenwerk Globkes also zerstört, die Globkes aber durften weiter an den Hebeln und Schaltern der Macht herumfingern.

Die prinzipielle Unabsetzbarkeit des deutschen Richters, die seine Unabhängigkeit garantieren soll, macht groteskerweise den Staats abhängig von seinen Richtern. Nicht so sehr Gesetz und Rechte, sondern deren Redaktoren, Ausleger und Anwender erben sich bei uns wie eine ew'ge Krankheit fort. Dafür gibt Dr. Hiller in seiner Aufsatzsammlung 1925—48,[5]) die auch einschlägige Beispiele in der Weimarer Republik zugunsten von „rechts" manipulierten Rechts enthält, einen bezeichnenden Beleg:

Dr. Erich Kaufmann, Sohn einer jüdischen Familie, konnte sich im wilhelminischen Reich habilitieren — was schon damals für Juden nicht einfach war, zu allerletzt natürlich in halbpolitischen Fächern wie z. B. dem Völkerrecht. Warum Kaufmann just eine Professur für internationales Recht erobern konnte, macht seine Theorie verständlich, nach welcher zwischenstaatliche Verträge Rechtskraft nur „rebus sic stantibus" hätten, also nichtig seien, sobald in den internationalen Beziehungen Ereignisse einträten, welche die Vertragsgrundlagen ändern würden. Mithin wäre jeder völkerrechtliche Vertrag in dem Moment ungültig, da er sich bewähren sollte. Dazu paßt Kaufmanns Widerspruch gegen die Auffassung, daß der Krieg als Mittel der Politik jemals „aus der Welt geschafft werden kann oder auch nur sollte" (Kaufmann als Zeuge vor dem US-Militärgerichtshof in Nürnberg am 3. Juni 1948).

Dieser Professor belehrte Generationen von Jurastudenten in Völkerrecht, und zwar während des Ersten, Zweiten und Dritten Reiches; und wenn „er 1939 ins Exil ging, tat ers nicht deshalb, weil seine ‚wissenschaftliche' Richtung den Nazis untragbar gewesen wäre, sondern weil die Nazis den zoologischen Klaps hatten" (Hiller). Doch 1946 wurde derselbe Erich Kaufmann auf den Münchener Lehrstuhl für öffentliches Recht berufen, was noch dazu als Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts deklariert wurde. Dr. Hiller kommentiert diese Ungeheuerlichkeit treffend: „Der Antisemitismus gewisser Typen richtet sich einzig gegen Juden, deren Geistigkeit bemüht ist, die Dummheit,

die Roheit und die Rückschrittlichkeit zu zersetzen. Ein Jude, der im Bunde mit teutonischer Reaktion handelt, ist dieser Sorte stets willkommen. Genau so willkommen, wie ihr der dem Geiste dienende und fortschrittliche Germane verhaßt ist."

Man sollte sich schließlich auch klarmachen, was für eine Gefahr die Unvergänglichkeit solcher Rechtswahrer und -lehrer nicht nur für den demokratischen Staat, sondern auch für den internationalen Frieden bildet. Unsereiner hätte Kaufmanns Thesen zwar schon 1912 nicht gebilligt, doch hätte sich dazumal darüber streiten lassen. Seit der Menschheit kollektiver Atomtod droht, sind didaktische Predigten zugunsten martialischer Gewalt allerdings — mild ausgedrückt — verantwortungslos. Aber diese Repräsentanten verflossener Regimes, diese juristischen Misanthropen — selbst für einen D a u m i e r wären sie kaum noch karrikaturfähig — thronen als Richter und Universitätslehrer unnahbar über dem Volke und geben sich den Anschein, Treu und Redlichkeit bis an ihr kühles Grab zu verkünden.

In einem leider schon sechs Jahre alten Handbuch[6]) fand ich den Eintrag: „Der Rechtsberater des Auswärtigen Amtes: Prof. Dr. Dr. h. c. Erich K a u f m a n n." Ich fürchte, es ist der bewußte, denn einen beßren findst du nit.

W. Baranowsky

Literatur-Hinweise:

[1]) Das Fischer Lexikon Bd. 12: „Recht", herausgegeben von Joachim H e l l m e r.
[2]) Harry P r o s s : „Die Zerstörung der deutschen Politik", Fischer-Verlag, Frankfurt (Main).
[3]) Martin B r o s z a t : „Der Nationalsozialismus", Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1960.
[4]) Franz N e u m a n n : „Behemoth. The structure and practice of National Socialism", Oxford University Press, 1942.
[5]) Kurt H i l l e r : „Köpfe und Tröpfe", Rowohlt-Verlag, Hamburg, 1950.
[6]) Taschenbuch des öffentlichen Lebens 1956, Festland-Verlag, Bonn.

„Die Welt ohne Bombe"

Ein Bericht über die Accra-Konferenz vom 21.—28. Juni 1962

Es scheint fast so, als gebe Stil und Inhalt der Accra—Assembly, die vom 21.—28. Juni 1962 unter dem Protektorat von Präsident Kwame Nkrumah in Ghana stattfand, den Auftakt zu einer neuen Phase im Abwehrkampf gegen das Wettrüsten und gegen die Weltbedrohung durch die nuklearen Waffen. Die spontan entstandenen Abwehrbewegungen in den verschiedensten Ländern sind mit den Politikern ins Gespräch gekommen; zwar nicht in Diskussionen mit den Regierungen, aber doch mit Männern und Frauen, die in politischer Verantwortung stehen und deren Teilnahme an der Konferenz nicht nur mit Wissen und Zustimmung, sondern in einer Reihe von Fällen auf Veranlassung ihrer Regierung geschah.

Wie kam es zu dieser Konferenz? Die Anregung ging von Kreisen der Europäischen Föderation gegen die Atomrüstung aus, insbesondere von dem bekannten englischen Kanonikus J. Collins und dem Schweizer Publizisten Heinrich Buchbinder. Je mehr sich herausstellte, daß die Gruppe der bündnisfreien Staaten in den Vereinten Nationen sich nicht nur gegen die Ausweitung des Atomklubs, sondern zugleich gegen die Fortführung des Wettrüstens immer entschlossener zur Wehr setzte, desto deutlicher wurde es, daß sich hier die Möglichkeit einer politischen Verwirklichung von Forderungen aufzutun scheint, die von den Anti-Atom-Bewegungen in Europa und den USA schon immer erhoben, aber unter den Schlagworten des Kalten Krieges von den verantwortlichen Politikern politisch verdächtigt und sachlich als unrealistisch abgetan wurden. Was lag näher, als in dieser Situation ein Gespräch mit den nicht atomar aufgerüsteten Nationen su suchen? Es ist das nicht zu bestreitende Verdienst der britischen Campaign for Nuclear Disarmement (CDN) unter Kanonikus Collins, dies Gespräch in Gang gebracht zu haben. Es ist ebenso unbestreitbar das Verdienst des Staatspräsidenten der Republik Ghana, die Anregungen von Anfang an positiv aufgenommen und gefördert und durch seine persönliche Initiative die Tagung zu einem großen Erfolg gebracht zu haben. Daß er die Finanzierung der Tagung in Accra dadurch ermöglichte, d a ß e r k u r z e r h a n d d a s R ü s t u n g s b u d g e t s e i n e s L a n d e s u m 1,5 % k ü r z t e u n d d e n s o f r e i g e w o r d e n e n B e t r a g f ü r d i e A n t i - A t o m - K o n f e r e n z z u r V e r f ü g u n g stellte, klingt fast märchenhaft und sollte doch beispielhaft wirken für andere Länder. Man stelle sich vor, die deutsche Bundesregierung zweige 1,5 % des Bonner Rüstungsetats für eine Anti-Atom-Versammlung ab...

Wer wurde eingeladen? Man verzichtete bewußt darauf, Organisationen und Regierungen als solche einzuladen. Keiner der

Teilnehmer kam als Vertreter einer Organisation, sondern jeder kam auf eigene Verantwortung als persönliches Mitglied der Tagung. Auf der anderen Seite waren bestimmte Regierungen, insbesondere die der Großmächte, gebeten worden, namhafte Persönlichkeiten als Sachverständige zu benennen, und so zeigte die Accra-Tagung das Bild einer gelungenen Mischung von unabhängigen Einzelnen bis hin zu Teilnehmern, die in erheblicher politischer Verantwortung standen und stehen. Um nur einige Namen zu nennen: Als Sachverständiger aus den USA erschien kein Geringerer als der frühere Vorsitzende einer Abrüstungskommission, Mr. James Wadsworth; aus der Sowjetunion einer der stellvertretenden Präsidenten des Obersten Sowjets, Y. I. Paletzki; aus Großbritannien der Erfinder des Radar, Sir Robert Watson-Watts, und der frühere Kabinettsminister und Nobelpreisträger Philip Noel-Baker; aus Irland der frühere Außenminister McBride; aus den Ostblockstaaten hervorragende Politiker und Gelehrte (darunter O. Lange-Warschau); aus dem Westen Europas Parlamentarier, Wissenschaftler und Männer und Frauen der Anti-Atombewegung. Von größter Bedeutung war, daß etwa zwei Drittel der Teilnehmer aus Afrika, Asien und Lateinamerika kamen und daß über das offizielle Ergebnis der Tagung hinaus zwischen Vertretern dieser drei Kontinente und den Europäern immer wieder Brücken des Verständnisses und der Begegnung geschlagen werden konnten. Wenn wir auf die Nennung einzelner Namen aus diesen Gebieten verzichten, so nur deshalb, weil sie den meisten Lesern unbekannt sind; aber manche von diesen Teilnehmern in Accra werden sicherlich in Zukunft häufiger genannt werden. Es bleibt zu bemerken, daß zwar britische Parlamentarier anwesend waren, aber leider kein Mitglied des Deutschen Bundestages (was gerade in Ghana wichtig gewesen wäre). Aus der Bundesrepublik nahmen teil Prof. G. Burckhardt-Hannover, Prof. O. Flechtheim-Berlin, Prof. Joachim Heydorn-Frankfurt, ferner Hans Werner Richter-München und der Schreiber dieses Berichtes; aus der DDR kamen als Experten Gerald Götting und Harald Hauser.

Die Tagung war sorgsam vorbereitet durch eine vorangehende Konferenz in Zagreb, die im Januar 1962 die Themen erarbeitet und den Gesamtplan entworfen hatte. (Die Mitarbeit ausgezeichneter, jugoslawischer Vertreter, wie Prof. Supek, Chefredakteur Smole u. a., verdient besondere Erwähnung, sowohl hinsichtlich der Vorbereitung als auch der Mitwirkung in Accra selber.) Die technische Durchführung (Räume, Übersetzungsmöglichkeiten, Drucksachen) der Versammlung und die Unterbringung der Teilnehmer war hervorragend. Die Regierung von Ghana tat alles, um uns den Aufenthalt angenehm zu machen. Auf Exkursionen hatten wir Gelegenheit, die erstaunliche Entwicklung zu studieren, die dieses Land unter Nkrumah genommen hat. Der Volta-Damm und der Hafen von Tema sind Beispiele technischer Großplanung; die Legon-Universität und die Krankenhäuser, die wir sahen, sind beneidenswert großzügig und schön angelegt. Das Volk an der Küste zeichnet sich aus durch Heiterkeit und Menschenfreundlichkeit, und schon von hier aus behalten wir alle Ghana in bester Erinnerung.

Die Einzelergebnisse der Tagung sollen nicht aufgezählt werden; ich gebe nur Stichworte. Den Auftakt bildete die umfassende Eröffnungsrede Nkrumahs. Er forderte — und über diese Eingangsforderung hätte die Versammlung vielleicht noch stärker nachdenken müssen — ein neues Denken der Menschen, das von ethischen Grundsätzen bestimmt werde: liebe deinen Nächsten, sage die Wahrheit, hilf den Armen, töte nicht, verschwende nicht, was Natur und Wissenschaft dir geben. Nur wer von diesen Grundsätzen auch sein politisches Handeln bestimmen lasse und Abrüstung fordere, sei ein Realist. Nkrumah nannte die vier Spannungsfelder, in denen wir heute leben: 1) die noch ungelösten Probleme aus dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere die Berlin-Frage („Sollen wir vom Atomkrieg bedroht werden, bloß weil die Großmächte sich nicht einigen, wer die Pässe abstempeln soll?"); 2) die Probleme der aufstrebenden Länder, die den Kolonialismus überwinden wollen und es ablehnen, sich nach dem Schema West/Ost einordnen zu lassen, die sich auch gegen die Balkanisierung Afrikas wehrten („Muß man, um Europa zu einigen, Afrika aufteilen?" — so Nkrumah zu dem Bestreben der EWG, afrikanische Staaten zu assoziieren); 3) die ideologischen Konflikte; 4) das Vorhandensein der Massenvernichtungsmittel.

Im Grunde hatte Nkrumah die wesentlichen Punkte der Konferenz schon umris-

sen. Die Tagung gliederte sich dann sehr schnell in fünf Kommissionen, die über bestimmte Themen arbeiteten:

Die erste Kommission befaßte sich mit der Überwindung der internationalen Spannungen. Der Krieg ist keine Möglichkeit mehr, und die blockfreien Staaten müssen alles tun, um den Prozeß der allgemeinen Abrüstung zu beschleunigen. Das ist nur möglich bei echter wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den Völkern und durch die Schaffung einer besseren Atmosphäre für die internationale Diskussion. Es muß zur Aufstellung einer internationalen Friedensarmee kommen, die von der UNO eingesetzt werden könnte. Die Schaffung atomwaffenfreier Zonen in ganz Afrika, Südostasien, im Mittleren Osten und in Lateinamerika sowie in bestimmten Gebieten Europas ist von entscheidender Bedeutung. Die Atommächte sollten ihre Kernwaffen aus dem Gebiet anderer Staaten zurückziehen und vor allen Dingen die Organisationen der NATO und des Warschauer Paktes nicht atomar ausrüsten.

Die zweite Kommission gab ausführliche Hinweise auf den notwendigen und möglichen Prozeß der Abrüstung, unterstützte die Initiative der acht neutralen Staaten in Genf und forderte die Errichtung einer internationalen Abrüstungsbehörde.

Die dritte Kommission beschäftigte sich mit der Überführung des vorhandenen militärischen Kernwaffenmaterials in die friedliche Verwendung, die vierte mit den wirtschaftlichen Problemen, die sich aus der Abrüstung ergeben. Die fünfte Gruppe diskutierte die Auswirkung der Abrüstung auf den Kampf gegen Hunger, Krankheit, Unwissenheit und Knechtschaft. Es war wichtig, daß die indischen Mitglieder der Konferenz immer wieder die Auffassung vertraten, daß es um eine Änderung in der Grundhaltung der Menschen in der Frage der Anwendung von Gewalt gehe.

Dem deutschen Teilnehmer, der noch alle die vielen Töne der Verdächtigung und der Schmähung Andersdenkender im Ohr hatte, die die öffentliche Diskussion über diese Fragen in der Bundesrepublik verhindern, fiel besonders auf, wie sachlich die Diskussion auch bei schwierigen Einzelfragen verlief und wie sehr die Gesprächsteilnehmer sich bemühten, auf den anderen wirklich zu hören. Zwischen Amerikanern und Sowjetrussen herrschte eine ausgesprochen gute Atmosphäre. Manchmal hatte man den Eindruck, daß die beiden „großen Brüder" sich darin einig waren, daß man die neu auftretenden „jungen" Brüder aus den neuen Staaten nicht zu schnell das Heft in die Hand nehmen lassen dürfe. Aber es war in der Tat etwas Außergewöhnliches, zu sehen, wie immer dann, wenn eine Formulierung an Töne des Kalten Krieges erinnerte, sich sehr schnell eine Milderung herbeiführen ließ, die die vertretene Sache nicht abschwächte, aber polemische Einseitigkeit aufhob. Ich saß während der Tagung neben meinem verehrten Freunde Prof. Hromadka aus Prag, und wir als Glieder der Prager Christlichen Friedenskonferenz haben uns immer wieder darüber gewundert und gefreut, wie auf der Accra-Konferenz von Ost und West und von den Vertretern der neuen Staaten Gedanken als selbstverständlich angesehen wurden, denen man in Kreisen christlicher Kirchen immer noch mit Zurückhaltung begegnet. Viele Dinge beginnen öffentliche Meinung der Welt zu werden, von denen man besonders auch in der Bundesrepublik immer noch meint, sie als Erzeugnis östlicher Propaganda abtun zu können!

Die Tagung endete mit der Unterzeichnung der Berichte der fünf Komissionen, deren Inhalt oben kurz wiedergegeben wurde. Jeder Teilnehmer hatte das Recht, bei jedem einzelnen Bericht zu entscheiden, ob er ihn unterzeichnen, mit bestimmten Einschränkungen unterzeichnen oder nicht unterzeichnen wollte. Die Veröffentlichung der Berichte wird zeigen, daß die Accra-Konferenz nicht nur ein umfassendes Bild der zu lösenden politischen Probleme gegeben, sondern eben auch gangbare Wege zum Finden solcher Lösungen gezeigt hat. Und es ist eines der Rätsel unserer Zeit, daß die westeuropäische Presse dieser Tagung kaum besondere Aufmerksamkeit geschenkt hat. Wir glauben, daß ihre Wirkung in politischen Kreisen um so nachhaltiger sein wird.

Das gilt besonders dann, wenn die Tagung, wie geplant, fortgesetzt wird. Es wurde ein Fortsetzungsausschuß gebildet, den Prof. Moh. El Fassi-Marokko leitet und zu dessen europäischen Mitgliedern Sean McBride-Irland und Heinrich Buchbinder-Zürich gehören. Ein Entwurf der Tagungsleitung sah als Aufgabe des Fortsetzungsausschusses vor, nicht nur die Beschlüsse der Konferenz weiterzuleiten, son-

dern auch Einflußnahme auf die öffentliche Meinung der Welt, wissenschaftliche Einzelforschung, Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Organisationen in Gang zu bringen. Es solle die Erarbeitung „ethischer Grundsätze" für Wissenschaftler, die internationale Anerkennung des Rechtes der Kriegsdienstverweigerung und ein Friedensdienst der jungen Generation erörtert werden. Dieser Entwurf kam aber nicht mehr zu Diskussion; er überschnitt sich mit einem Memorandum der Regierung von Ghana, das den Gedanken der Versammlung, dem Fortsetzungsausschuß ein permanentes Sekretariat beizugeben, positiv aufgriff und bis zu weiteren Lösungen auch die Finanzierung dieses Sekretariats in großzügiger Weise anbot. Gemeinsam mit dem Fortsetzungsausschuß will sich die Regierung von Ghana bemühen, andere Regierungen zu ermutigen, die nächste Konferenz zu sich einzuladen. Wenn das angesichts der umfassenden Vorbereitungen bis zum nächsten Jahr nicht möglich ist, will die Regierung von Ghana noch einmal Gastgeber der Konferenz sein, wenn die Konferenz selber es so wünschen sollte.

Die Initiative für weitere Schritte liegt jetzt also beim Fortsetzungsausschuß, und man kann der Regierung Nkrumahs nur dankbar dafür sein, daß sie in so großzügiger Weise weitere Hilfe in Aussicht stellte.

Eines war in Accra ganz deutlich und wurde immer wieder ausgesprochen: daß die Gleichgültigkeit und Lethargie der öffentlichen Meinung in den Fragen der Abrüstung eines der Haupthindernisse für einen wirklichen Fortschritt ist. Hier berührte sich Accra mit dem, was im gleichen Monat Juni 1962 bei einer Zusammenkunft von Vertretern der Ökumene aus Ost und West mit verantwortlichen Männern der Konferenz der 18 Staaten für Abrüstung sowohl von Politikern als auch von Kirchenmännern betont wurde: Es gilt, die öffentliche Meinung der Welt wachzurufen. Die ökumenischen Teilnehmer an diesen Genfer Besprechungen sagen in einem Schlußkommuniqué geradezu: „Die Stimme der öffentlichen Meinung ist unterdrückt worden, und die Kirchen in vielen Ländern haben angesichts der Abrüstungsfrage nicht so ihre Stimmen erhoben, wie sie es hätten tun sollen ... Die Teilnehmer der Konsultation haben erkannt, wie schwerwiegend dieses Versagen des Glaubens und die fehlende Entschlossenheit innerhalb der Weltchristenheit gewesen sind ... Eine informierte öffentliche Meinung kann zur Erreichung dieses Zieles (d. h. eines gerechten Friedens) eine wichtige Rolle spielen."

Warum erwähne ich diese scharfe kirchliche Stellungnahme am Schluß meines Accra-Berichtes? Weil auch dieses Wort aus Genf die von mir eingangs vertretene Auffassung bestätigt, daß wir in einem neuen Stadium der Friedensbewegung der Völker stehen. Das hat auf ihre Weise auch die Moskauer Konferenz für Frieden und Abrüstung gezeigt. Das wird an der viel zu wenig beachteten Tatsache deutlich, daß die USA sich in der Vereinbarung mit der UdSSR, die die Grundlage der Genfer Konferenz darstellt, genau so wie der Osten zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung als Ziel bekannt haben. Noch versucht man, besonders leider in der Bundesrepublik, der öffentlichen Diskussion dieser Fragen auszuweichen. Aber sollte ein Durchbruch zu befreienden Lösungen, die den Albdruck der nuklearen Vernichtung von der Menschheit nehmen, wirklich unmöglich sein? Eines Tages muß es sich doch herumsprechen, was in den Herzen der verantwortlichen Politiker, in der Willensäußerung der blockfreien Staaten, in der Einsatzfreudigkeit der Antiatombewegung, vornehmlich bei jungen Menschen in allen Ländern, in den Kreisen der Ökumene längst gesehen wird: Daß es wirklich einen Weg zum friedlichen Miteinander der Menschen auf dieser Erde gibt — wenn die Völker nur endlich dem Ja zu diesem Weg einen wirklichen und wirksamen Ausdruck geben. Accra hat einen kräftigen Anstoß gegeben, Afrika und Ghana sei Dank gesagt für dieses aufgerichtete Zeichen.

Oberkirchenrat Heinz Kloppenburg D. D.

Adenauer und die Provinz

I

„In der Provinz denkt man klarer als in der Hauptstadt eines Landes. Bewußt habe ich mich nach dem Kriege, als die Bundesrepublik eine Regierungsstadt benötigte, für die Provinz, für die Stadt Bonn am Rhein mit ihrer ausgezeichneten Universität entschieden. Nicht, weil Berlin für uns

damals nicht zu erreichen gewesen wäre." Bundeskanzler Dr. Adenauer in Bordeaux Anfang Juli 1962. (Nach: Deutsche Zeitung vom 9. Juli 1962.)

II

„Dr. Adenauer unterstrich, daß er 25 Jahre als Bürger, nicht als Einwohner in Bad Honnef wohne. Er erinnerte an die gemeinsam durchstandene Not der Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegszeit, die die Menschen aneinandergekittet habe. Dr. Adenauer bedauerte es, daß der Bürgersinn in den größeren Städten durch die Entwicklung der Technik immer mehr schwinde, er glaube, daß die mittleren und kleineren Städte dereinst die Heimat des deutschen Volkes werden würden, weil diese Atmosphäre in den Großstädten immer mehr schwinde." Bundeskanzler Dr. Adenauer auf dem Festakt zum 100jährigen Bestehen von Bad Honnef, 14. Juli 1962. (Nach: Kölnische Rundschau am Sonntag vom 15. Juli 1962.)

III

„Celle hält an seiner Tradition fest, Juristen- und Soldatenstadt zu sein. Etwa zweitausend amtierende Juristen, eine große englische Garnison und eine kleinere deutsche leben in Celle. Die militärische Vergangenheit ist seit den Zeiten des Königsreichs Hannover lebendig. Das schützte die Soldaten in den Nachkriegszeiten vor Diffamierung. Längst haben sie wieder eine gesellschaftliche Position. Die Teilnahme des Militärs entscheidet, ob ein Fest gelingt oder nicht, sagte mir ein Oberstleutnant der Bundeswehr. Celle, die Stadt der Bälle. Der Ball der Bälle ist der exklusive Welfenball. Auch die Art der Geselligkeit ist traditionsgebunden, obwohl der Glanz der zivilen Soireen mangels Dienstboten und Reichtum verblaßt ist. ‚Hätten wir noch unsern Fürsten, wären wir heute bei Hofe', ist ein verbürgter Ausspruch aus dem Großbürgertum von 1961." (Deutsche Zeitung vom 28./29. 7. 62).

IV

Leonhard Frank, der Autor der „Räuberbande", des „Ochsenfurter Männerquartetts", einer der bedeutendsten Schriftsteller des Expressionismus, leidenschaftlicher Pazifist (vergleiche vor allem sein berühmtes Werk „Der Mensch ist gut"), am 18. August 1961 gestorben, war ein Sohn der Universitätsstadt Würzburg. Als Gegner des Militarismus hatte er, mit einer Jüdin verheiratet, 1933 aus Deutschland nach den USA emigrieren müssen. Nach dem Kriege kehrte er nach Deutschland zurück und ging, da sich Würzburg seiner nicht annahm, nach München. 1957 wurde ihm von dem damaligen Bundespräsidenten Prof. Theodor Heuß das große Verdienstkreuz des Bundesverdienstordens verliehen.

Ende Juli stellte die SPD-Fraktion im Würzburger Stadtrat den Antrag, anläßlich des 80. Geburtstages des Dichters am 4. September 1962 eine Straße in Würzburg nach Leonhard Frank zu benennen. Der Antrag ist von der Mehrheit des Stadtrates abgelehnt worden.

In der Süddeutschen Zeitung war dazu am 27. Juli zu lesen: „Die gesamte CSU, ein FDP-Stadtrat und zwei Mitglieder der Freien Wählergemeinschaft (FWG) stimmten gegen die beantragte Straßenbenennung. Der CSU-Sprecher, Elektromeister Karl Rückers, gab zu verstehen, daß seine Fraktion ‚angesichts der Berliner Mauer dem Antrag nicht zustimmen' könne. Frank habe 1955, so sagte Rückers, den Nationalpreis der DDR erhalten und auch angenommen. Außerdem sei ihm 1957 aus Anlaß seines 75. Geburtstages die Ehrendoktorwürde der Ostberliner Humboldt-Universität verliehen worden. Aus allen diesen Gründen könne man nicht eine Straße nach ihm benennen. Im übrigen käme dies, so lautete die Auffassung der CSU und der FWG, einer ‚Aufwertung der DDR' gleich. Der Schuhmachermeister Simon Blenk, der Vorsitzende der FWG, führte gegen Frank ins Feld, er habe 1957 in einem New Yorker Wochenmagazin eine Erzählung unter dem Titel „Das Mädchen von Würzburg" veröffentlicht und darin zum Ausdruck gebracht, daß Juden in der Innenstadt zusammengetrieben und getötet worden seien. Frank war in dieser Erzählung von den Hexenverbrennungen in Würzburg ausgegangen und hatte dann auf die Judenverfolgungen im Dritten Reich übergeleitet. ‚Das ist eine Brunnenvergiftung', sagte Blenk. Der ehemalige BHE-Stadtrat Oswald Nippert, der jetzt bei der CSU hospitiert, erklärte, Frank habe damit Würzburg in Mißkredit gebracht."

A. v. B.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Die Genfer Laos-Vereinbarungen v. 23. Juli 1962

1.) Die Neutralitätserklärung der laotischen Regierung

Die Neutralitätserklärung der königlichen Regierung von Laos hat folgenden Wortlaut:

„Die königliche Regierung von Laos erklärt feierlich, daß:

1. Sie uneingeschränkt die fünf Grundsätze der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zum Ausland anwenden wird, freundschaftliche Beziehungen gründen und diplomatische Beziehungen mit allen Ländern entwickeln wird, mit den benachbarten Ländern zuallererst, auf der Grundlage von Gleichheit und Respektierung der Unabhängigkeit und Souveränität von Laos;

2. es der Wille des laotischen Volkes ist, die Achtung vor der Souveränität, Unabhängigkeit, Neutralität, Einigkeit und territorialen Integrität von Laos zu schützen und zu sichern;

3. sie nicht zu Drohungen oder Anwendung von Gewalt greifen wird in jeglicher Art, die den Frieden anderer Länder beeinträchtigen könnte, daß sie sich nicht in die internen Angelegenheiten anderer Länder einmischen wird;

4. sie nicht einer militärischen Allianz beitreten wird oder einem Pakt, militärischer oder anderer Art, der unvereinbar mit der Neutralität des Königreichs Laos ist, sie wird weder die Errichtung von irgendeinem fremdländischen Militärstützpunkt auf laotischem Gebiet erlauben, noch irgendeinem Land gestatten, laotisches Gebiet zu militärischen Zwecken oder zum Zweck der Einmischung in die internen Angelegenheiten anderer Länder zu benützen, noch die Schutzgarantie einer Allianz oder militärischen Koalition (einschließlich SEATO) anerkennen;

5. sie wird die Einmischung eines fremden Landes in interne Angelegenheiten des Königreichs Laos nicht dulden;

6. sie wird gemäß der Verpflichtung von Artikel fünf des Protokolls den Abzug aller ausländischen Truppen und allen militärischen Personals aus Laos fordern und nicht erlauben, daß ausländische Truppen oder militärisches Personal nach Laos kommen;

7. sie wird direkte und nicht an Bedingungen geknüpfte Hilfe von allen Ländern annehmen, die dem Königreich Laos helfen wollen, eine unabhängige und autonome nationale Wirtschaft auf der Basis der Achtung der Souveränität von Laos aufzubauen;

8. sie wird die Verträge, die in Übereinstimmung mit den Interessen des laotischen Volkes und der Politik des Friedens und der Neutralität des Königreiches unterzeichnet wurden, respektieren, insbesondere die Genfer Verträge vom Jahre 1962, und sie wird Verträge und Übereinkünfte, die gegen diese Grundsätze verstoßen, widerrufen.

Diese Neutralitätserklärung der königlichen Regierung von Laos wird verfassungsmäßig veröffentlicht und wird Gesetzeskraft haben.

Das Königreich Laos appelliert an alle Länder, die an der internationalen Konferenz zur Beilegung der laotischen Frage teilgenommen haben, und an alle anderen Länder, die Souveränität, Unabhängigkeit, Neutralität, Einigkeit und territoriale Integrität von Laos anzuerkennen, sich nach diesen Grundsätzen in jeder Hinsicht zu richten, und sich aller dem widersprechenden Handlungen zu enthalten."

Nach: UPI v. 23. VII. 62

2.) Die 13-Mächte-Deklaration über die Neutralität von Laos

Die Regierungen der Union von Burma, des Königreichs Kambodscha, Kanadas, der Volksrepublik China, der Demokratischen Republik Vietnam*), der Republik Frankreich, der Republik Indien, der Volksrepublik Polen, der Republik Vietnam*), des Königreichs Thailand, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika, deren Vertreter sich an der Internationalen Konferenz zur Regelung der Laos-Frage von 1961/62 beteiligten:

erneuern die Prinzipien der Achtung der Souveränität, der Unabhängigkeit, der Einheit und territorialen Unverletzlichkeit und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Königreichs Laos, wie sie die Genfer Abkommen von 1954 vorschreiben;

bekräftigen das Prinzip der Achtung der Neutralität des Königreichs Laos;

sind sich darüber einig, daß die genannten Prinzipien eine Basis für die friedliche Regelung der Laos-Frage darstellen;

sind zutiefst davon überzeugt, daß die Unabhängigkeit und Neutralität zur friedlichen und demokratischen Entwicklung des Königreichs Laos, zu seiner nationalen Einigkeit und der Einheit dieses Landes, wie auch zur Festigung von Frieden und Sicherheit in Südostasien beitragen werden.

1. Sie erklären feierlich und übereinstimmend mit dem Entschluß der Regierung und der Bevölkerung von Laos — wie ihn die von der Königlich Laotischen Regierung abgegebene Erklärung über die Neutralität von Laos zum Ausdruck bringt —, daß sie die Souveränität, Unabhängigkeit, Neutralität, Einheit und territoriale Unverletzlichkeit des Königreichs Laos anerkennen, respektieren und beachten werden.

2. Sie verpflichten sich insbesondere:

(a) keine Handlung zu unternehmen und sich in keiner Weise an einer solchen zu beteiligen, die direkt oder indirekt der Souveränität, Unabhängigkeit, Neutralität, Einheit oder territorialen Unverletzlichkeit des Königreichs Laos schaden könnte;

(b) keine Gewalt anzuwenden oder damit zu drohen oder irgendeine andere Maßnahme zu ergreifen, die den Frieden des Königreichs Laos bedrohen würde;

(c) sich jeder direkten oder indirekten Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Königreichs Laos zu enthalten;

(d) keine Bedingungen politischer Art an eine Hilfe zu knüpfen, die sie dem Königreich Laos anbieten oder um die dieses nachsucht;

(e) das Königreich Laos nicht in ein militärisches Bündnis oder ein Abkommen einzubeziehen, das mit der Neutralität unvereinbar ist und die laotische Regierung auch nicht aufzufordern oder zu ermutigen, sich einem solchen Bündnis anzuschließen oder ein entsprechendes Abkommen einzugehen;

(f) den Wunsch des Königreichs Laos zu respektieren, den Schutz eines Bündnisses oder einer Militärkoalition, einschließlich der SEATO, nicht zu akzeptieren;

(g) keine fremden Truppen oder Militärpersonal — gleich welcher Art — in das Königreich Laos zu entsenden und das Eindringen solcher Truppen oder Militärpersonen weder zu unterstützen noch zu erlauben;

(h) fremde Militärbasen und Stützpunkte oder andere ausländische militärische Einrichtungen nicht anzulegen und deren Anlage nicht zu unterstützen oder zu erlauben;

(i) das Territorium des Königreichs Laos nicht zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer zu benutzen;

(j) das Territorium irgendeines Landes einschließlich des eigenen nicht für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten zu benutzen.

3. Sie appellieren an alle anderen Staaten, die Souveränität, Unabhängigkeit, Neutralität, Einheit und territoriale Unverletzlichkeit des Königreichs Laos anzuerkennen und in jeder Hinsicht zu achten, sowie sich jeder Maßnahme zu enthalten, die mit den Prinzipien oder anderen Bestimmungen der vorliegenden Deklaration unvereinbar ist.

4. Sie gehen die Verpflichtung ein, im Falle der Verletzung oder einer drohenden Verletzung der Souveränität, Unabhängigkeit, Neutralität, Einheit oder territorialen Unverletzlichkeit des Königreichs Laos gemeinsam die Königlich Laotische Regierung zu konsultieren und Maßnahmen zu beraten, die sich zur Gewährleistung dieser Prinzipien und anderer Bestimmungen der vorliegenden Deklaration als notwendig erweisen.

5. Die vorliegende Deklaration soll mit der Unterzeichnung und zusammen mit der Erklärung über die Neutralität von Laos — die von der Königlich Laotischen Regierung abgegeben wurde — in Kraft treten und als internationales Abkommen gelten. Die vorliegende Deklaration ist in den Archiven der Regierungen Großbritanniens und der UdSSR zu hinterlegen, die den anderen Signataren und allen Staaten der Welt beglaubigte Abschriften übermitteln sollen.

Copyright dt. Übersetzung „Blätter für deutsche und internationale Politik". Quelle: Vgl. Anmerkung zu 3.)

*) Democratic Republic of Viet-Nam (Nord-Vietnam), Republic of Viet-Nam (Süd-Vietnam).

3.) 14-Mächte-Protokoll zur Deklaration der Neutralität von Laos

Die Regierungen von . . .*) haben, bezugnehmend auf die Deklaration über die Neutralität von Laos vom 23. Juli 1962, folgendes beschlossen:

Artikel 1 — *[Begriffsbestimmungen].* Im Sinne dieses Protokolls soll

(a) der Begriff „ausländisches militärisches Personal" die Mitglieder ausländischer Militärmissionen, ausländische Militärberater, Experten, Instrukteure, Ratgeber, Techniker und alle anderen ausländischen Militärpersonen — einschließlich der in einer der laotischen Armeen dienenden — und ausländische Zivilisten umfassen, die sich mit der Lieferung, dem Unterhalt, der Aufbewahrung und Nutzbarmachung von Kriegsmaterial beschäftigen;

(b) der Begriff „die Kommission" die Internationale Kommission zur Überwachung und Kontrolle in Laos bezeichnen, die gemäß dem Genfer Abkommen von 1954 eingesetzt wurde und sich zusammensetzt aus Vertretern Kanadas, Indiens und Polens, mit dem Vertreter Indiens als Vorsitzendem;

(c) der Begriff „die Ko-Vorsitzenden" sich auf die Ko-Vorsitzenden der Internationalen Konferenz für die Regelung der Laos-Frage von 1961/62 und ihre Nachfolger in den Ämtern des Außenministers Ihrer Britischen Majestät, bzw. des Außenministers der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beziehen;

(d) der Begriff „die Mitglieder der Konferenz" die Regierungen der Länder bezeichnen, die an der Internationalen Konferenz für die Regelung der Laos-Frage von 1961/62 teilgenommen haben.

Artikel 2 — *[Rückzug der fremden Truppen].* Alle regulären und irregulären fremden Truppen, ausländische halbmilitärische Verbände und ausländisches Militärpersonal sollen Laos in der kürzest möglichen Zeit verlassen. In jedem Falle soll der Rückzug vollzogen sein nicht später als 30 Tage, nachdem die Kommission der Königlich Laotischen Regierung mitgeteilt hat, daß sich ihre Inspektionsgruppen in Übereinstimmung mit Artikel 3 und 10 dieses Protokolls an allen (Kontroll-)Punkten bereit halten, von denen der Abzug aus Laos erfolgt. Diese Punkte sind von der Königlich Laotischen Regierung entsprechend Artikel 3 innerhalb von 30 Tagen nach Inkrafttreten des vorliegenden Protokolls zu bestimmen. Die Inspektionsgruppen sollen an diesen (Kontroll-)Punkten anwesend sein und innerhalb von 15 Tagen nach deren Benennung wird die Kommission der Königlich Laotischen Regierung darüber Mitteilung machen.

Artikel 3 — *[Kontrollen des Rückzuges].* Der Rückzug der regulären und irregulären fremden Truppen, der ausländischen halbmilitärischen Verbände und des ausländischen Militärpersonals soll nur über solche Routen und (Kontroll-)Punkte erfolgen, die von der Königlich Laotischen Regierung nach Rücksprache mit der Kommission dazu bestimmt werden. Die Kommission ist im voraus über Ort und Zeit jedes (Truppen-)Abzuges zu unterrichten.

Artikel 4 — *[Verbot der Truppenstationierung].* Die Entsendung regulärer fremder Truppen, ausländischer halbmilitärischer Verbände und ausländischen Militärpersonals nach Laos ist verboten.

Artikel 5 — *[Französische Militärberater].* Es wurde zur Kenntnis genommen, daß die französische und die laotische Regierung so schnell wie möglich eine Vereinbarung zur Übergabe der militärischen Einrichtungen Frankreichs in Laos an die Königlich Laotische Regierung treffen werden. Falls die laotische Regierung es für notwendig hält, kann — als Ausnahme — die französische Regierung für eine befristete Zeit eine streng begrenzte Anzahl französischer Militärinstrukteure zum Zweck der Ausbildung laotischer Streitkräfte in Laos belassen. Die französische und die laotische Regierung sollen die Mitglieder der Konferenz durch die Ko-Vorsitzenden von ihrer Vereinbarung zur Übergabe der französischen Einrichtungen in Laos und der Verwendung französischer Militärinstrukteure durch die laotische Regierung in Kenntnis setzen.

Artikel 6 — *[Einführung von Kriegsmaterial].* Die Einfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial ist grundsätzlich verboten. Ausgenommen sind bestimmte Mengen konventioneller Rüstungsgüter, die nach Ansicht der Königlich Laotischen Regierung für die nationale Verteidigung von Laos notwendig sind.

*) Hier folgen die in der vorstehenden 13-Mächte-Deklaration genannten Regierungen und die Regierung des Königreichs Laos.

Artikel 7 — *[Entlassung der Kriegsgefangenen].* Alle ausländischen Militärpersonen und Zivilisten, die während der Kampfhandlungen in Laos gefangen genommen oder interniert wurden, sollen innerhalb von 30 Tagen nach Inkrafttreten dieses Protokolls entlassen und von der Königlich Laotischen Regierung den Vertretern jener Länder übergeben werden, deren Nationalität sie besitzen, damit sie ihren Aufenthaltsort wählen können.

Artikel 8 — *[Tätigkeit der Ko-Vorsitzenden].* Die Ko-Vorsitzenden werden regelmäßig Berichte der Kommission erhalten. Außerdem soll die Kommission den Ko-Vorsitzenden unverzüglich jede Verletzung oder drohende Verletzung dieses Protokolls anzeigen, über alle wichtigen Schritte berichten, die sie zur Durchführung dieses Protokolls unternimmt und auch jede andere Information geben, die die Ko-Präsidenten bei der Ausübung ihrer Funktionen unterstützen könnte. Die Kommission kann zur Erfüllung ihrer Pflichten jederzeit die Hilfe der Ko-Vorsitzenden in Anspruch nehmen und diese können jederzeit Empfehlungen an die Kommission zur allgemeinen Anleitung übermitteln. Die Ko-Vorsitzenden sollen die Berichte und andere wichtige Informationen der Kommission bei den Mitgliedern der Konferenz zirkulieren lassen. Die Ko-Vorsitzenden sollen die Aufsicht über die Einhaltung dieses Protokolls und der Deklaration über die Neutralität von Laos ausüben. Die Ko-Vorsitzenden werden die Mitglieder der Konferenz auf dem laufenden halten und, wenn nötig, sich mit ihnen beraten.

Artikel 9 — *[Kontrolle der Waffenruhe].* Die Kommission soll unter Mitwirkung der Königlich Laotischen Regierung die Waffenruhe in Laos überwachen und kontrollieren. Die Kommission soll diese Tätigkeit in voller Übereinstimmung mit der Königlich Laotischen Regierung und im Rahmen der Abkommen und Vereinbarungen ausüben, die von den drei politischen Kräften in Laos oder der Königlich Laotischen Regierung über die Einstellung der Kämpfe geschlossen wurden. Es versteht sich, daß die Verantwortung für die Verwirklichung der Feuereinstellung bei den drei betreffenden Parteien und, nach ihrer Bildung, bei der Königlichen Regierung von Laos liegen wird.

Artikel 10 — *[Weitere Kontrollbestimmungen].* Die Kommission soll den Rückzug der regulären und irregulären fremden Truppen, der ausländischen halbmilitärischen Formationen und des ausländischen Militärpersonals überwachen und kontrollieren. Die zu diesem Zweck von der Kommission entsandten Inspektionsgruppen werden sich in der Zeit des Abzuges an all den Orten von Laos aufhalten, die die Königlich Laotische Regierung nach Beratung mit der Kommission gemäß Artikel 3 dieses Protokolls dafür bestimmt hat.

Artikel 11 — *[Untersuchungen bei Vertragsverletzung].* Die Kommission soll solche Fälle untersuchen, in denen Anhaltspunkte für die Vermutung vorliegen, daß eine Verletzung des Artikels 4 dieses Protokolls erfolgt ist. Es versteht sich, daß die Kommission in Ausübung dieseser Tätigkeit mit dem Einverständnis der Königlich Laotischen Regierung handelt. Sie soll ihre Untersuchung in völliger Übereinstimmung mit der Königlichen Regierung von Laos ausführen und die Ko-Vorsitzenden sofort über jede Verletzung oder die Gefahr einer Verletzung des Artikel 4 informieren, ebenso über alle zur Durchführung dieses Artikels in Verbindung mit Artikel 8 unternommenen Schritte.

Artikel 12 — *[Unterstützung der Laotischen Regierung].* Die Kommission soll die Königlich Laotische Regierung in allen Fällen unterstützen, in denen diese der Auffassung ist, daß Verletzungen des Artikel 6 dieses Protokolls vorliegen. Diese Unterstützung wird auf Ersuchen der Königlich Laotischen Regierung und unter ihrer Mitwirkung erfolgen.

Artikel 13 — *[Hilfe für die Kommission].* Die Kommission soll ihre Tätigkeit in enger Zusammenarbeit mit der Königlich Laotischen Regierung ausüben. Es versteht sich, daß die Königliche Regierung von Laos der Kommission in jeder Hinsicht alle nur mögliche Hilfe zur Ausübung ihrer Funktionen leisten und die notwendigen Maßnahmen ergreifen wird, um den Schutz der Kommission und ihrer Inspektionsgruppen während der Tätigkeit in Laos sicherzustellen.

Artikel 14 — *[Abstimmungsmodus].* Die Kommission amtiert als Einzelorgan der Internationalen Konferenz für die Regelung der Laos-Frage von 1961/62. Die Mitglieder der Kommission werden harmonisch und in gegenseitiger Zusammenarbeit tätig sein mit dem Ziel, alle Fragen innerhalb der für die Kommission geltenden Richtlinien zu lösen.

Entscheidungen der Kommission, die Verletzungen der Artikel 2, 3, 4 und 6 dieses

Protokolls oder die in Artikel 9 behandelte Waffenruhe betreffen, Folgerungen über wichtige Fragen, die den Ko-Vorsitzenden zugehen und alle Empfehlungen der Kommission sollen einstimmig gefaßt werden. In anderen Fragen, einschließlich Verfahrensfragen, und bei der Einleitung und Durchführung von Untersuchungen (nach Artikel 15) soll die Entscheidung der Kommission mit Stimmenmehrheit ergehen.

Artikel 15 — *[Kompetenzen der Kommission].* In Ausübung der ihr in den einzelnen Artikeln dieses Protokolls zugewiesenen Funktionen soll die Kommission Untersuchungen (unmittelbar oder durch Entsendung von Inspektionsgruppen) führen, falls ernsthafte Gründe eine (Vertrags-)Verletzung vermuten lassen. Diese Untersuchungen sollen auf Ersuchen der Königlich Laotischen Regierung oder auf Initiative der Kommission, die in Zusammenwirken mit der Königlich Laotischen Regierung tätig ist, ausgeführt werden. Im letztgenannten Falle sind die Entscheidungen über Einleitung und Durchführung solcher Untersuchungen in der Kommission mit Stimmenmehrheit zu fassen. Die Kommission soll über Untersuchungen, bei denen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihren Mitgliedern über einzelne Fragen aufgetreten sind, gemeinsame Berichte unterbreiten. Die Feststellungen und Empfehlungen der Kommission, die aus Untersuchungen hervorgehen, unterliegen der einstimmigen Annahme.

Artikel 16 — *[Einsatz von Inspektionsgruppen].* Zur Ausübung ihrer Tätigkeit soll die Kommission, wenn nötig, Inspektionsgruppen einsetzen, in denen die drei Mitgliedstaaten paritätisch vertreten sind. Jeder Mitgliedstaat der Kommission sorgt für die Anwesenheit seiner Vertreter sowohl in der Kommission als auch in den Inspektionsgruppen und deren Abberufung, falls diese zur Erfüllung ihrer Pflichten nicht mehr in der Lage sind. Es versteht sich, daß der Einsatz von Inspektionsgruppen zur Erfüllung verschiedener Einzelaufgaben in Zusammenarbeit mit der Königlich Laotischen Regierung erfolgt. Die Orte, an die sich die Kommission und ihre Inspektionsgruppen zu Nachforschungen begeben, und die Dauer des Aufenthalts an diesen Orten ergeben sich aus den Erfordernissen jeder einzelnen Inspektion.

Artikel 17 — *[Nachrichten- und Transport-Verbindungen].* Zur Erfüllung ihrer Pflichten soll die Kommission über die notwendigen Nachrichten- und Transport-Einrichtungen verfügen, für deren Bereitstellung gegen Bezahlung zu gegenseitig annehmbaren Bedingungen in der Regel die Königlich Laotische Regierung sorgen wird. Soweit die Königlich Laotische Regierung die benötigten Einrichtungen nicht zur Verfügung stellen kann, steht es der Kommission frei, diese von anderer Seite zu erwerben. Es versteht sich, daß die Nachrichten- und Transport-Verbindungen der Verwaltungsaufsicht der Kommission unterliegen.

Artikel 18 — *[Finanzielle Lasten].* Die Aufbringung der Kosten für die Tätigkeit der Kommission obliegt den Mitgliedern der Konferenz gemäß den Vorschriften dieses Artikels.

(a) Die Regierungen Kanadas, Indiens und Polens tragen die Gehälter und Aufwendungen ihrer Staatsbürger, soweit sie Mitglieder ihrer Delegationen bei der Kommission und deren Nebenorganen sind.

(b) Die Hauptverantwortung für die Unterbringung der Kommission und ihrer Nebenorgane verbleibt bei der Königlich Laotischen Regierung, die auch am Ort jede mögliche Hilfe leisten wird. Entsprechend Absatz (c) wird die Kommission den Fond mit allen an Ort und Stelle entstehenden Kosten belasten, die nicht in die Zuständigkeit der Königlich Laotischen Regierung fallen.

(c) Alle anderen Kapitalverpflichtungen oder laufende Ausgaben, die die Kommission in Ausübung ihrer Funktion übernommen hat, werden aus einem Fond beglichen, zu dem alle Mitglieder der Konferenz in folgendem Verhältnis beizutragen haben:

Die Regierungen der Volksrepublik China, Frankreichs, der UdSSR, Großbritanniens und der USA mit je 17,6 Prozent;

die Regierungen von Burma, Kambodscha, der Demokratischen Republik Vietnam, Laos, der Republik Vietnam und Thailand mit je 1,5 Prozent;

die Regierungen von Kanada, Indien und Polen als Mitglieder der Kommission mit je 1 Prozent.

Artikel 19 — *[Überprüfung der Kommissionsarbeit].* Die Ko-Vorsitzenden werden auf Wunsch der Königlich Laotischen Regierung jederzeit und in jedem Falle nicht später

als drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Protokolls einen Bericht mit Empfehlungen über die Frage einer Auflösung der Kommission den Mitgliedern der Konferenz zur Erwägung vorlegen. Vor Abfassung eines solchen Berichts sollen die Ko-Vorsitzenden die Königlich Laotische Regierung und die Kommission konsultieren.

Artikel 20 — *[Schlußbestimmungen].* Dieses Protokoll tritt mit der Unterzeichnung in Kraft. Seine Deponierung erfolgt in den Archiven der Regierungen Großbritanniens und der UdSSR, die den anderen Signataren und allen Staaten der Welt beglaubigte Abschriften übermitteln werden.

(Übersetzt nach: International Conference On The Settlement of The Laotian Question. Documents. Copyright deutsche Übersetzung „Blätter für deutsche und internationale Politik".)

Empfehlungen der Accra-Konferenz „Welt ohne Bombe" [1])

Allgemeine Grundsätze zur Kontrolle und Inspektion eines Abrüstungsvertrages

a) Der abzuschließende Vertrag über allgemeine und vollständige Abrüstung sollte ein Kontroll- und Inspektionssystem enthalten. Kontrolle und Inspektion ohne Abrüstung ist ebenso unannehmbar wie Abrüstung ohne Inspektion und Kontrolle.

b) Die Kontrolle und Inspektion der Erfüllung des Vertrages über allgemeine und vollständige Abrüstung soll streng und wirksam sein.

c) Während und nach der Durchführung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung soll die sorgfältigste Kontrolle ausgeübt werden; Art und Umfang einer solchen Kontrolle sind abhängig von den Erfordernissen zur Überprüfung der in jeder Stufe durchzuführenden Abrüstungsmaßnahmen.

d) Der Text des Vertrages sollte genaue Bestimmungen über Methoden und Formen einer Kontrolle und Inspektion enthalten, die durch ein Abkommen auf Grund der gewonnenen technischen Erfahrungen zu ergänzen wären.

Abrüstung unter kleineren Mächten

Allgemeine und vollständige Abrüstung ist nicht nur Sache der Großmächte; jede Nation in der Welt wird am Prozeß der Abrüstung und Inspektion teilnehmen und inspiziert werden müssen. Deshalb drängen wir jede Regierung der Welt, von der mächtigsten bis zur kleinsten, schnell und sachlich die mit der Abrüstung verbundenen Probleme und besonders jede lokale Spannung und jeden Konflikt mit zu erörtern, in die sie (die Regierung) verwickelt sein könnten. Solche Überlegungen werden nicht nur für die allgemeine und vollständige Abrüstung unvermeidlich sein, sondern auch für jede regionale Abmachung über Entmilitarisierung, Entnuklearisierung oder ein Disengagement.

Schließlich geht die allgemeine und vollständige Abrüstung nicht nur die Regierungen an, sondern ebenso Einzelpersonen, Organisationen und Friedensbewegungen, und wir schlagen vor, daß sich diese nachdrücklich und realistisch mit den Plänen und Problemen der Abrüstung beschäftigen. Wir würden es begrüßen, wenn einige blockfreie (non-aligned) Staaten ein Beispiel gäben.

Ein Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche

1. Die Versuche mit Kernwaffen müssen eingestellt werden, weil sie den Rüstungswettlauf verstärken, zu einem nuklearen Krieg und zur Ausbreitung der atomaren Waffen führen, die Spannungen in der Welt erhöhen und Ursache schwerwiegender Schäden an der Gesundheit der gegenwärtigen und kommenden Generationen sind.

2. Wir fordern, daß die Kernwaffenversuche überall durch einen internationalen Vertrag — unterschrieben von allen Staaten, ohne Verzögerung — eingestellt werden.

3. Wir begrüßen die Initiative der acht Staaten auf der Konferenz des 18-Mächte-Abrüstungsausschusses in Genf, die einen Kompromißvorschlag für ein Versuchsverbot unterbreitet haben. Wir fordern die Nuklear-Mächte auf, zu verhandeln und von diesem Vorschlag Gebrauch zu machen.

[1]) Vgl. den Bericht von Dr. H. Kloppenburg in diesem Heft.

4. Um den toten Punkt in der Frage des Versuchsverbots zu überwinden, unterstützen wir die Ansätze zu

a) einer Zustimmung der USA zu nationalen Mitteln der Entdeckung, koordiniert durch Maßnahmen einer internationalen Überwachungskommission;

b) einer Zustimmung der UdSSR dazu, daß es einer internationalen Überwachungskommission durch jede Nation erlaubt werden sollte, an Ort und Stelle eine Untersuchung verdächtiger Erdbewegungen durchzuführen.

5. Wir appellieren an alle Wissenschaftler, neue Methoden zur Entdeckung und Nachforschung von Versuchsexplosionen zu finden und wir rufen die nicht-gebundenen Staaten auf, Konferenzen und Forschungen, die diesem Ziel dienen, zu unterstützen.

6. Wir stellen fest: allgemeine und vollständige Abrüstung und ein Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche besitzen gleiche Dringlichkeit, wenn das 18-Mächte-Komitee der Vereinten Nationen am 16. Juli nach Genf zurückkehrt.

7. Bis zur Unterzeichnung eines Vertrages über ein Versuchsverbot unterstützen wir gesetzliche, erzieherische und/oder gewaltlose Aktionen von Einzelpersonen, Organisationen oder Nationen, die die Aufmerksamkeit auf die große Notwendigkeit der Einstellung nuklearer Teste lenken, vorausgesetzt, sie basieren auf dem Prinzip des Widerstandes gegen alle Versuche aller Staaten. Wir bitten besonders die UN-Vollversammlung, ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofes darüber einzuholen, ob eine Nation ein legales Recht hat, nukleare Versuche durchzuführen.

Copyright dt. Übersetzung „Blätter für deutsche und internationale Politik".

Der Fall Schlieker und die Wirtschaftslage in der Bundesrepublik

Über die Wirtschaftslage in der Bundesrepublik geben die derzeitigen Börsenkurse ein zutreffenderes Bild als die letzten, unverändert optimistisch gestimmten Konjunkturberichte. Der Fall Schlieker beweist, daß der Wettbewerb auf manchen Gebieten fast ruinöse Formen angenommen hat. Unternehmen, die keinen Rückhalt im Kapitalmarkt finden, sind gezwungen, ihre Produktion zu jeder Bedingung zu verkaufen, um durch steigende Umsätze das Geld für die ständig steigenden Kosten wieder hereinzubekommen. Damit bringen sie ihre Konkurrenten in Gefahr, ohne sich selbst retten zu können. Diese verhängnisvolle Spirale kann zu einer Kettenreaktion von Konkursen und schließlich zur Arbeitslosigkeit führen.

Les Echos (Paris)

Der Antrag der Willy H. Schlieker K.G. beim Amtsgericht Hamburg auf Einleitung eines Vergleichsverfahrens wird in den deutschen Küstenländern als Anzeichen für eine Verschärfung der Krise angesehen, in der sich die deutsche Werftindustrie befindet.

Im westlichen Ausland hat der Vergleichsantrag Überraschung ausgelöst. Willy H. Schlieker ist 48jährig. Er wird von den Wirtschaftsexperten als Industriekapitän angesehen, dem der Ruf vorauseilte, der „krisenfesteste Wirtschaftssteuermann" an der deutschen Küste zu sein.

Basler Nachrichten

„Antikommunismus" als Vorwand für drastische Freiheitsbeschränkungen in Südafrika

Der für die Staatssicherheit zuständige südafrikanische Justizminister Vorster hat am Dienstag eine Liste mit 102 Personen veröffentlicht, denen in Südafrika nach dem Gesetz zur Bekämpfung des Kommunismus die Teilnahme an jeglichen Versammlungen verboten ist. Die Genannten dürfen auch keine Artikel oder Bücher veröffentlichen. Jedes im Ausland erschienene Buch oder jede Zeitschrift, die Äußerungen dieser Personen enthalten, sind vom Verkauf in Südafrika ausgeschlossen und können beschlagnahmt werden.

Die Bekanntgabe ist die erste Maßnahme, die sich auf das Ende Juni in Kraft getretene „Sabotagegesetz" stützt. Die Hälfte der betroffenen Personen sind Europäer. Allein 32 leben in Kapstadt. Die Eingeborenen sind durchweg ehemalige Angehörige des afrikanischen Kongresses, der 1960 für illegal erklärt wurde. Andere der auf der Verbotsliste aufgeführten Personen sind Mitglieder des linksorientierten „Demokratischen Kongresses" der für eine Gleichberechtigung der Rassen eintretenden Europäer sowie Anhänger der Liberalen Partei.

Unter den prominenten Südafrikanern, die auf der Liste verzeichnet sind, befinden sich der Träger des Friedensnobelpreises, Albert Luthuli, der Sohn des früheren Generalgouverneurs Patrick Duncan, der nach London geflüchtete Schriftsteller Ronald Segal und der Universitätsprofessor Harold Simons, der in Kapstadt afrikanisches Recht lehrt. Luthuli, Segal und andere sind als entschiedene Gegner des Kommunismus bekannt. Sie sind jedoch dem Sabotagegesetz unterworfen, da nach Auffassung der Regierung die von ihnen erstrebte Änderung der Staats- und Gesellschaftsordnung einem Teilziel des Kommunismus entspricht. Der Justizminister hat die Veröffentlichung weiterer Listen angekündigt.

FAZ v. 1. VII. 62

Die Abschluß-Resolution des Moskauer Weltkongresses für Allgemeine Abrüstung und Frieden, 9.—14. Juli 1962

Wir sind aus allen Teilen der Erde nach Moskau gekommen, gehören allen Berufen an und haben verschiedene Meinungen. Mit größtem Freimut haben wir eine Woche lang Fragen erörtert, die sich aus der Gefahr eines die Menschheit bedrohenden Atomkrieges ergeben. Durch unsere Diskussionen sind wir einander nähergekommen und davon überzeugt: Es ist möglich, die heute über allen Ländern und Völkern schwebende Gefahr zu bannen.

Wettrüsten erhöht Spannung und Mißtrauen unter den Staaten. Spannung und Mißtrauen unter den Staaten verstärken Wettrüsten. Auf diese Weise entsteht ein Teufelskreis. Die zerstörende Kraft der Waffen wird immer furchtbarer, und doch hört man Stimmen, die einem Präventivkrieg das Wort reden.

Trotzdem glauben wir fest daran, daß die Abrüstung nicht nur eine zwingende Notwendigkeit ist; ja, sie ist möglich! Gestern war Abrüstung ein Traum der besten Geister der Menschheit. Heute ist sie eine Aufgabe, die vor jedem von uns steht.

Die Last des Wettrüstens abzuwerfen, würde Gewinn für alle bedeuten: Abrüstung würde Mittel freimachen, die ausreichen, den Lebensstandard für alle zu heben; Abrüstung würde die Ausgabe von Geldern ersparen, die dazu benützt werden könnten, das Tempo des Aufschwungs von bisher ökonomisch unterentwickelten Ländern zu beschleunigen; Abrüstung würde alle ausländischen militärischen Stützpunkte beseitigen und den Abzug aller ausländischen Truppen mit sich bringen; sie würde dadurch den Völkern in ihrem Kampf für nationale Unabhängigkeit helfen. Die Abrüstung muß allgemein und vollständig sein, sie muß unter genauer internationaler Kontrolle vollzogen werden. Es kann weder Abrüstung ohne Kontrolle noch Kontrolle ohne Abrüstung geben.

Wir haben die Hindernisse, die der Verwirklichung entgegenstehen, eingehend studiert, und wir wissen, daß die Verwirklichung schwierig sein wird. Manche lehnen sogar Verhandlungen ab, die einen aus Blindheit und Trägheit, die anderen aus privatem Eigennutz oder militärischem Ehrgeiz. Wir sind indessen überzeugt, daß alle Hindernisse überwunden werden können. Jeder Abrüstungsplan mag schwache Punkte enthalten, jedoch meinen wir, es ist besser, sich durch einen Kompromiß, den alle annehmen können, zu verständigen, als das Wettrüsten fortzusetzen.

Indessen hat die Erfahrung gelehrt, daß es eine gefährliche Illusion wäre zu glauben, die Abrüstung würde von selbst kommen. Man darf sich nicht nur auf Diplomaten und Militärspezialisten verlassen, die ihre Beratungen über Jahre hinziehen. Nur die Anstrengung der Völker aller Länder kann die Staatsmänner zwingen, eine Lösung zu finden. Selbst zahlreiche individuelle Proteste genügen nicht mehr. Die Zeit ist gekommen, eine mächtige Bewegung des Widerstandes gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung zu schaffen.

Wenn die Menschheit in den letzten siebzehn Jahren vor dem Sturz in einen Atomkrieg bewahrt wurde, so ist das vor allem ein Verdienst des unermüdlichen Friedenskampfes der Völker. Aber wir müssen offen zugeben, daß es noch viele gibt, die sich vom aktiven Kampf gegen das Wettrüsten fernhalten.

Allen, die die Gefahr eines Atomkrieges noch nicht begriffen haben, allen, die sich weder den ganzen Ernst der Gefahr noch ihre eigene Verantwortung für die Rettung des Friedens klargemacht haben — ihnen allen sagen wir: Begreift, in welcher Gefahr wir leben, schließt Euch den Reihen jener an, die für Abrüstung und Frieden kämpfen!

Die Zeit drängt. Schon morgen können sich Kernwaffen in den Arsenalen Dutzender von Ländern stapeln, und die Vervollkommnung der Beförderungsmittel für solche Waffen kann jede Kontrolle unmöglich machen.

Wir wenden uns entschlossen gegen alle Versuche mit Atombomben und ähnlichen Waffen, einmal weil sie Leben und Gesundheit der heutigen und kommender Geschlechter bedrohen, zum anderen weil sie das Tempo des Wettrüstens beschleunigen.

Wir wenden uns an die Regierungen aller Mächte, die Kernwaffen besitzen und rufen sie auf, ohne Verzug eine Verständigung über die Einstellung aller Kernwaffenversuche herbeizuführen und einen Vertrag abzuschließen, der für immer und überall jeden solcher Versuche verbietet — in der Atmosphäre, im Weltraum, unter der Erde und unter Wasser.

Diese Vereinbarung wäre ein erster Schritt zum völligen Verbot und zur Vernichtung aller Kernwaffen und ihrer Beförderungsmittel unter strenger Kontrolle. Unser hauptsächliches und dringendes Ziel ist der Abschluß eines Vertrages zwischen den Regierungen über die allgemeine und vollständige international genau kontrollierte Abrüstung. Darum fordern wir die Wahl praktischer Methoden, die eine Erörterung der vorliegenden Abrüstungspläne erlauben, damit es in kürzester Zeit zu einem Vertragsabschluß kommt.

Der Druck der öffentlichen Meinung und die Bemühungen neutraler Länder haben dazu beigetragen, daß die Auffassungen der wichtigsten verhandelnden Mächte über die Prinzipien der Abrüstung sich in einem gewissen Maße näher gekommen sind. Aber durch ernsthafte Meinungsverschiedenheiten bleiben die Verhandlungen immer noch in einer Sackgasse. Nur wenn die Völker ihren Druck verstärken, ist ein Vertragsabschluß sicher.

Die Kräfte des Friedens müssen ein Beispiel geben. Sie müssen unter sich ein besseres Verständnis schaffen und das trennende Mißtrauen zerstreuen. Wir meinen, daß unser Kongreß zu dieser Aufgabe einen großen Beitrag geleistet hat. Nun müssen Wege gefunden werden, die jedem Land und jeder Organisation angemessen sind, damit der gute Anfang gute Folgen zeitigt. Trägheit schadet dem Frieden.

Von uns allen hängt es ab, wann der Tag kommt, der die Menschheit von der Gefahr des Atomtodes befreit. Viele sind wir, die Frieden wollen. Wenn alle tätig sind, und wenn alle Tätigen in Freundschaft zusammen wirken, können wir den Weg zu unserem gemeinsamen Ziel freilegen — den Weg zum dauerhaften Frieden.

Moskau, den 14. Juli 1962.

Gemeinsame Erklärung der Teilnehmergruppen aus der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlin auf dem Moskauer Kongreß

Die Teilnehmergruppen aus beiden deutschen Staaten und Westberlin am „Weltkongreß für allgemeine Abrüstung und Frieden" hatten am 11. Juli 1962 eine längere freundschaftliche Zusammenkunft. Bei dieser Begegnung wurden Lösungsmöglichkeiten der deutschen Frage diskutiert.

Einmütig betonten Sprecher aus beiden deutschen Staaten und Westberlin, daß eine Entspannung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik nicht nur den deutschen Interessen, sondern auch einer wesentlichen Verbesserung der politischen Beziehungen in Europa dient. Sie würde außerdem den Weg zur allgemeinen, vollständigen und kontrollierten Abrüstung ebnen helfen.

Die jetzige Lage gefährdet den Weltfrieden.

Um die Gefahr zu bannen, stellen wir folgende Forderungen:

1. Mit der Uberwindung von Haß, Mißtrauen und Kriegspropaganda muß unverzüglich begonnen werden. Die Verfassungen beider deutscher Staaten verpflichten dazu.
2. Die Regierungen und Parlamente beider deutscher Staaten sollen feierlich darauf verzichten, innerdeutsche Fragen durch Gewaltanwendung zu lösen. Sie sollen einen Nichtangriffspakt abschließen.
3. Beide deutsche Staaten sollen sich zur schrittweisen, kontrollierten Abrüstung und zur militärischen Neutralität bekennen. Auf Entwicklung, Herstellung und Besitz von Atomwaffen ist zu verzichten. Die Lagerung fremder Atomwaffen auf deutschem Gebiet ist abzulehnen.
4. Beide deutsche Staaten sollen darauf drängen, daß 17 Jahre nach Kriegsende die auch

völkerrechtlich abnormale Lage durch Abschluß eines Friedensvertrages beseitigt wird.

5. Die gefährliche Lage in Westberlin soll durch seine Verwandlung in eine neutrale Freie Stadt entschärft werden. Dieser neue Status muß international garantiert werden. In einem friedlich wiedervereinigten Deutschland wird das ungeteilte Berlin Hauptstadt sein.

Um diese Ziele zu erreichen, rufen wir das ganze deutsche Volk zur Mitarbeit an der Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten sowie zur Durchsetzung einer deutschen Friedens- und Entspannungspolitik. Nur eine solche Politik öffnet den Weg zur Annäherung und schließlichen Wiedervereinigung Deutschlands.

Eine solche Politik dient dem Weltfrieden.

Moskau, den 11. Juli 1962

Aus der Rede Jean Paul Sartres auf dem Moskauer Weltkongreß:

„Wir Geistigen — und ich wende mich an alle, die mich hören — wissen, daß man die Kultur nicht v e r t e i d i g e n soll. Sie v e r t e i d i g e n, heißt in Wahrheit sich ihrer zur Rechtfertigung des Krieges bedienen. Gegen wen würde man sie tatsächlich verteidigen, wenn nicht gegen die Menschen? Aber wer tut das, wenn nicht die Menschen selber? Ich gehöre zu denjenigen, die ein Menschenleben der Kathedrale von Chartres vorziehen. Weil die Kathedrale, wenn wir für sie sterben, keine Menschen wieder erschaffen wird, um uns zu ersetzen; und weil die Menschen, wenn welche da sind und die Kathedrale einstürzt, wieder eine Kathedrale erschaffen können, wie es das Beispiel Warschaus zeigt. Die Kultur ist durch die Menschen und für die Menschen geschaffen. Sie gegen die Menschen verteidigen, heißt, sie in ein I d o l verwandeln, heißt den Menschen seinem Produkt entfremden. Und wenn die Kanone einsetzt, wenn sie ihre griechisch-römischen Granaten gegen asiatische Kanonen schickt, ist zu befürchten, daß in Angkor oder Athen nur noch von Bombardements zerstreute Steine übrigbleiben werden.

Die Kultur darf nicht v e r t e i d i g t werden. Weder durch Militärs noch durch Politiker. Diejenigen, die vorgeben, ihre Verteidiger zu sein, sind in Wahrheit, ob sie es wollen oder nicht, Verteidiger des K r i e g e s. Wenn die Soldaten des Imperialismus den Parthenon verteidigen, verteidigt in Wirklichkeit der Parthenon den Imperialismus. Man soll die Kultur nicht b e s c h ü t z e n; den einzigen Dienst, den sie erwartet, müssen wir Intellektuelle ihr erweisen: sie muß e n t m i l i t a r i s i e r t werden.

Wie? Ich kann Ihnen die Antwort nicht sagen, aber alle müssen sie sagen: Alle Anthropologen, alle Schriftsteller, alle Künstler kennen diese kulturelle Fission, die genau der atomaren Fission entspricht. Sie haben die Aufgabe, die Explosion zu verhindern. Sie müssen Mittel suchen, um der Welt der Ideen und Formen ihre Einheit wiederzugeben, ihre fruchtbaren Widersprüche, ihren friedlichen Wettstreit und — in letzter Analyse — ihre schöpferische Macht. Hier, wie auf allen anderen Gebieten, werden uns die entkolonisierten Länder oder diejenigen, die im Kampf gegen den Imperialismus stehen, kostbare Hilfe leisten ...

Ein Weltkongreß der Geistigen für die kulturelle Abrüstung wäre, welches auch seine Form sei, der beste Beitrag — glaube ich — zur Wiederherstellung der verlorenen kulturellen Einheit durch die Einheit aller Geistigen gegen den Krieg."

Berichtigung:

In den Aufsatz „Sperrklausel und Grundgesetz" von Dr. Ernst Schwarz in Heft 7 hat sich bedauerlicherweise ein Druckfehler eingeschlichen, der zu Mißverständnissen führen kann: Auf Seite 524, 13. Zeile von oben, muß es statt „unerläßlich" selbstverständlich „u n z u l ä s s i g" heißen.

Bemerkungen:

Dr. Hermann Rauschning ist am 7. Aug. 1887 in Thorn (Westpreußen) geboren. Er wurde im preußischen Kadettenkorps erzogen und studierte Musik, Geschichte, Germanistik an den Universitäten München und Berlin, wo er 1911 das Doktor-Examen ablegte. Nach dem ersten Weltkrieg half er beim Aufbau des deutschen Volksbildungs-Wesens in den an Polen abgetretenen westpreußischen Gebieten. Seit 1926 Landwirt im Freistaat Danzig, wurde er 1932 Vorsitzender des Danziger Landbundes. Nach den Wahlen vom 28. Mai 1933 bildete er als neuer Senatspräsident der Freien Stadt Danzig eine nationalsozialistische Regierung. In diesem Amte bemühte er sich vor allem um einen Ausgleich mit Polen. Nach heftigen Auseinandersetzungen mit dem NS-Gauleiter Forster und der Reichsregierung trat Rauschning am 29. November 1934 zurück, in Erkenntnis der Realitäten des nationalsozialistischen Systems und der Außenpolitik Hitlers. 1936 verließ er Danzig. Er ging über England in die USA, wo er heute als Farmer in Portland/Oregon lebt.

In der Emigration trat Hermann Rauschning früh als einer der ersten und entschiedensten Warner vor dem Nationalsozialismus auf, den er von innen her kennengelernt hatte, nicht zuletzt bei seinen wiederholten Begegnungen mit Hitler, über die er in dem 1939 erschienenen aufsehenerregenden Buch „Gespräche mit Hitler" berichtete. Vorausgegangen war bereits 1938 das große Werk „Die Revolution des Nihilismus. Kulisse und Wirklichkeit im Dritten Reich." Mit den eindringlichen Warnungen vor der zerstörerischen Macht des Nationalsozialismus verband Rauschning eine Fülle gedankenreicher Vorschläge für den Aufbau eines nach-nationalsozialistischen Deutschland in welt-offen-christlichem Geiste.

Nach dem Kriege trat er mit zahlreichen Publikationen für eine die weltpolitische Entspannung fördernde Lösung des Deutschland-Problems ein. Früh hatte er die aus der einseitigen militärpolitischen Westbindung der Bundesrepublik für den Weltfrieden, die Sicherheit und die Wiedervereinigung Deutschlands resultierenden Gefahren erkannt. Zahlreiche Aufsätze in diesen „Blättern" legen von dieser Einsicht Zeugnis ab. Hingewiesen sei ferner auf die Bücher: „Deutschland zwischen West und Ost" (1950), „Ist Friede noch möglich?" (1952), „Masken und Metamorphosen des Nihilismus" (1954), „Die deutsche Einheit und der Weltfriede" (1955), „Mut zu einer neuen Politik" (1959).

Wir bitten unsere Leser

von der neuen, von nun an jedem Heft der „Blätter" beiliegenden blauen Antwortkarte Gebrauch zu machen.

Hermann 35

Es schrieben bisher u. a.:

Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB
Dr. Wilhelm R. Beyer
Dr. Achim v. Borries
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Dr. Gerhard Caemmerer †
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
RA Erwin Fischer
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt)
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i.R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Esther Sophia Hayfron
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Dr. Walther Herbst
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones
Dr. Viktor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Wilhelm von Kleist
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Koller
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Dr. Bodo Manstein
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher
Peter Nellen, MdB
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Oreste Rosenfeld
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Adolf Schmidt
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
Pfr. Peter Walter
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Philipp Wehr, MdB †
Johannes Weidenheim
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari

Bemerkungen:

Dr. Hermann Rauschning ist am 7. Aug. 1887 in Thorn (Westpreußen) geboren. Er wurde im preußischen Kadettenkorps erzogen und studierte Musik, Geschichte, Germanistik an den Universitäten München und Berlin, wo er 1911 das Doktor-Examen ablegte. Nach dem ersten Weltkrieg half er beim Aufbau des deutschen Volksbildungs-Wesens in den an Polen abgetretenen westpreußischen Gebieten. Seit 1926 Landwirt im Freistaat Danzig, wurde er 1932 Vorsitzender des Danziger Landbundes. Nach den Wahlen vom 28. Mai 1933 bildete er als neuer Senatspräsident der Freien Stadt Danzig eine nationalsozialistische Regierung. In diesem Amte bemühte er sich vor allem um einen Ausgleich mit Polen. Nach heftigen Auseinandersetzungen mit dem NS-Gauleiter Forster und der Reichsregierung trat Rauschning am 29. November 1934 zurück, in Erkenntnis der Realitäten des nationalsozialistischen Systems und der Außenpolitik Hitlers. 1936 verließ er Danzig. Er ging über England in die USA, wo er heute als Farmer in Portland/Oregon lebt.

In der Emigration trat Hermann Rauschning früh als einer der ersten und entschiedensten Warner vor dem Nationalsozialismus auf, den er von innen her kennengelernt hatte, nicht zuletzt bei seinen wiederholten Begegnungen mit Hitler, über die er in dem 1939 erschienenen aufsehenerregenden Buch „Gespräche mit Hitler" berichtete. Vorausgegangen war bereits 1938 das große Werk „Die Revolution des Nihilismus. Kulisse und Wirklichkeit im Dritten Reich." Mit den eindringlichen Warnungen vor der zerstörerischen Macht des Nationalsozialismus verband Rauschning eine Fülle gedankenreicher Vorschläge für den Aufbau eines nach-nationalsozialistischen Deutschland in welt-offen-christlichem Geiste.

Nach dem Kriege trat er mit zahlreichen Publikationen für eine die weltpolitische Entspannung fördernde Lösung des Deutschland-Problems ein. Früh hatte er die aus der einseitigen militärpolitischen Westbindung der Bundesrepublik für den Weltfrieden, die Sicherheit und die Wiedervereinigung Deutschlands resultierenden Gefahren erkannt. Zahlreiche Aufsätze in diesen „Blättern" legen von dieser Einsicht Zeugnis ab. Hingewiesen sei ferner auf die Bücher: „Deutschland zwischen West und Ost" (1950), „Ist Friede noch möglich?" (1952), „Masken und Metamorphosen des Nihilismus" (1954), „Die deutsche Einheit und der Weltfriede" (1955), „Mut zu einer neuen Politik" (1959).

Wir bitten unsere Leser

von der neuen, von nun an jedem Heft der „Blätter" beiliegenden blauen Antwortkarte Gebrauch zu machen.